

20

SCHÜTZT DEMOKRATIE SCHÜTZT
SCHÜTZT DEMOKRATIE

Jahresbericht

24

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Konrad Adenauer sagte einst: „In der Geschichte der Menschheit gibt es Perioden des lastenden Dunkels, der Unrast, des Unfriedens, der Angst; aber immer wieder hat der menschliche Geist, die menschliche Seele sich hindurchgerungen zum Licht und zum Frieden.“ Ein unverändert aktueller Satz, der uns sowohl mahnt als auch motiviert: Alte und neue Krisen, Konflikte und Kriege haben das Jahr 2024 geprägt, seine Agenda dominiert und in unserer Arbeit eine große Rolle gespielt. Mit Blick auf das, was wir gemeinsam in diesem Jahr geleistet haben, können wir alten und neuen Herausforderungen jedoch mit Selbstbewusstsein und Zuversicht begegnen.

Größte Sorgen in Europa bereitet unverändert die russische Aggression gegen die Ukraine, die sich mit unbeirrbarem Überlebenswillen verteidigt und zu einem Bollwerk der Freiheit in Europa geworden ist. Es wäre eine historische Torheit, würden wir in unserer Unterstützung für das Land nachlassen. Bereits zum zweiten Mal haben wir anlässlich des traurigen Jahrestages der Invasion im Februar das „Cafe Kyiv“ veranstaltet: Mit nochmals gesteigerter Resonanz einer breiten Öffentlichkeit wie der Medien widmeten wir uns Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Landes aus unterschiedlichen Perspektiven.

Am 7. Oktober jährte sich erstmals der unvorstellbar grausame und brutale Angriff palästinensischer Hamas-Terroristen aus dem Gazastreifen auf Israel. Der Konflikt in der Region hat sich ausgeweitet, Israel kämpft mittlerweile an mehreren Fronten und auch in Deutschland kommt es immer wieder zu tätlichen Auseinandersetzungen: Antisemitismus und Judenhass treten inzwischen offen zum Vorschein. Niemals dürfen wir es hinnehmen, dass Jüdinnen und Juden sich nicht mehr sicher fühlen. Ende September haben wir mit einer ganztägigen, hochrangig besetzten Veranstaltung „Tacheles“ gesprochen und damit ein Zeichen für jüdisches Leben in Deutschland und für das Existenzrecht Israels, gegen Judenhass und Antisemitismus gesetzt.

Die Kriege gegen die Ukraine und in Nahost, die globalen Migrationsströme, der sich beschleunigende Klimawandel, die wirtschaftliche Problematik unseres Landes und viele andere Gestaltungsaufgaben sowie weitere große und kleine Herausforderungen tragen zu den unruhigen Zeiten bei, in denen wir leben und die klare Orientierung und feste Positionierung erfordern. Unsere drei Schwerpunktthemen – Freiheit braucht Sicherheit, Demokratie braucht Mitwirkung, Nachhaltigkeit braucht Innovation – haben sich abermals bewährt und unserer Arbeit Klarheit und Eindeutigkeit nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit verliehen.

Dazu beigetragen hat auch unser KAS-Fellow 2024, der Mitgründer und Vorstand des GovTech Campus Deutschland e.V. Lars Zimmermann. Der Digital- und Technologieexperte hat unsere Arbeit in den Bereichen Digitalisierung und Verwaltung mit neuen Ideen und Konzepten begleitet

und uns bei der Entwicklung von Ideen und Projekten unterstützt, mit denen Governance-Strukturen moderner, resilienter und technologieoffener gestaltet werden können.


Ein besonderes Jubiläum bot in diesem Jahr Gelegenheit, den Blick auf eine beachtliche Erfolgsgeschichte zu richten und zugleich auf Gegenwart und Zukunft zu blicken: der 75. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes am 23. Mai. Das als Provisorium beschlossene Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gehört inzwischen zu den ältesten geltenden Verfassungen der Welt. Es wird von mehr als drei Vierteln der hier lebenden Menschen als bewährte Grundlage unseres Zusammenlebens geschätzt und gewürdigt. Dennoch müssen wir immer wieder deutlich machen: Die Verfassung muss gelebt und gegen alle Anfechtungen verteidigt und gesichert werden. Denn es geht um unsere Demokratie, um unsere Freiheit und um unsere Zukunft! Und das ist die Verantwortung von uns allen – heute und in den kommenden Jahren.

Das Jahr 2024 war, wie schon die Jahre zuvor, sehr herausfordernd. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich für ihr erneut großes Engagement in diesem Jahr. Auch danken wir allen Mitgliedern unserer Gremien für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Allen Förderinnen und Förderern des Freundeskreises, den Spenderinnen und Spendern, Sponsorinnen und Sponsoren sowie Partnerinnen und Partnern gilt unser Dank für ihre ideelle wie finanzielle Unterstützung. Unseren zahlreichen Partnerinnen und Partnern im In- und Ausland danken wir für die gute und zuverlässige Zusammenarbeit. Wir werden weiterhin alles daransetzen, dem darin zum Ausdruck gebrachten Vertrauen gerecht zu werden. Wir hoffen und wir freuen uns auf Ihre Unterstützung, die uns die bevorstehenden Herausforderungen mit Selbstbewusstsein und Zuversicht angehen lässt.

Berlin/Sankt Augustin, im November 2024

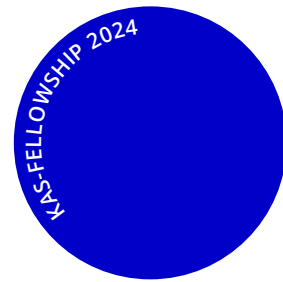


Prof. Dr. Norbert Lammert



Michael Thielen

Inhalt



1. KAS-Fellowship 2024

- 6 „Wir brauchen eine neue Ära der Staatskunst“ – Ein Interview mit dem Digital- und Technologieexperten Lars Zimmermann

2. Die Konrad-Adenauer-Stiftung

- 10 Wir über uns
- 12 „Cafe Kyiv“ 2024 – Wir wählen die Freiheit
- 14 „Tacheles“
- 16 Kampagnen 2024
- 18 Die Welt, wie sie ist – 40 Jahre *Auslandsinformationen*
- 20 *Die Politische Meinung* – Tradition und Innovation miteinander verbinden
- 22 Unsere Preisträgerinnen und Preisträger 2024



3. Unsere Schwerpunktthemen

Demokratie braucht Mitwirkung

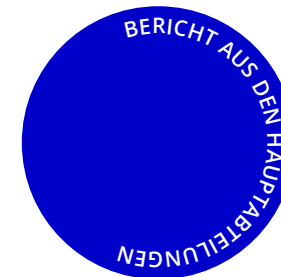
- 26 „Dorfiebe“ – Politik persönlich nehmen
- 28 Das Parteiensystem wächst – was bedeutet das für unsere Demokratie?
- 30 „Wir leisten einen Beitrag, Brücken zu bauen“

Freiheit braucht Sicherheit

- 32 Ein Land der Extreme – Wie Indien in die Zukunft navigiert
- 34 Resilienzförderung gegen sicherheitsrelevante Spillover-Effekte in Westafrika
- 36 Gleitet eine weitere Nachbarregion ins Chaos ab?

Nachhaltigkeit braucht Innovation

- 38 „Hi Ai“ – der KI-Kongress für alle
- 40 Digitale Zwillinge in der Stadtentwicklung
- 42 Europas stockende Diversifizierung in Asien



4. Bericht aus den Hauptabteilungen

Politische Bildung

- 46 Politische Bildung im Jahr nach dem 7. Oktober 2023
- 48 Von Magdeburg nach Brüssel

Analyse und Beratung

- 50 Die Mitte hält! Europawahl 2024 sichert Mehrheit für proeuropäische Kräfte
- 52 Deep Fakes im Superwahljahr 2024

Wissenschaftliche Dienste/ Archiv für Christlich-Demokratische Politik

- 54 Der Postkolonialismus als Gefahr für den Westen
- 56 Neue Räume für Geschichte – Das Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung wächst

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

- 58 Regionale Zeitenwende
- 60 Hotspot des Drogenhandels

Begabtenförderung und Kultur

- 62 Berufliche Talente stärken – Wie die Konrad-Adenauer-Stiftung die Fachkräfte von morgen fördert
- 64 Ein Tapir, Erdbeermarmelade und die Empathie-Schulung – Ein Gespräch mit dem Schauspieler Ulrich Matthes

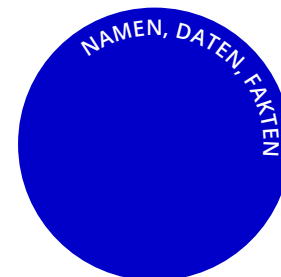
5. Besondere Jahrestage

- 70 „Eine der größten Gefahren für die Demokratie ist politische Ignoranz“
- 72 75 Jahre CDU/CSU-Bundestagsfraktion – Stabilitäts-
garant für die deutsche Demokratie
- 74 Wir würdigen, feiern und erklären unser Grundgesetz
- 76 Freiheit braucht Sicherheit – 75 Jahre NATO



6. Namen, Daten, Fakten

- 80 Vermögensrechnung
- 81 Ertrags-/Aufwandsrechnung
- 82 Gesamtübersicht
- 83 Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen
- 84 Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- 86 Mitglieder der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- 88 Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- 89 Mitglieder des Kuratoriums
- 90 Gremien der Begabtenförderung
- 91 Der Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung – eine 25-jährige Erfolgsgeschichte
- 92 Die Villa La Collina in Cadenabbia





„Wir brauchen eine neue Ära der Staatskunst“

Ein Interview mit dem Digital- und Technologieexperten Lars Zimmermann

Das Fellowship der Konrad-Adenauer-Stiftung verfolgt das Ziel, eine Persönlichkeit mit dem Blick von außen in die Arbeit der Stiftung einzubinden. Erstmals bekleidete diese Rolle der Soziologe Prof. Dr. Armin Nassehi im Jahre 2021. Auf ihn folgten der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz und frühere Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen Prof. Dr. Christoph Heusgen sowie die Meeresforscherin und Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts, Helmholtz-Zentrums für Polar- und Meeresforschung Prof. Dr. Antje Boetius. Für das Fellowship 2024 begleitete der Digital- und Technologieexperte sowie Mitgründer und Vorstand des GovTech Campus Deutschland Lars Zimmermann die Arbeit der Stiftung mit einem Schwerpunkt auf Staatsmodernisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz.

Geführt von Andreas Jacobs

Herr Zimmermann, immer wieder hört man, dass „viele in Deutschland nicht mehr funktionieren“. Wie blicken Sie auf die Leistungsfähigkeit unseres Landes im Jahr 2024?

Im Vergleich zu anderen Ländern steht Deutschland immer noch ganz gut da. Schauen Sie aber auf die Funktionsfähigkeit des Landes gemessen an den Herausforderungen, sehe ich ein Land, das zunehmend funktionsgestört ist: von der Politik über die Parteien bis zu den Verwaltungen. Das politische, wirtschaftliche oder technologische Betriebssystem des Landes – es ist deutlich in die Jahre gekommen. Das ist ein strukturelles Problem, an dessen Lösung sich bisher noch keine Regierung, keine Partei herangewagt hat.



Sie verwenden oft den Begriff „Staatenwende“. Was verstehen Sie darunter?

Wir brauchen eine neue Ära der Staatskunst, die sich bewusst von den Prämissen der Bonner und Berliner Republik löst. Das macht ein grundlegendes Umdenken notwendig, wie staatliche Daseinsvorsorge – von der Gesundheit bis zur Verteidigung – organisiert wird. Reformen auf der Basis des bisherigen Systems werden zu teuer und zu wenig wirksam sein. Man muss kein Volkswirt sein, um zu erkennen: Wir haben ein systemisches, strukturelles Problem, keine temporäre Schwäche.

Sie haben eine „technologiefähige Demokratie“ gefordert. Wie wird Demokratie technologiefähig?

Staat und Verwaltung müssen lernen, neue Technologien so umfangreich und ambitioniert anzuwenden, dass sie selbst zu einem Technologie-Akteur werden. Dabei geht es auch um die europäische Rolle Deutschlands. Die „digitalen/technologischen Champions“ in der EU werden sich von eher analogen Staaten nicht mehr lange sagen lassen, wie man Tech reguliert. Deshalb sollte alles, was sich durch Software oder neue digitale Infrastrukturen erledigen lässt, konsequent auch so entwickelt werden. Gelingt das nicht, wird es die Demokratie schwer haben.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit ihrem KI-Kongress „Hi Ai“ die Chancen eines verantwortungsvollen Umgangs mit Künstlicher Intelligenz hervorgehoben. Wie kann KI eine Chance für die Staatsmodernisierung werden?

KI gerade in Verbindung mit der Cloud bietet technologische Möglichkeiten, die vor – sagen wir – acht Jahren noch gar nicht in dem Umfang denkbar waren. Wir können viele drohende Defizite der Verwaltung – wachsenden Personalmangel, „datenblinde“ Politik oder knapper werdende Haushalte – sehr gut durch Technologie ausgleichen. KI kann hier Politik wirksamer, zielgenauer und vor allem billiger machen.

»Die weitreichendsten Innovationen, die für Staat und Verwaltung wichtig sind, kommen von außen, aus der Tech-Szene.«

Sie sind Mitgründer und Vorstand des GovTech Campus Deutschland, einer gemeinsamen Innovationsplattform der Bundesregierung und der Bundesländer mit der Tech-Szene. Wie treiben Sie die Modernisierung von Staat und Verwaltung voran?

Die weitreichendsten Innovationen, die für Staat und Verwaltung wichtig sind, kommen von außen, aus der Tech-Szene. Der Staat ist kein guter Software-Entwickler. Will er technologiefähig werden, muss er einen Weg finden, mit der Tech-Szene zusammenzuarbeiten. Genau das ermöglichen wir am Campus, indem wir eine Entwicklungsumgebung aufbauen, die Bund, Länder und Kommunen ebenenübergreifend nutzen können.

Über Ihr Jahr als Fellow haben Sie die vielfältige Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung kennengelernt. Was kann die Stiftung zur Staatsmodernisierung beitragen?

Wir müssen die Relevanz des Themas Staatsmodernisierung und die Größe der Aufgabe viel mehr in die politische Debatte und auch die gesellschaftliche Diskussion bringen. Hier sehe ich einen großen Mehrwert der Stiftung. Ein weiterer Aspekt ist, dass Technologien uns allen bekannte Prinzipien wie Demokratie oder Subsidiarität vor ganz neue Anforderungen stellen. Es wird aus meiner Sicht Zeit, die tradierten politischen Konstanten der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der technologischen Fortschritte neu zu überprüfen und weiterzuentwickeln – ein Thema, das sich aus meiner Sicht für die Stiftung anbietet.

Mehr zum Thema

KAS-Fellowship:
kas.de/de/kas-fellowship



Wir über uns

Wir sind eine politische Stiftung, die bundesweit in 18 Politischen Bildungsforen und Regionalbüros aktiv ist. Rund 100 Auslandsbüros betreuen weltweit Projekte in mehr als 120 Ländern.

Konrad Adenauer und seine Grundsätze sind für uns Leitlinien, Auftrag und Verpflichtung. Die Stiftung trägt seit 1964 den Namen des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Sie ging aus der bereits 1955 gegründeten Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit hervor.

National und international setzen wir uns durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind unsere besonderen Anliegen. Als Grundlagen des politischen Handelns erarbeiten wir wissenschaftliche Analysen. Die Akademie der Stiftung in Berlin ist das Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft und Wissenschaft.

Auf Tagungen und Kongressen bringen wir Menschen zusammen, die „etwas zu sagen haben“. Unsere rund 2.500 Veranstaltungen allein in Deutschland besuchen pro Jahr etwa 145.000 Menschen. In den Jahren 2020 und 2021 haben wir – bedingt durch die Coronapandemie – unser Angebot im Bereich der digitalen und hybriden Veranstaltungen stark ausgebaut.

Begabte junge Menschen, nicht nur aus Deutschland, sondern aus allen Kontinenten, fördern wir ideell und materiell.

Engen Kontakt halten wir zu ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten – inzwischen mehr als 18.000 seit 1965.

Ausstellungen, Lesungen und Preise ergänzen unser Angebot. Wir unterstützen künstlerischen Nachwuchs und verleihen alljährlich unseren Literaturpreis. Junge Journalistinnen und Journalisten fördern wir in speziellen Projekten. Einen eigenen Deutschen Lokaljournalistenpreis vergeben wir seit 1980. Der Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung ehrt seit 2002 Persönlichkeiten, die sich für Erhalt und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in herausragender Weise einsetzen. Bei unserem denkt@g-Wettbewerb prämiieren wir seit 2001 Internetpräsentationen, in denen sich Jugendliche mit der Diktatur des Nationalsozialismus und dem Holocaust sowie aktuellen Fragen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt auseinandersetzen.

Die Geschichte der christlichen Demokratie in Deutschland und Europa erschließt und erforscht das Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Den Nutzerinnen und Nutzern stehen über 18 laufende Kilometer Schriftgutbestände, moderne Medien und eine Spezialbibliothek mit rund 200.000 Titeln zu Politik und Zeitgeschichte zur Verfügung.

„Cafe Kyiv“ 2024 – Wir wählen die Freiheit

Zusammen mit rund 5.000 Besucherinnen und Besuchern setzten wir auch 2024 ein starkes Zeichen der Solidarität mit der Ukraine.

*Von Sophie Steybe und
Kristin Wesemann*

Mit dem „Cafe Kyiv“ haben wir einen Ort geschaffen, an dem Europa und die Ukraine enger zusammenrücken. Was im Februar 2023 mit der symbolischen Umbenennung des Berliner „Cafe Moskau“ in „Cafe Kyiv“ begann, hat sich zu einem der wichtigsten Foren für den Austausch zwischen der Ukraine und Europa entwickelt.

Berlin trifft Kyjiw – Europa trifft Ukraine

Unter dem Motto „Berlin meets Kyiv, Europe meets Ukraine“ stand das „Cafe Kyiv“ 2024 für das Engagement Europas an der Seite der Ukraine. Zwei historische Ereignisse bildeten dabei den Rahmen: zehn Jahre Revolution der Würde und 20 Jahre Orangene Revolution. Diese Freiheitsbewegungen prägen die Ukraine bis heute – und sie erinnern uns daran, dass die Ukraine als größtes Land Europas nicht nur ihre eigene Freiheit verteidigt, sondern auch unsere Demokratie und Sicherheit.

Unsere Themen 2024 griffen die drängendsten Fragen auf: Wie gelingt der Weg der Ukraine in die Europäische Union? Welche Schritte sind für den Wiederaufbau des Landes nötig? Wie verteidigen wir gemeinsam Europa gegen Russlands Aggressionen?

Ein Ort für Politik, Kunst und Kultur

Auf zehn Bühnen verband das „Cafe Kyiv“ 2024 Politik, Kultur und Austausch, mehr als 120 Veranstaltungen fanden statt. Der Pop-up-Markt mit ukrainischer Küche bot Gelegenheit, die kulturelle Vielfalt des Landes zu entdecken, während beeindruckende Kunstausstellungen die Widerstandskraft und den Erfindungsreichtum der Ukraine sichtbar machten.

Mit mehr als 200 Rednerinnen und Rednern, darunter Ursula von der Leyen, Wladimir Klitschko und Kai Wegner, brachten wir führende Köpfe aus Politik, Wirtschaft und Kultur zusammen. Gemeinsam sprachen wir über die Verteidigung der Demokratie, die europäischen Werte und die Innovationskraft der Ukraine.

„Freedom to be ... democratic, European, secure, creative, innovative“

Die begleitende Kampagne – digital und Out of Home – stand unter der Überschrift „Freedom to be ... democratic, European, secure, creative, innovative“, denn es sind diese Werte, die uns als Konrad-Adenauer-Stiftung leiten.

Wir schaffen Verbindungen und bauen Netzwerke

Das „Cafe Kyiv“ lebt von starken Partnerschaften. Mit mehr als 100 Partnerorganisationen haben wir ein einzigartiges Netzwerk aufgebaut. Unsere Social-Media-Kampagne erzielte mehr als 2,6 Millionen Impressionen, und eine Plakataktion erreichte über 2,4 Millionen Menschen. Mehr als 90.000 Besucherinnen und Besucher informierten sich auf unserer Webseite.

Mit dem „Cafe Kyiv“ setzen wir ein klares Zeichen: Europa steht an der Seite der Ukraine. Wir wollen nicht nur informieren, sondern Verbindungen schaffen, Solidarität stärken und Perspektiven aufzeigen. Denn eins verbindet alle, die das „Cafe Kyiv“ gestalten: Wir stehen uneingeschränkt hinter der Ukraine und ihrem Freiheitskampf.

Für uns ist das „Cafe Kyiv“ weit mehr als eine Veranstaltung. Es ist ein Ort, an dem Berlin und Kyjiw, Europa und die Ukraine zusammenfinden. Gemeinsam zeigen wir, dass eine Zukunft in Freiheit und Demokratie möglich ist.

Mehr zum Thema

Cafe Kyiv:
kas.de/cafe_kyiv_2024



„Tacheles“

Tacheles zu sprechen, bedeutet, Judenhass klar zu benennen und sich entschieden gegen ihn zu stellen. Als Stiftung machen wir dies im analogen und digitalen Raum. Und nahmen den ersten Jahrestag des Massakers vom 7. Oktober zum Anlass, mit über 600 Gästen, Partnerorganisationen, Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Kultur sowie Gästen aus Israel und Deutschland die besondere Beziehung zwischen Deutschland und Israel hervorzuheben, die Implikationen des Terrorangriffs zu reflektieren und zu diskutieren, wie wir Antisemitismus in Deutschland wirkungsvoll bekämpfen können.

Von Julia Fleiner



Prof. Dr. Norbert Lammert begrüßt Ron Prozor.

Es ist nicht sicher, eine Kippa zu tragen. Wohnungen jüdischer Familien werden wieder „markiert“. Es finden Brandanschläge auf Synagogen statt. Jüdische Menschen werden in Deutschland (erneut) als Feindbild angesehen. Antisemitische Hetze und Gewalt werden immer lauter und sichtbarer. Deswegen fragen wir: In welchem Deutschland willst Du leben? Die Antwort kann nur sein: In einem Deutschland, in dem jüdisches Leben sicher stattfinden kann. In einem Deutschland, in dem niemand Angst haben muss, sich zu seiner Herkunft oder seiner Religion zu bekennen. Jüdisches Leben in Deutschland muss geschützt, gefördert und respektiert werden. Judenhass darf niemals zur Normalität werden. Das bedeutet, wir müssen Tacheles reden.

Am 7. Oktober 2024 jährte sich der schreckliche Überfall der Hamas auf Israel zum ersten Mal. Für das Existenzrecht Israels, für jüdisches Leben in Deutschland und gegen Antisemitismus fand am 30. September 2024 in unserer Akademie eine Konferenz statt, in der wir gemeinsam mit über 600 Gästen, Partnerorganisationen, Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Kultur sowie Gästen aus Israel und Deutschland die besondere Beziehung zwischen Deutschland und Israel hervorhoben, die Implikationen des Terrorangriffs reflektierten und diskutierten, wie wir Antisemitismus in Deutschland wirkungsvoll bekämpfen können.

Kurzum: Wir sprachen Tacheles! Zu Gast waren unter anderem Ron Prozor, Botschafter von Israel in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Felor Badenber-



TACHELES



ES IST NICHT
SICHER EINE
KIPPA ZU TRAGEN.

IN WELCHEM
DEUTSCHLAND
WILLST DU LEBEN?

JUDENHASS
UNVORSTELLBAR
MACHEN.

תכלס

TACHELES



JUDENHASS
UNVORSTELLBAR
MACHEN.

JUDENHASS
UNVORSTELLBAR
MACHEN.

תכלס

Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Berlin, Joe Chialo, Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt des Landes Berlin, Ricarda Louk, deren Tochter Shani beim Nova-Festival von der Hamas ermordet wurde, die Künstlerin Halina Hildebrand, Hanna Veiler, Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, und viele weitere interessante Gesprächspartnerinnen und -partner. Reuven Rivlin, der ehemalige Präsident Israels, wendete sich mit einer Videobotschaft an die Gäste der Veranstaltung. Neben den Panel-Diskussionen fanden verschiedene thematische und interaktive Workshops statt, unter anderem berichteten jüdische Studierende aus ihrem Alltag in Deutschland. Zudem gab es verschiedene kulturelle Aktivitäten. In einem Graffiti-Workshop gestalteten Schülerinnen und Schüler des Jüdischen Gymnasiums Moses Mendelssohn zusammen mit dem Künstler Mark Marquardt („Akte One“) eine Leinwand mit Hoffnungen und Zukunftswünschen zum Thema Antisemitismus und präsentierten diese anschließend in der Akademie.

Dass der 7. Oktober 2023 eine Zäsur war, zeigten auch die Bilder der Fotografin Halina Hildebrand, die im Foyer unserer Akademie zu sehen waren. Darauf zu sehen: zerstörte Wohnhäuser, aufgetürmte Autowracks, Menschen mit leeren, ohnmächtigen Gesichtern – Momentaufnahmen aus einem verwundeten Land. In ihrem berührenden Vortrag sprach sie über die Hintergründe ihrer Ausstellung und ihre Begegnungen vor Ort. Tacheles bedeutet also, auch in schwierigen Situationen und Zeiten friedlich Tacheles zu reden, denn: Gleichgültigkeit ist nicht erlaubt.

Tacheles zu sprechen, beginnt damit, Judenhass klar zu benennen und sich entschieden gegen ihn zu stellen. Tacheles bedeutet, Verantwortung zu übernehmen – überall, wo Hass auftritt. Als Stiftung machen wir das im analogen und digitalen Raum. Tacheles bedeutet also auch: laut sein gegen Judenhass, analog und digital – und das 365 Tage im Jahr.

An mehr als 160 Standorten in Berlin haben wir uns im Rahmen einer Kampagne für jüdisches Leben in Deutschland eingesetzt.

Mit Großplakaten an der East Side Gallery, am Holzmarktquartier und nahe dem Kraftwerk zeigten wir Sichtbarkeit an wichtigen kulturellen Knotenpunkten. Wir zeigten unsere Kampagne auch digital, an öffentlichen Orten wie Spätis, Tankstellen und im Einzelhandel. In allen U-Bahn-Linien in Berlin wurde die Kampagne im „Berliner Fenster“ ausgespielt. Auf Social Media erzeugte die Kampagne 830.602 Impressionen.

„Tacheles“ wurde auch von der Presse breit aufgenommen, unter anderem in den *ARD-Tagesthemen*, dem *Deutschlandfunk*, *Informationen am Morgen*, der *Jüdischen Allgemeinen*, aber auch z. B. in einem *Stern*-Interview mit Ricarda Louk, deren Tochter Shani beim Nova-Festival von der Hamas ermordet wurde.

Lassen Sie uns gemeinsam auch weiterhin Tacheles sprechen: für ein Deutschland, das sich seiner Verantwortung bewusst ist und laut ist gegen Judenhass.

Kampagnen 2024

Für Freiheit, Demokratie, Europa und gegen Judenhass



Im Jahr 2024 setzte die Konrad-Adenauer-Stiftung mit fünf Kampagnen entscheidende Themen auf die politische Agenda. Ziel war es, drängende Herausforderungen anzupacken und unsere Rolle als Gestalterin in der politischen Bildung zu stärken.

Von Sophie Steybe und
Kristin Wesemann

„Hi Ai – Wie beeinflusst KI unsere Demokratie?“

Der Jahresbeginn stand im Zeichen Künstlicher Intelligenz. Mit der Kampagne „Hi Ai“ und unserem KI-Kongress rückten wir eine zentrale Frage in den Fokus: Wie verändert KI unsere Demokratie? Eine Veranstaltung und begleitende Inhalte verdeutlichten die Chancen und Risiken dieser Technologie und forderten Verantwortung im Umgang mit ihren Auswirkungen. Die Kampagne brachte die Debatte über KI aus Fachkreisen heraus in die Mitte der Gesellschaft.

„Wir wählen die Freiheit“ – „Cafe Kyiv“ 2024

Mit der Kampagne „Wir wählen die Freiheit“ setzten wir ein klares Zeichen gegen Russlands brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine und unsere demokratischen Werte. Das „Cafe Kyiv“ verband politische Diskussionen mit Kunst und Kultur und betonte: Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Gut, das aktiv verteidigt werden muss. Die Resonanz – sowohl in Berlin als auch digital – war überwältigend und unterstrich die Dringlichkeit der Botschaft.

„Unser Europa. Deine Wahl.“ – Zur Europawahl 2024

Die Europawahl im Juni war eine zentrale politische Wegmarke des Jahres. Mit unserer Kampagne „Unser Europa. Deine Wahl.“ motivierten wir vor allem junge Menschen, ihre Stimme abzugeben. Vor dem Hintergrund von Populismus und politischen Spannungen setzten wir auf klare Botschaften: Demokratie braucht Engagement. Über digitale Kanäle, Reverse Graffiti auf den Straßen Berlins und Plakate appellierten wir an die Verantwortung jeder und jedes Einzelnen, Europa aktiv mitzugestalten.

„Mind the Gap – Demokratie schützt! Schützt Demokratie!“

Demokratie ist eine Errungenschaft, die wir nicht als selbstverständlich ansehen dürfen. Sie steht zunehmend unter Druck – durch Hass, Populismus, Gewalt und Manipulation. Mit der Kampagne „Mind the Gap“ machten wir deutlich, welche Lücken entstehen, wenn diese Bedrohungen ungehindert wirken. Unsere Botschaften wurden unübersehbar in der Berliner U-Bahn platziert: Mind the Gap – zwischen Meinungsfreiheit und Hassrede, zwischen Verantwortung und Populismus, zwischen Protest und Gewalt, zwischen Meinung und Manipulation. Diese prägnanten Aussagen brachten eine klare Botschaft in den öffentlichen Raum: Demokratie schützt uns – aber nur, wenn wir sie schützen. Mit der Kampagne riefen wir dazu auf, wachsam zu bleiben und gegen antidemokratische Tendenzen Stellung zu beziehen.

„Tacheles – Judenhass unvorstellbar machen“

Im September, knapp ein Jahr nach dem brutalen Hamas-Angriff auf Israel, positionierten wir uns mit der Kampagne und der Veranstaltung „Tacheles“ klar gegen Antisemitismus. Mit der Botschaft „Judenhass unvorstellbar machen“ riefen wir dazu auf, jede Form von Hass zu ächten. Plakate, digitale Inhalte und die Veranstaltung machten deutlich: Antisemitismus ist eine Bedrohung für die gesamte Gesellschaft, der wir uns entschlossen entgegenstellen müssen.

Ausblick

Die Kampagnen 2024 haben gezeigt: Demokratie, Freiheit und ein starkes Europa sind keine Selbstverständlichkeiten. Die Herausforderungen sind groß, aber das Engagement der Zivilgesellschaft bietet enorme Chancen. Auch in Zukunft wird die Konrad-Adenauer-Stiftung mit klaren Botschaften und innovativen Formaten für eine lebendige Demokratie eintreten.

Die Welt, wie sie ist – 40 Jahre *Auslandsinformationen*

Seit vier Jahrzehnten liefert das Magazin *Auslandsinformationen* Analysen aus erster Hand – von A wie Argentinien bis Z wie Zimbabwe

Von Sören Soika

Was haben der ehemalige US-Präsident Joe Biden, der frühere tschechische Präsident Václav Klaus und der belgische Ex-Premier Wilfried Martens gemeinsam? Genau: Sie alle haben in den vergangenen vier Jahrzehnten für die *Auslandsinformationen* geschrieben oder ihnen ein Interview gegeben. Das Außenpolitik-Magazin der Konrad-Adenauer-Stiftung feierte 2024 seinen 40. Geburtstag. Eine Reise durch die rund 400 Ausgaben mit ihren an die 3.000 Artikeln bedeutet nicht nur Begegnungen mit einer Vielzahl fachkundiger und prominenter Autorinnen und Autoren, sondern auch einen faszinierenden Ritt durch die jüngere Geschichte der internationalen Politik.

Wir haben 2024 unser Jubiläum begangen, indem wir für jede unserer vier Ausgaben einen „Oldtimer-Artikel“ aus den Archiven gekramt und neu aufbereitet haben. Wenn man diese Texte liest, trifft man auf zweierlei: einmal auf Berichte und Einschätzungen, die die Leserinnen und Leser durch ihren Kontrast zur Gegenwart frappieren – so der Erlebnisbericht von Norbert Wagner aus Moskau aus dem August 1991, der eindrücklich schildert, wie die Bürgerinnen und Bürger auf den Straßen ihre gerade erst gewonnenen Freiheiten gegen einen Putsch kommunistischer Hardliner verteidigen. Und dann gibt es Artikel, die viele Jahre alt sind, in denen man aber nur ein paar Na-

men austauschen müsste, um mitten im Heute zu sein. Das gilt etwa für den Text von besagtem Joe Biden zur ersten NATO-Osterweiterung aus dem Jahr 1997. Denn auch wenn Biden dort vom deutschen Außenminister Klaus Kinkel spricht und in Paris Jacques Chirac regiert, klingt die von dem US-Amerikaner erhobene Forderung doch sehr vertraut: Deutsche und Europäer, übernehmt endlich mehr Verantwortung für eure eigene Sicherheit! Es gab also weltpolitisch auch Kontinuität neben viel Wandel.

„Die *Auslandsinformationen* sind in diesem Wandel eine Konstante und eine feste Institution im außen- und sicherheitspolitischen Diskurs geworden“, schrieb Friedrich Merz im Frühjahr 2024 im Vorwort unserer ersten Ausgabe des Jahres. Konstante ist dabei keinesfalls mit Stillstand zu verwechseln. Dass die *Auslandsinformationen* sich im Laufe der Jahre weiterentwickelt haben, merkt man – ganz oberflächlich – daran, dass die Ausgaben heute deutlich anders aussehen als noch vor 10 oder 15 Jahren. Man merkt es auch daran, dass im Laufe der Zeit neben die deutsche eine englischsprachige Version des Magazins getreten ist, um neben Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in der Bundesrepublik stärker auch die internationalen Netzwerke der Stiftung zu erreichen. Und schließlich sind die *Auslandsinformationen* heute viel mehr als ein



gedrucktes Magazin. Über unseren Podcast *Auslandsinfo Spotlight* und unsere Social-Media-Kanäle sprechen wir gezielt neue, jüngere Zielgruppen an.

Entscheidende Dinge aber sind gleich geblieben: Da ist etwa die thematische Vielfalt. Die von Friedrich Merz zitierte Sicherheitspolitik hat einen festen Platz in den *Auslandsinformationen*, ebenso Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaft und die demokratische Entwicklung in der Welt. Das zeigte sich auch 2024 wieder in den Schwerpunktthemen der Ausgaben. „Wie viel Polarisierung verträgt die Demokratie?“ – das fragten wir in einem unserer Hefte, in dem wir auf Zustand und Bedeutung der politischen Mitte in Demokratien weltweit geschaut haben. Weil aber Demokratie wie auch wirtschaftliche Entwicklung Sicherheit und Stabilität brauchen, haben wir 2024 auch auf die Bedeutung der NATO und auf Krisen und Konflikte geblickt, die in der öffentlichen Debatte oft „unterm Radar“ fliegen, wie es im Titel der entsprechenden Ausgabe heißt.

Eine weitere große Stärke der *Auslandsinformationen* ist der Blick der vielen Kolleginnen und Kollegen in den Auslandsbüros der Stiftung, die die Lage nicht nur in Frankreich, sondern z. B. auch im Kongo analysieren können. Im vergangenen Spätsommer habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen Fabian Wagener für eine unserer Ausgaben

Ellinor Zeino interviewt. Sie leitete bis zur Machtergreifung der Taliban unser Auslandsbüro in Kabul und sitzt seit 2022 in der Enquete-Kommission des Bundestags, die aus dem Afghanistan-Einsatz Schlüsse für Deutschlands künftige Krisenmissionen ziehen soll.

Nach dem Interview sprachen wir kurz über die *Auslandsinformationen* im Allgemeinen. Frau Zeino berichtete, dass sie in ihrer Arbeit immer wieder positive Rückmeldungen zu dem Magazin erhalte – und sie nannte einen Grund: „Weil die *Auslandsinformationen* berichten, wie die Dinge sind – ganz unaufgeregt.“ Das klingt zunächst fast banal. Wenn allerdings der Hang zum Wunschdenken und zur moralisierenden Betrachtung von Politik immer wieder als ein Grund für Deutschlands außenpolitische Schwierigkeiten genannt wird, ist es das nicht.

Weiter unaufgeregt über die Welt, wie sie ist, zu berichten und dabei in den Formaten mit der Zeit zu gehen, dürfte daher nicht der schlechteste Vorsatz sein, um – als nächstes Etappenziel – 50 Jahre *Auslandsinformationen* in Angriff zu nehmen.

Mehr zum Thema

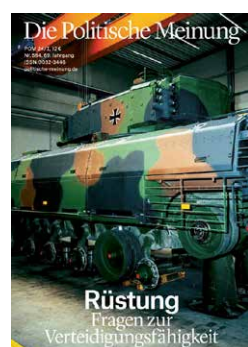
Auslandsinformationen:
kas.de/de/web/auslandsinformationen

Die Politische Meinung – Tradition und Innovation miteinander verbinden

Die Politische Meinung gibt es seit 1956. Sie ist ein Debattenmagazin, das sich aktuellen gesellschaftlichen und politischen Fragen widmet.

Von Konstantin Otto

2024 sind fünf Ausgaben erschienen:



Heft Nr. 584
Rüstung –
Fragen zur Verteidigungsfähigkeit

mit Beiträgen von Johann Wadephul, Gerlinde Groitl, Christoph Heusgen, Marko Martin, Ronja Kemmer, Karin Prien und anderen



Heft Nr. 585
Leistung –
Wozu anstrengen?

mit Beiträgen von Carsten Linnemann, Lena Düpont, Ingo Froböse, Maximilian Stockhausen, Luise Hölscher und anderen



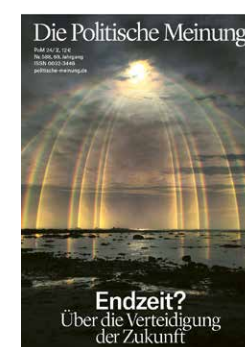
Heft Nr. 586
„Osten“ –
Räume, Risiken,
Ressentiments

mit Beiträgen von Ursula von der Leyen, Gwendolyn Sasse, Gunther Krichbaum, Ursula Weidenfeld, Ansgar Graw und anderen



Heft Nr. 587
Künstliche Intelligenz –
Politische und gesellschaftliche Folgen

mit Beiträgen von Annekathrin Kohout, Christian Montag, Amelie Duckwitz, Wolfgang Ullrich und anderen



Heft Nr. 588
Endzeit?
Über die Verteidigung der Zukunft

mit Beiträgen von Thomas Brechenmacher, Susanne Breit-Keßler, Ulrich Lappenküper, Frauke Rostalski, Stephan Bierling und anderen

Facelift und digitale Innovation

Nach zwölf Jahren hat das Layout der Zeitschrift *Die Politische Meinung* 2024 ein „Facelift“ erhalten. Behutsam modernisiert, bleibt das Design der Tradition des Magazins treu, macht es aber kompatibel mit innovativen Online-Angeboten.

Und ganz neu: *Die PoM im Ohr*, eine inklusive Einladung zum Hören, mit der *Die Politische Meinung* Print, Digital und Audio verbindet:

- Die Beiträge der Zeitschrift werden von professionellen Sprecherinnen und Sprechern eingelesen, um ein hochwertiges und persönliches Hörerlebnis zu bieten.
- Über QR-Codes gelangen Leserinnen und Leser direkt zu den Hörfassungen der Artikel.

Dazu der Herausgeber Prof. Dr. Norbert Lammert: „Die neuen Audio-Formate der Zeitschrift bieten nicht nur zusätzlichen Komfort für Leserinnen und Leser, sondern fördern auch die Barrierefreiheit und damit die gesellschaftliche Teilhabe. Besonders im politischen Diskurs ist es entscheidend, alle Menschen zu erreichen.“

blog.politische-meinung.de: Ein Ort für Debatten und vertiefte Analysen

Mit mehr als 75 Blogbeiträgen im Jahr 2024 ist der Blog der Zeitschrift eine gern besuchte Seite: Hier werden Debatten angestoßen, Themen der Printausgaben vertieft oder Namensbeiträge exklusiv veröffentlicht.

Einige Beispiele:

- **Marko Martin**, Der Bürgerrechtler und Schriftsteller Jürgen Fuchs, neu gelesen
- **Vitaliy Moroz**, Soziale Medien während des russisch-ukrainischen Krieges
- **Kristina Schröder**, Rechts heißt nicht Rechts-extremismus
- **Jan-Philipp Hein**, Wenn Hochglanz-Social-Media und Hardcore-Ideologie verschmelzen
- **Franca Bauernfeind**, Red Box Uni

Podcasts: Gespräche mit Zeit und Tiefgang

Menschenrechte: nachgefragt – Eine feste Größe im Diskurs

Seit 2021 gibt es – mit inzwischen mehr als 70 Folgen – den Podcast *Menschenrechte: nachgefragt*. Er erscheint alle zwei Wochen und ist weit über die Fach-Community hinaus ein bekanntes Format.

Höhepunkte im Jahr 2024 waren:

- **Roderich Kiesewetter MdB**, Experte für Außen- und Sicherheitspolitik,
- **Julia Duchrow**, Generalsekretärin Amnesty International,
- **Friedhelm Julius Beucher**, Präsident des Deutschen Behindertensportverbandes
- **Margarete Bause**, stellvertretende Vorsitzende von Transparency International,
- **Carmen Schöngraf**, Geschäftsführerin von ora Kinderhilfe.

„Wie viel Ich?“ – Podcast-Reihe zu Fragen der Selbstbestimmung

Die siebenteilige Podcast-Reihe „Wie viel Ich? – Fragen zur Selbstbestimmung“ greift gesellschaftlich und politisch kontroverse Themen auf:

- § 218 StGB
- Sexkaufverbot
- Leihmutterchaft
- Geschlechtsanpassung

Zu Gast waren u. a. Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB, Anne Gidion, Julia Seeberg, Dorothee Bär MdB und Friederike Wapler.

Mehr zum Thema

Die Politische Meinung zum Hören:
articly.de/die-politische-meinung

Der Blog:
<https://blog.politische-meinung.de>

Unsere Preisträgerinnen und Preisträger 2024



Deutscher Lokaljournalistenpreis

Der Deutsche Lokaljournalistenpreis für den Wettbewerbsjahrgang 2023 wurde am 4. November in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung an den Berliner *Tagespiegel* für seine „Interaktive Schulserie“ verliehen. Der 2. Preis ging an Stephan Steinlein vom *Hamburger Abendblatt* für seine Dokumentation „Ein Jahr am Polizeikommissariat 38“. Die *Landshuter Zeitung* wurde für ihre Berichterstattung zur „Landshuter Hochzeit“ mit dem 3. Platz gewürdigt. Elena Everding vom *Göttinger Tageblatt* erhielt den Sonderpreis für Volontärsprojekte für ihre Reportage „Das Martyrium einer Doktorandin“ zum Machtmissbrauch an Universitäten.



Literaturpreis

Aus den Romanen von Ulrike Draesner strahlt die Idee der Freiheit des Wortes. Deren zentraler Text sei unser vor 75 Jahren beschlossenes Grundgesetz, unterstrich der Vorsitzende der Stiftung, Prof. Norbert Lammert, der Draesner im Weimarer Musikgymnasium mit dem Literaturpreis 2024 der Konrad-Adenauer-Stiftung auszeichnete.

Mit ihrer „Nebekinder-Trilogie“ (*Sieben Sprünge vom Rand der Welt*, *Schwitters*, *Die Verwandelten*) über die Traumata der Kriegsenkel, so der Laudator Frieder von Ammon, lichte Draesner den Nebel des Gewalt-Gedächtnisses. Die Preisträgerin sagte, worum es ihr im Schreiben geht: „Verbundenheit erkennen. Verbindungen herstellen. Verbindlichkeit denken.“



Preis Soziale Marktwirtschaft

Am 13. Juni 2024 wurde zum 21. Mal der Ehrenpreis für Soziale Marktwirtschaft verliehen. Die diesjährigen Preisträger, Nils Aldag und Christian von Olshausen, Gründer des Wasserstoffunternehmens Sunfire aus Dresden, sind zwei Beispiele dafür, was Soziale Marktwirtschaft heute bedeutet. Aus der Forschung kommend entwickelten sie innovative Lösungen, die zu Nachhaltigkeit führen, vermarkten sie kommerziell erfolgreich und schafften damit bis heute 650 Arbeitsplätze in Sachsen. Wir freuen uns darauf, auch in der Zukunft zusammen mit den beiden Preisträgern zu verdeutlichen, was Soziale Marktwirtschaft heute bedeutet.



Denkt@g

Unter dem Motto „Erinnern, Hinschauen, Verändern – Licht in dunkler Zeit“ wurde unter der Schirmherrschaft von Prof. Lammert die neue Auflage des denkt@g-Wettbewerbs gestartet. Dieser ruft Jugendliche dazu auf, sich auf Instagram kreativ und mediengerecht mit der NS-Zeit, der Shoa sowie Fragen zu Antisemitismus auseinanderzusetzen. Die hohe Anzahl an Projekteinreichungen zeigt, dass der Kampf gegen Antisemitismus auch die jüngere Generation stark bewegt. Die neuen Preisträgerinnen und Preisträger werden im Januar 2025 im Rahmen einer Preisverleihung in Berlin gekürt.

Mehr zum Thema

Deutscher Lokaljournalistenpreis:
kas.de/de/deutscher-lokaljournalistenpreis

Literaturpreis:
kas.de/de/literaturpreis

Preis Soziale Marktwirtschaft:
kas.de/de/preis-soziale-marktwirtschaft

Denkt@g:
denktag.de



„Dorfliebe“ – Politik persönlich nehmen

Die „Dorfliebe“-Tour der Konrad-Adenauer-Stiftung bringt Politik zu den Menschen und schafft Begegnungsorte für den offenen Dialog. In Dörfern, wo der Alltag oft von bürokratischen Hürden und fehlender Infrastruktur geprägt ist, bietet die Tour Raum, um gemeinsam Lösungen zu finden und die Gemeinschaft zu stärken.

Von Sandra Busch-Janser

Politik berührt uns im Alltag – wir haben also allen Grund, sie persönlich zu nehmen. Dennoch sind wir überrascht, wenn Menschen emotional auf politische Entscheidungen und Prozesse reagieren. Der Versuch, diesen Gefühlen mit Fakten zu begegnen, läuft oft ins Leere und beide Seiten bleiben sprachlos zurück.

Dieser Sprachlosigkeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik wollen wir Begegnung entgegenetzen. Wir haben Orte besucht, an denen der Supermarkt oder der Friseursalon nur noch mit dem Auto erreichbar sind und man die Nachbarinnen und Nachbarn aus dem Dorf nur noch selten zufällig trifft. Wir waren in Dörfern, in denen Politik oft nur als Mangelverwaltung wahrgenommen wird, weil vieles fehlt, was in der Stadt selbstverständlich ist. An diesen Orten zeigen sich aber auch die Gestaltungsmöglichkeiten. Dort packt man an, um gemeinsam Demokratie zu gestalten.

Zugang zur Dorfgemeinschaft

Anpacken war bei der Organisation des neuen Formats auch für das „Dorfliebe“-Team die Devise. 35 Termine haben im Jahr 2024 stattgefunden – überwiegend in Ostdeutschland. Für jeden Termin mussten viele Fragen beantwortet werden, die sich bei anderen Formaten gar nicht stellen. Gibt es vor Ort Veranstaltungsräume und Verpflegung, gibt es nach der Abendveranstaltung Übernachtungsmöglichkeiten für das Team und wie kommt eigentlich die Werbung auf den Marktplatz und in die Briefkästen der Dorfbewohnerinnen und -bewohner?

Nicht selten sind die wenigen verbliebenen Kneipen kulturelles, politisches und soziales Zentrum des Dorfes und die Wirtinnen und Wirte stehen an der Spitze der dörflichen Gemeinschaft. Oft haben wir deshalb diese Orte der Demokratie genutzt, um zum offenen Austausch

über das einzuladen, was vor Ort die Menschen bewegt. Das Gespräch auf Augenhöhe steht im Mittelpunkt des offenen „Dorfliebe“-Formats. Im vergangenen Jahr war es mal ein Kinoabend mit anschließendem Gespräch, mal traf man sich in der Eisdiele, mal bei der Bratwurst, um über das zu sprechen, was das Dorf bewegt. Aufgrund der vielen positiven Rückmeldungen und Anfragen werden im nächsten Jahr in allen Regionen weitere „Dorfliebe“-Veranstaltungen stattfinden.

Kommunikation ist keine Einbahnstraße

Die Begegnungen bei der „Dorfliebe“-Tour sind intensiv. Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollten sich Luft machen, Probleme benennen und forderten endlich Lösungen von der Politik. Gleichzeitig gab es auch viel Suche nach Gemeinsamkeiten und Resultaten. Damit die Themen nicht ins Leere laufen, waren auch immer politische Vertreterinnen und Vertreter zu Gast, wie Landtags- oder Bundestagsabgeordnete, Kreistagsmitglieder oder Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Das Erläutern von Entscheidungen ist ein wichtiger Aspekt der Termine. Zum gegenseitigen Verständnis trägt bei, zumindest zu erklären, warum gewisse Probleme so sind, wie sie sind. Spürbar ist eine Kommunikationslücke zwischen den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern und den Bürgerinnen und Bürgern. Viel hat damit zu tun, dass die Zeitungsleserschaft abgenommen hat und dass es deshalb nicht mehr so einfach ist, über lokale Politik informiert zu werden. Mitunter tun sich jedoch selbst die politischen Vertreterinnen und Vertreter schwer, das politische System und die mangelhafte Klarheit bei der Lösung von Problemen zu erklären.



Daniel Schmücking und Stefan Schard MdL bei der ersten „Dorfliebe“-Veranstaltung in Allmenhausen (Thüringen).

Bürokratische Herausforderungen

Die Gründe für emotionale Reaktionen auf politische Gegebenheiten sind vielfältig. Manche Geschichten fühlen sich tatsächlich an wie Schildbürgerstreich, nur dass sie real und den Menschen passiert sind. So wie bei der Renovierung eines denkmalgeschützten Hauses, wo der Denkmalschutz das Einbauen von zusätzlichen Fenstern verbietet, der Brandschutz hingegen den Einbau von großen Fenstern für die Feuerterasse fordert. Das Pingpong zwischen dem betreffenden Bürger und den Behörden dauert an. Ausgang ungewiss.

Vierorts hat sich das Gefühl breitgemacht, dass öffentliche Institutionen den Menschen das Leben schwer machen, statt zu helfen. Im Kampf gegen die empfundene Behördenwillkür fühlen sich die Menschen alleingelassen. Gleichzeitig müssen die Kommunen mit abnehmender finanzieller Ausstattung zurechtkommen. Manche haben nicht mal mehr genug Geld, um die grundlegenden Aufgaben zu leisten. Gemeindefusionen über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg sind oft die Antwort, steigern aber das Frustrationspotenzial ins Unermessliche.

Dabei sein und mitmachen

Ein wichtiges Element der „Dorfliebe“-Tour ist es, denjenigen, die sich für Demokratie, Dialog und Zusammenhalt einsetzen, das Gefühl zu geben, dass sie nicht allein sind. Die Gespräche zeigen, dass die Menschen sehr wohl Politik persönlich nehmen. Gerade auf dem Land ist dies viel unmittelbarer.



DORFLIEBE

Politik persönlich nehmen

Mehr zum Thema

„Dorfliebe“-Tour:
kas.de/dorfliebe

Das Parteiensystem wächst – was bedeutet das für unsere Demokratie?

Ein größeres Parteienspektrum erfordert mehr Kompromissbereitschaft unter den demokratischen Parteien sowie angepasste Erwartungen an die Politik.

Von Tim B. Peters



In seinem Band *Abschied vom Provisorium* zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1982 bis 1990 beschreibt der Historiker Andreas Wirsching den damaligen Aufstieg der Partei Die Grünen als die „tiefgreifendste Veränderung, die sich im bundesdeutschen Parteiensystem seit den 1950er Jahren vollzog“. Rund vierzig Jahre später erleben wir wieder grundlegende Veränderungen im deutschen Parteiensystem.

Mit der AfD hat sich eine neue parlamentarische Kraft etabliert, die ungeachtet ihrer Einstufung als in Teilen rechtsextrem immer wieder Erfolge an den Wahlurnen verbuchen kann. Mit Blick auf das Bündnis Sahra Wagenknecht hat eine weitere Neugründung Chancen, sich auf Länder- und Bundesebene dauerhaft zu etablieren.

Insgesamt wird das Parlament dadurch vielstimmiger. Die neuen Parteien stoßen in reale oder von Teilen der Wählerschaft empfundene Repräsentationslücken. Die Volksparteien, die mit ihrer großen Bandbreite an Positionen verschiedene gesellschaftliche Strömungen innerhalb einer Partei abzubilden vermochten, verlieren an Bedeutung – obgleich sie jahrelang sowohl Kennzeichen als auch Grund für ein stabiles Parteiensystem waren.

Ganz neu ist diese parlamentarische Vielfalt jedoch nicht. Bereits in den frühen Jahren der Bundesrepublik gab es Koalitionen aus vier oder fünf Parteien. Allerdings war damals eine Tendenz hin zu den Volksparteien feststellbar. Dies führte dazu, dass das bundesdeutsche Parteiensystem ab den 1960er Jahren maßgeblich von zwei großen Volksparteien und der FDP als Zünglein an der Waage geprägt war – bis zu dem eingangs erwähnten Aufkommen der Grünen. Der heutige Trend ist umgekehrt: hin zu mehr Parteien, deren politisches Profil meist von einem Thema dominiert wird (Eurorettung, Migrationspolitik, Friedenspolitik). In Abgrenzung zu den klassischen (Volks-)Parteien erscheinen die neuen Parteien häufig als Single-Issue-Parteien: Sollte das beherrschende Thema wegfallen, bedarf es neuer dominierender Themen – andernfalls droht ein Rückfall in die Bedeutungslosigkeit.

Für die repräsentative Demokratie machen diese Veränderungen Anpassungen im Umgang der Parteien miteinander wie auch bei der Regierungsbildung notwendig. Künftig wird es für parlamentarische Mehrheiten häufiger drei oder mehr Parteien bedürfen. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit größerer inhaltlicher Unterschiede oder ideologischer Distanzen zwischen den Koalitionären. Am Ende von politischen Entscheidungsprozessen können vermehrt Minimalkonsense herauskommen. Den beteiligten Parteien wird es dann schwerer fallen, Erfolge der eigenen Anhängerschaft deutlich zu machen. Bei den Bürgerinnen und Bürgern verstärkt dies den Eindruck, dass angesichts der vielen innen- und außenpolitischen Herausforderungen die Politik nur mit kleinteiligen, unzureichenden Lösungen reagiert. Die Unzufriedenheit mit dem politischen Output nimmt zu, sodass sich Wählerinnen und Wähler noch stärker sogenannten Anti-Establishment-Parteien zuwenden könnten. Durch diesen sich selbst verstärkenden Effekt kann die Zersplitterung im Parteienspektrum weiter zunehmen. Diese Entwicklungen

haben wir als Konrad-Adenauer-Stiftung in verschiedenen Fachgesprächen thematisiert.

Im Ergebnis werden diese Veränderungen künftig höhere Anforderungen an die Bereitschaft der Parteien zu Kompromissen stellen. Ebenso wird die Fähigkeit zur politischen Kommunikation an Bedeutung gewinnen, um die erreichten Kompromisse nach außen zu vertreten. Aber auch die Wählerschaft wird sich auf diese Entwicklung einstellen müssen: Die Stabilität von Regierungen, jahrelang ein Merkmal der deutschen Demokratie, wird tendenziell abnehmen. Auch die Häufigkeit von Minderheitsregierungen wird wohl zunehmen. Gleichzeitig haben es die Wählerinnen und Wähler weiterhin selbst in der Hand, einzelne Parteien wieder mit größeren Mehrheiten auszustatten.

Deutschland holt damit eine Entwicklung nach, die es in anderen europäischen Demokratien schon seit Langem gibt. Minderheitsregierungen, Mehr-Parteien-Koalitionen und häufigere Regierungswechsel gehören in vielen Ländern zur politischen Realität, ohne dass dadurch die Demokratie per se gefährdet wäre. Vielmehr bedarf es Anpassungen der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger und angeglichener Erwartungen bei der Wählerschaft.

Die wohl größte Herausforderung durch die neuen Parteien, die derzeit das deutsche Parteiensystem erweitern, stellen jedoch nicht deren politische Inhalte dar, sondern deren grundlegende Systemkritik. Während ein Schwenken des politischen Pendels nach rechts oder links zur Normalität des demokratischen Wechsels gehört, liegt hierin die eigentliche Gefahr für die repräsentative Demokratie. Auch aus diesem Grund muss jede Partei entscheiden, welche Kooperationen in einem veränderten Parteiensystem möglich sein sollen.

„Wir leisten einen Beitrag, Brücken zu bauen“

Jakov Devčić, Leiter des Auslandsbüros Serbien/Montenegro, zu den EU-Beitrittsverhandlungen mit den Westbalkanstaaten.



Geführt von Fabian Wagener

Nordmazedonien ist bereits seit 2005 offizieller Beitrittskandidat der Europäischen Union, im Verlauf der Zeit kamen mit Montenegro, Serbien, Albanien sowie Bosnien und Herzegowina weitere Länder des Westbalkans dazu. Wo stehen die Länder auf ihrem Weg in die EU? Und was sind die zentralen Herausforderungen?

Alle Länder des Westlichen Balkans befinden sich auf dem Weg in die EU. Das Tempo und die Herausforderungen dieses Prozesses variieren jedoch je nach nationalem Kontext. Montenegro beispielsweise hat als einziger Beitrittskandidat sämtliche EU-Kapitel geöffnet und verfolgt in einem ehrgeizigen Plan das Ziel, bis Ende 2026 alle weiteren Kapitel abzuschließen. In Bosnien und Herzegowina oder dem Kosovo hingegen beschäftigt man sich mit noch viel grundsätzlicheren Fragen der gemeinsamen Zukunft in multiethnischen Gemeinschaften. Im Fall Serbiens ist der seit 2021 verlangsamte Integrationsprozess ein Ergebnis ausbleibender spürbarer Fortschritte im Normalisierungsprozess zwischen dem Kosovo und Serbien sowie notwendigen Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit. Parallel zu den formalen Beitrittsgesprächen jedoch intensiviert sich die Zusammenarbeit mit der EU. Mit dem neuen Wachstumsplan der EU-Kommission, der den Ländern zusätzliche Finanzmittel gegen schnelle Reformen in Aussicht stellt, werden positive Impulse gesetzt. Das ist auch ein Mittel gegen die Müdigkeit des zu lange andauernden Erweiterungsprozesses in den betreffenden Ländern.

»Historisch und kulturell sind die Länder ein fester Bestandteil Europas.«

Warum wäre ein Beitritt der Westbalkanländer aus Ihrer Sicht im Interesse der EU?

Einerseits bin ich überzeugt, dass wir in der EU ein ureigenes Interesse daran haben, das Projekt eines geeinten Europas zu vollenden. Dies zeigt sich nicht nur beim einfachen Blick auf die Europakarte, auf der die Länder des Westbalkans von der EU umgeben sind. Auch historisch und kulturell sind die Länder ein fester Bestandteil Europas. Ich denke außerdem, dass wir die Fragestellung und das Narrativ über die EU-Interessen im Integrationsprozess des Westbalkans neu ausrichten müssen. Gemeinsam mit unseren Partnern vor Ort müssen wir entschlossener der Frage nachgehen, was die Länder zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Rohstoffunabhängigkeit, Erhöhung der Energiesicherheit und Verringerung des Migrationsdrucks beitragen. Der Westbalkan kann bei der Stärkung der EU im globalen Wettbewerb helfen.

Wie unterstützt die Konrad-Adenauer-Stiftung vor Ort den Beitrittsprozess?

In Serbien und Montenegro verfolgen wir zwei zentrale Schwerpunkte: Zum einen begleiten wir die gesellschaftliche Transformation. Mit unserem Stipendienprogramm legen wir den Fokus auf die Förderung künftiger Führungspersonlichkeiten in diesen Ländern. In Montenegro sind unter anderem der derzeitige Staatspräsident und ein Regierungsmitglied Altstipendiaten der Stiftung. Daneben schaffen wir durch Projekte wie „Europa im Koffer“ in Serbien Diskussionsräume, in denen wir für europäische Werte werben.

Zum anderen tragen wir zur Bildung eines politischen Netzwerks zwischen Serbien, Montenegro, der europäischen Ebene und Deutschland bei. In meiner bisherigen Arbeit habe ich häufig beobachtet, dass die Etablierung dieser Netzwerke Vertrauen schaffen kann. Denn am Ende ist der EU-Integrationsprozess nicht nur die Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften, sondern vor allem auch ein Wandel der politischen Kultur.

Während die Verhandlungen mit Georgien derzeit auf Eis liegen, wurden 2024 Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau eröffnet. Wie blickt man im Westbalkan auf das Thema?

Hier schaut man mit gemischten Gefühlen auf die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau. Einerseits empfindet man Solidarität mit diesen Ländern. Andererseits haben viele das Gefühl, dass die EU bei den notwendigen Reformen in diesen Ländern mit zweierlei Maß misst. Darunter leidet mitunter die Glaubwürdigkeit der EU. Als Stiftung leisten wir einen Beitrag dazu, die teilweise emotionalen Diskussionen zu versachlichen und Brücken zu bauen. In Zusammenarbeit mit dem Auslandsbüro in Kyjiw haben wir beispielsweise im Jahr 2023 eine hochrangige Delegation aus der Ukraine nach Serbien gebracht und einen Dialog mit serbischen Vertreterinnen und Vertretern zum EU-Integrationsprozess ermöglicht.

Die Ukraine, die Republik Moldau und die Beitrittskandidaten im Westbalkan können also voneinander lernen?

Ja, absolut – der Erfahrungsaustausch hilft allen Beitrittskandidaten weiter. Wir als Stiftung unterstützen diesen Dialog aktiv und stellen unsere Expertise zu den „Dos and Don'ts“ zur Verfügung.

Was glauben Sie, wie wird es mit der EU-Erweiterung weitergehen? Wann können wir mit dem Beitritt weiterer Staaten rechnen?

Montenegro möchte 2028 der EU beitreten. Allerdings ist das Land mit rund 600.000 Einwohnerinnen und Einwohnern etwa so groß wie Düsseldorf und setzt die EU folglich weniger unter Druck als die Integration anderer Länder. Sowohl die Reformgeschwindigkeit in der Region als auch die Aufnahmebereitschaft der EU sind maßgeblich. Auf Seiten der EU ist beispielsweise noch nicht geklärt, wie Entscheidungsprozesse reformiert werden müssen, bevor die nächste Erweiterung erfolgen kann. Ich denke, dass die bevorstehenden Verhandlungen zum mehrjährigen EU-Haushalt aufschlussreich sein werden.

Ein Land der Extreme – Wie Indien in die Zukunft navigiert

Die Indienreise des Promotionskollegs „Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert“ offenbart uns ein Land voller Gegensätze: zwischen kolonialem Erbe und digitalem Fortschritt, zwischen Armut und Wohlstand.

Von Tom Zeising

Auf den Straßen liegen alte Verpackungen, zerbrochene Tongefäße und Gemüseschalen. Kaum haben wir die gepflegten Alleen des Regierungsviertels verlassen, stehen wir auf einem Mosaik aus Schmutz, Staub und Schlaglöchern. Der Geruch von Abgasen vermischt sich mit exotischen Gewürzen und den verlockenden Aromen lokaler Gerichte an den Straßenständen. Dieses Wechselspiel der Eindrücke spiegelt die Geschichte eines Landes voller Gegensätze wider: Indien – eine Nation, die sich zwischen Extremen bewegt. Hier prallen Chaos und Ordnung aufeinander, Armut und Reichtum, Vergangenheit und Zukunft. Manche bezeichnen es als „funktionierende Anarchie“ – ein scheinbar chaotisches Geflecht, das einer subtilen Logik folgt.

Das internationale Promotionskolleg „Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert“ der Konrad-Adenauer-Stiftung fördert Doktorandinnen und Doktoranden, die globale Sicherheitsfragen und Entwicklungspolitik intensiv erforschen. Jedes Jahr besuchen sie ein anderes Land, erleben politische Entwicklungen hautnah, knüpfen Kontakte und tauchen in die lokale Kultur ein. Sie profitieren dabei von dem einzigartigen internationalen Netzwerk der Stiftung. Ziel der diesjährigen Reise: Indien – mit den beiden pulsierenden Metropolen Delhi und Kolkata.

Das Victoria Memorial in Kolkata ist ein monumentales Bauwerk, still und von Geschichte durchdrungen. Es wirkt auf uns Kollegiatinnen und Kollegiaten wie eine Zeitkapsel, die den Geist der britischen Kolonialzeit bewahrt hat. Es steht im krassen Gegensatz zum Premierminis-

ter-Museum in Delhi, das mit interaktiven Elementen und einem 4D-Kino Indiens Fortschritt und Unabhängigkeit eindrucksvoll präsentiert. Die Botschaft ist klar: Die junge Nation Indien blickt selbstbewusst in die Zukunft und möchte ihre Stärke hervorheben – ein Selbstverständnis, das besonders während der stolzen Ausrichtung des G20-Gipfels deutlich wurde.

In den letzten Jahrzehnten hat Indien als aufstrebende Wirtschaftsmacht und strategischer Akteur in der Region an Gewicht gewonnen. Auch in der BRICS-Gruppe (u. a. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) spielt Indien eine Schlüsselrolle. Trotz der Spannungen mit China nutzt Indien die BRICS-Plattform, um seine politische Präsenz auf der Weltbühne zu festigen.

Westliche Länder wiederum setzen zunehmend auf Indien, um ihre Abhängigkeit von China zu verringern – eine Strategie, die auch Deutschland im Rahmen des De-Risking verfolgt. Gemeinsam sollen die Bereiche Handel, Sicherheit und Technologie ausgebaut werden. Die Hoffnung ist auch: Indien könnte als demokratischer Partner ein Gegengewicht zu autoritären Regimen bilden.

Auf unserer Reise erwähnen die indischen Gesprächspartnerinnen und -partner die Rivalität mit Pakistan nur beiläufig. Die größte Herausforderung wird in China gesehen. Bei einer Konferenz zur maritimen Sicherheit im Indischen Ozean hören wir von Indiens großer Sorge über Chinas wachsenden Einfluss und von der engeren Zusammenarbeit in der QUAD-Allianz (USA, Japan, Australien und Indien). Doch wie verträgt sich Indiens Beziehung



zu Russland mit dieser strategischen Neuausrichtung? Bei den vielen Gesprächen vor Ort ist uns vor allem eines deutlich geworden: Indien wird sich in naher Zukunft weder klar auf die Seite des Westens noch auf die Seite Russlands oder Chinas stellen. Die aktuelle Schlüsselposition nutzt Indien geschickt, um sich wirtschaftlich und politisch neue Chancen zu eröffnen.

Indien hat gerade in den letzten Jahren einen beeindruckenden militärischen und geopolitischen Aufstieg erlebt. Doch die Spuren der kolonialen Vergangenheit sind weiterhin sichtbar und viele Menschen leben auch heute noch in Armut. Die zahlreichen Sikh-Tempel im ganzen Land tragen dazu bei, dass bedürftige Menschen warme Mahlzeiten erhalten. So auch der Tempel Gurdwara Bangla Sahib in Delhi, wo wir erfahren haben, dass täglich tausende Menschen mit warmen Mahlzeiten und vergünstigten Medikamenten versorgt werden.

Am Ende der eindrucksvollen Reise haben wir Kollegiatinnen und Kollegiaten auch eines erkannt: Indien lebt von seinen Widersprüchen. Das Land verbindet Moderne mit Tradition, wächst als Wirtschaftsmacht und kämpft gleichzeitig mit sozialen Problemen. Ein Zitat eines Referenten zu Beginn unseres Besuchs bleibt dabei besonders im Gedächtnis: „Jeder, der behauptet, Indienexperte zu sein, ist ein Scharlatan, denn Indien in seiner Gesamtheit zu verstehen, ist fast unmöglich.“ Wie die Mischung aus Smog und Streetfood bleibt der Eindruck Indiens vielschichtig und schwer greifbar – ein Mysterium voller Extreme, dessen wahres Wesen sich kaum in Worte fassen lässt.

Mehr zum Thema

Promotionskolleg „Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert“:
kas.de/pkse

Resilienzförderung gegen sicherheitsrelevante Spillover-Effekte in Westafrika

EU-Projekt Senegal zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts, für Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitet an der Stärkung regionaler Akteure gegen Extremismus. Denn Instabilität in dieser wichtigen Region ist eine der Ursachen für Migrationsbewegungen, was auch Auswirkungen auf Europa hat.

Von *Caroline Hauptmann*



Senegal hat eine 2.700 Kilometer lange Grenze und fünf Nachbarländer, von denen jedes spezifische Sicherheits Herausforderungen hat. In Mali hat 2022 eine Militärjunta die Macht übernommen und kämpft erfolglos gegen einheimische und eingewanderte terroristische Gruppen. Auch in Guinea herrschen nach einem Putsch die Militärs. Guinea-Bissau wird zwar offiziell demokratisch regiert, allerdings kontrollieren dort mafiöse Strukturen viele Sektoren und das Land fungiert als Drehscheibe des Drogenhandels. Gambia wiederum ist eine sehr junge Demokratie, die lange als Rückzugsgebiet der Rebellengruppen im Süden von Senegal diente.

Senegal selbst gilt als stabil. Die Lage in den Nachbarländern hat aber zunehmend negative Auswirkungen, nicht zuletzt, weil extremistische Gruppen Senegal zu infiltrieren versuchen. Die Grenzregionen verfügen häufig nur über mangelhafte Infrastrukturen, die, wie die staatliche Verwaltung, in der Regel schlecht ausgestattet sind. Die Grenzen sind porös und nicht überall gut bewacht. Es gibt zwar zunehmend Sicherheitskooperationen, die jedoch angesichts der enormen Grenzlänge und der geringen Akzeptanz der Grenzen durch die Bevölkerung nicht sehr effizient arbeiten können.

Das niedrige Bildungsniveau und die große Armut machen Bewohnerinnen und Bewohner anfällig für Versprechungen und Bestechungen. Schmuggel aller Art ist eine der lukrativsten Einkommensquellen. Das machen sich terroristische Gruppen zunutze, die ein Interesse daran haben, Staaten zu destabilisieren, und über Senegal in Richtung Atlantik drängen.

Der Südosten Senegals besitzt Bodenschätze, vor allem Gold, das seit Jahrhunderten von Hand abgebaut wird. Seit mehreren Jahren aber steht diese Praxis in zunehmender Konkurrenz zu großen internationalen Mininggesellschaften. Das Gebiet verfügt darüber hinaus über Naturschutzgebiete mit Wildbeständen und Edelhölzern, ist also wirtschaftlich interessant, aber die notwendigen Rahmenbedingungen zur Nutzbarmachung sind nicht vorhanden. So sind Landrechte und Landnutzung zwar gesetzlich geregelt, stehen aber teilweise im Widerspruch zu den traditionellen Gepflogenheiten und Besitzansprüchen. Somit kommt es häufig zu Konflikten zwischen Bevölkerung, Sicherheitsakteuren und Minenbetreibern. Die Lizenzvergabe für Minen und Schürfrechte erfolgt nicht transparent und ohne Einbeziehung der ortsansässigen Bevölkerungsgruppen.

Flüchtlinge aus den Sahelstaaten, aber auch viele Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus westafrikanischen Ländern lassen sich in den Grenzgebieten nieder, um in den traditionellen Goldminen zu arbeiten. Der Goldhandel ist zwar zum Teil organisiert, aber es herrscht viel Intransparenz mit Blick auf die Vermarktungswege. Beobachterinnen und Beobachter gehen davon aus, dass illegal vermarktetes Gold zur Finanzierung des internationalen Terrorismus beiträgt.

All diese Faktoren erhöhen das Risiko der weiteren Infiltration durch extremistische Gruppen aus den Nachbarstaaten. Sie nutzen den illegalen Goldhandel, aber

auch Einnahmen aus Wilderei und Holzeinschlag, um sich zu finanzieren. In den schwer zugänglichen und schwach kontrollierten Gebieten kommt es immer wieder zu Übergriffen. Unzureichend ausgestattete staatliche Strukturen werden gegeneinander ausgespielt durch die Komplizenschaft der sehr armen Bevölkerung.

Seit 2008 wirkt die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Region mit Maßnahmen zum interreligiösen Dialog, zur Konfliktprävention, politischen Bildung und Dezentralisierung und veröffentlicht Studien zu Sicherheitsthemen. Seit 2023 setzt sie ein EU-gefördertes Projekt um, dessen Ziel die Stärkung gegen Extremismus ist. Es richtet sich an Sicherheitsakteure, Zivilgesellschaft, Gemeindeverwaltungen und beinhaltet Mikrofinanzierungen zur Formalisierung von Wirtschaftsprojekten.

Gemeinsam mit Partnern schult die Stiftung vor allem Verwaltungen, Medien, Frauen- und Jugendorganisationen, lokale und Sicherheitsbehörden. Hierbei stehen drei Ziele im Vordergrund:

1. die Schaffung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Sicherheitskräften, Verwaltung, Medien und Zivilgesellschaft, z. B. Religionsgemeinschaften
2. die Stärkung der Handlungsfähigkeit dieser Akteure
3. die Entwicklung von Instrumenten, um wirtschaftliche Beteiligung zu fördern

Positive Effekte dieser Arbeit sind bereits heute sichtbar und die Konrad-Adenauer-Stiftung ist bei Zivilgesellschaft, Behörden und Sicherheitsakteuren bekannt und anerkannt. Die Kooperationsbereitschaft zwischen verschiedenen Sicherheitsbehörden und der Verwaltung hat sich verbessert, etwa mit Blick auf die Koordinierung von Streitkräften, Polizei, Grenzschutz, Informationsdiensten und paramilitärischen Einheiten. Die Stiftung leistet einen Beitrag zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Bevölkerung und Sicherheitskräften sowie durch Dialogformate zur Konfliktlösung und -prävention zwischen verschiedenen Ethnien und Religionsgemeinschaften.

Die Lage in der Region hat auch Auswirkungen auf Europa, denn Instabilität ist eine der Ursachen für Migrationsbewegungen. Beunruhigend ist daher die Ausbreitung des Extremismus und die Entwicklung, dass sich einige Staaten verstärkt Akteuren wie Russland zuwenden.

Ein weiterer Projektantrag der Stiftung wird aktuell von der EU geprüft und wir hoffen, diese Arbeit auch 2025 weiterführen zu können.

Gleitet eine weitere Nachbarregion ins Chaos ab?

Der Krieg im Sudan und seine Relevanz für Europa

Binnen 18 Monaten hat sich der Krieg im Sudan zur größten humanitären Katastrophe der Gegenwart entwickelt. Deutschland und Europa sind jedoch völlig mit den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten beschäftigt. Es besteht ein objektives Interesse der deutschen Politik, die Lage im Sudan zu stabilisieren und einer weiteren Verstärkung des Migrationsdrucks auf die europäischen Grenzen entgegenzuwirken.

Von Steffen Krüger und Nils Wörmer

Im April 2023 mündete ein Machtkampf zweier sudanesischer Militärfraktionen um die Zentralgewalt in Khartum in den derzeit blutigsten Konflikt auf dem afrikanischen Kontinent und stürzte dessen drittgrößten Flächenstaat ins Chaos. Von den Auswirkungen des Krieges im Sudan sind vor allem die Staaten Ägypten, Äthiopien, Südsudan, Uganda, Tschad und Libyen betroffen, in denen zusammen knapp ein Viertel der Gesamtbevölkerung Afrikas lebt. Anfängliche Hoffnungen auf einen schnellen Einstieg in ernsthafte Friedensgespräche haben sich lange zerstoßen. Das Eingreifen zahlreicher Drittstaaten in den Konflikt erschwert die Bemühungen um das Minimalziel eines Waffenstillstands und lässt diplomatische Lösungen in immer weitere Ferne rücken. Neben regionalen Akteuren wie Ägypten, Äthiopien, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten intervenieren auch Russland und der Iran in dem Land am Horn von Afrika zugunsten der von ihnen bevorzugten Konfliktpartei.

Mittlerweile übersteigt die Gesamtzahl der Sudanesischen und Sudanesen, die seit dem 15. April 2023 ihre Heimat verlassen mussten, die Marke von 13 Millionen, womit die humanitäre Lage im Sudan in etwa das Ausmaß der Flüchtlingskatastrophe in Syrien zwischen 2015 und 2018 erreicht hat. Etwa 10,7 Millionen Menschen gelten als Vertriebene im eigenen Land, 2,3 Millionen befinden sich außerhalb ihres Landes auf der Flucht, vor allem in den Staaten Ägypten, Tschad, Südsudan und Uganda. Rund 25 Millionen Menschen – etwa die Hälfte der Bevölkerung des Sudans – benötigen humanitäre Hilfe. Zuletzt sprachen Vertreterinnen und Vertreter europäischer Hilfsorganisationen von einer Hungerkrise historischen Ausmaßes und die Vereinten Nationen stellten die schlimmste Hungersnot seit mehr als 40 Jahren fest. Erschwerend kommt hinzu, dass beide Konfliktparteien Lebensmittelknappheit und Hunger, aber auch sexualisierte Gewalt gezielt als Waffe gegen Teile der Zivilbevölkerung einsetzen. Auch führten die Zerstörung von Versorgungsinfrastruktur, Plünderungen und Brandschatzungen in großem Umfang zu Flucht und Vertreibung und teilweise zum Ausbruch von Epidemien wie der Cholera.

Für die deutsche und europäische Politik besteht die Relevanz der Geschehnisse im Sudan in der geografischen Nähe und dem zentralen Sicherheitsinteresse der Eindämmung von Flucht und Migration. Zwar besteht bei westlichen Regierungen nach den desaströsen Bilanzen der Stabilisierungsbemühungen in Afghanistan und im Sahel kaum Bereitschaft zu Interventionen mit dem Ziel



der Friedensbildung, Fluchtursachenbekämpfung und dem Erhalt oder Aufbau staatlicher Strukturen. Und doch zwingt der gegenwärtige Migrationsdruck auf die europäischen Grenzen die deutsche und europäische Politik dazu, ihre auf dem Prüfstand stehenden Konzepte – trotz der alles überlagernden Kriege in der Ukraine und in Nahost – jetzt zu überarbeiten und Wege zu finden, die humanitäre Krise im Sudan einzugrenzen und der weiteren Destabilisierung der gesamten Region entgegenzuwirken. Sollte eine adäquate Versorgung der Binnenflüchtlinge innerhalb des Sudans nicht sichergestellt werden können, droht im schlimmsten Fall eine Flüchtlingswelle in Richtung Europa. Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung und das Migrationspotenzial in den Staaten am Horn von Afrika kann es sich die EU nicht leisten, dass eine weitere Nachbarregion ins Chaos abgleitet.

Mit ihren sicherheitspolitischen Programmen am Horn von Afrika und in der Sahelregion, dem Länderbüro in Ägypten und den Regionalprogrammen in Nordafrika und auf der arabischen Halbinsel beschäftigt sich die Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung intensiv mit den (sicherheits-)politischen, gesellschaftlichen und humanitären Entwicklungen im Sudan. Die Auswirkungen der Migration auf die Staaten Ägypten und Tschad sowie die Lage am Roten Meer sind ebenfalls Bestandteil der Analyse. Die Stiftung hat im Verlauf des Jahres 2024 unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten, die teilweise aus dem Sudan anreisen konnten, Fachkonferenzen

und Hintergrundgespräche organisiert, die sich mit Möglichkeiten der Konflikteindämmung und einer Verbesserung der Situation der Zivilbevölkerung beschäftigen. Diese Formate fanden an den Standorten Kampala, Dschuba, Nairobi, Addis Abeba und Dschibuti statt und werden im Jahr 2025 fortgeführt.

„Hi Ai“ – der KI-Kongress für alle

Am 20. März 2024 diskutierten internationale Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in unterschiedlichen Formaten über Chancen und Herausforderungen von Künstlicher Intelligenz für Demokratie, Bildung und Governance.

Von Christian Hübner



Die Eröffnung erfolgte durch den Vorsitzenden der Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert, der die Bedeutung von KI für die Demokratie und die Verantwortung politischer Institutionen hervorhob. Er betonte dabei auch die notwendige politische Auseinandersetzung für die Schaffung eines geeigneten Rahmens zur KI-Entwicklung und -Nutzung in der EU. Besonders betonte Lammert die Notwendigkeit einer europäischen Position in der KI-Entwicklung, um ethische Standards, demokratische Werte und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Ein besonderes Highlight war der Impulsvortrag von Manouchehr Shamsrizi, der KI mit Magie verglich und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eine gedankliche Reise durch mögliche Zukunftsszenarien entführte. Er stellte provokative Fragen wie: Wie viel Autonomie sind wir bereit, Maschinen zu geben? Können wir KI wirklich kontrollieren oder überlassen wir einem „magischen“ Wesen die Macht über unsere Entscheidungen? Shamsrizis Ansatz, KI nicht nur technisch, sondern auch kulturell zu beleuchten, verlieh dem Kongress eine inspirierende Perspektive.

Ein zentrales Thema des Kongresses war das Verhältnis von KI und Demokratie, das in einem Panel unter Beteiligung des KAS-Fellows Lars Zimmermann, Mitgründer und Vorstand des GovTech Campus Deutschland e. V., lebhaft diskutiert wurde. Zimmermann thematisierte die Chancen von KI, politische Prozesse transparenter und bürgernäher zu gestalten, stellte aber auch die Frage, wie Manipulationsversuche und algorithmische Verzerrungen verhindert werden können. Auch ethische und juristische Aspekte, die durch den Einsatz von KI entstehen, standen im Mittelpunkt der Diskussion.

Ein weiteres politisches Highlight bildete das Panel zum Thema Governance, auf dem unter anderem die Bundestagsabgeordnete Ronja Kemmer (CDU) sprach. Sie betonte die Bedeutung klarer gesetzlicher Regelungen für den wettbewerbsfähigen Einsatz von KI und warb für eine europaweite Harmonisierung, um das Potenzial von KI in

Beim Kongress „Hi Ai – der KI-Kongress für alle“ brachte die Konrad-Adenauer-Stiftung zahlreiche Expertinnen und Experten, politische Entscheidungsträgerinnen und -träger, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Delegationen aus dem In- und Ausland im Kosmos Berlin zusammen. In einer Zeit, in der Künstliche Intelligenz (KI) immer stärker in gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse eingreift, stellte der Kongress eine Plattform dar, um aktuelle Entwicklungen, Fragen und politische Rahmenbedingungen zu diskutieren. Die besondere Relevanz des Themas, aber auch das vielfältige Programm zogen ein breites Spektrum an Teilnehmerinnen und Teilnehmern an, darunter viele, die zum ersten Mal Gast der Konrad-Adenauer-Stiftung waren.



Einklang mit demokratischen Werten zu nutzen. Kemmer unterstrich die Rolle Deutschlands und Europas als treibende Kräfte für eine innovative Technologiegestaltung.

Der internationale Charakter des Kongresses wurde durch die Teilnahme renommierter Expertinnen und Experten wie des finnischen Unternehmers Peter Sarlin und der deutschen KI-Expertin Vanessa Cann deutlich. Ihre Beiträge ermöglichten einen Blick über den nationalen Teller- rand hinaus und unterstrichen, dass KI ein globales Thema ist, das nur durch internationalen Austausch sinnvoll gesteuert werden kann.

Neben den politischen Panels bot der Kongress Raum für unkonventionelle Perspektiven: Im Panel KI und Film diskutierte die Schauspielerin und Regisseurin Maria Schrader über den Einsatz von KI im Film und die damit verbundenen Chancen und ethischen Fragen. Schrader brachte damit eine kreative Dimension in die Konferenz ein und beleuchtete die Schnittstellen zwischen KI und künstlerischem Schaffen.

Der Kongress spiegelte die enorme Bandbreite der gesellschaftspolitischen Themen wider, die mit KI verbunden sind. Die parallelen Panels und Workshops reichten von KI und Sicherheit über KI und Bildung bis hin zu KI und Nachhaltigkeit und KI und Medien. An interaktiven Mes- seständen präsentierte die Stiftung ihre KI-Projekte und zahlreiche Start-ups zeigten ihre Ideen und Lösungen, wodurch KI für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer direkt erlebbar wurde. Besonders spannend war die Möglichkeit, innovative Technologien selbst auszuprobieren und mit Entwicklerinnen und Entwicklern sowie Visionärinnen und Visionären ins Gespräch zu kommen.

Mit über 600 Teilnehmenden stieß der Kongress auf ein außerordentlich großes Interesse. Er trug maßgeblich dazu bei, die Konrad-Adenauer-Stiftung als Plattform zur Debatte über zukunftsweisende Technologie- und Gesellschaftsthemen zu positionieren.



Technologieexperte und KAS-Fellow Lars Zimmermann.



KI im Film – Gespräch mit Maria Schrader.

Mehr zum Thema

„Hi Ai – der KI-Kongress für alle“:
kas.de/hiai

Digitale Zwillinge in der Stadtentwicklung

Städte und Kommunen müssen immer komplexere Anforderungen bewältigen. Das Konzept von Digitalen Zwillingen bietet als Werkzeug Potenziale für die Stadtentwicklung.

Von Tobias Wangermann



Städte und Kommunen haben komplexe Herausforderungen zu bewältigen. Dazu gehören nicht nur das Management der städtischen Infrastrukturen, eine Stadtplanung, die den Möglichkeiten und Bedarfen entspricht, oder die Organisation einer sozialen und kulturellen Grundversorgung für die Stadtgesellschaft. Sie müssen auch Anforderungen im Kontext von Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Energieeffizienz oder Partizipation erfüllen. Smart-City-Konzepte haben sich dafür mit ihrem Vernetzungsgedanken und der Einbindung von digitalen Technologien als Instrumente der Stadtentwicklung längst etabliert. Für ein zielführendes Vorgehen sind jedoch ein genaues Lagebild, die Möglichkeit zur Analyse bestehender Situationen oder Prozesse und zur Simulation möglicher Entwicklungen sowie die frühe Teilhabe der Stadtgesellschaft wichtige Voraussetzungen. Aktuell wird von vielen Städten und Kommunen dafür das Konzept eines Digitalen Zwillings aus der Industrie adaptiert und für die Anwendung in der Stadtentwicklung aufgebaut. Auf der Grundlage eines Geobasisdatenzwillings, der mit einem virtuellen digitalen Abbild den Raumbezug in einem Bereich der Stadt herstellt, können mit Hilfe der verfügbaren Daten realitätsnahe Darstellungen von städtischen Situationen und Abläufen erzeugt werden. Abhängig von den jeweiligen Anwendungsszenarien können diese sogenannten Urbanen Digitalen Zwillinge (UDZ) die Entscheidungsfindung unterstützen – sei es bei der Verkehrsplanung durch die Verwaltung, bei der Standortauswahl durch die Wirtschaft oder bei der städtebaulichen Entwicklung eines Stadtquartiers gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Sie bieten als datengestütztes Werkzeug die Möglichkeit, komplexe Zusammenhänge urbaner Situationen oder Prozesse sichtbar und steuerbar zu machen.

Bisher gab es jedoch keine einheitliche Sicht beziehungsweise einen Standard für solche Urbanen Digitalen Zwillinge. Ein Konsortium aus Kommunen, Wissenschaft und Praxis hat nunmehr im Rahmen eines DIN SPEC-Verfahrens einen (nationalen) Standard zur Übertragung des Konzepts Digitaler Zwilling auf den urbanen Raum erarbeitet und als DIN SPEC 91607 veröffentlicht. In einem Fachgespräch der Konrad-Adenauer-Stiftung präsentierten Vertreter des Konsortiums im Oktober 2024 in Berlin den neuen Standard und diskutierten mit Fachexpertinnen und Fachexperten die möglichen Impulse der Standardisierung für die Praxis in der Stadtentwicklung. Denn der Standard liefert nicht nur eine klare Definition, was ein Urbaner Digitaler Zwilling ist, sondern kann auch als konzeptioneller und methodischer Leitfaden für den Aufbau und die Nutzung dieses Werkzeugs dienen. Anhand von drei Anwendungsszenarien wurden die Potenziale von Urbanen Digitalen Zwillingen illustriert: der Planung von Kita-Standorten in Leipzig, der Schaffung von klimaneutralen und klimaresilienten Stadtquartieren in München und der frühen Einbeziehung der Stadtgesellschaft bei der Stadtplanung in Hamburg. Dr. Nicole Schuppe vom bundesgeförderten Projekt „Connected Urban Twins“ der Städte Hamburg, Leipzig und München, das

die Erarbeitung des Standards mitinitiierte, zeigte die verschiedenen Fähigkeiten von Digitalen Zwillingen (z. B. Dokumentieren, Simulieren, Erleben), die bis hin zur Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an diesen Prozessen mittels virtueller dreidimensionaler Visualisierungen genutzt werden können.

Damit Städte und Kommunen dieses Werkzeug für die Stadtentwicklung nutzen können, müssen bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden. Diese fordern von den Städten und Kommunen die Bereitstellung von finanziellen, personellen und konzeptionellen Ressourcen. Dazu gehört eine einheitliche Datenhaltung, beispielsweise auf sogenannten Urbanen Datenplattformen, aber auch die Einbeziehung aller beteiligten Akteure, um ein gemeinsames Verständnis von einem Urbanen Digitalen Zwilling in der jeweiligen Kommune sicherzustellen. Die Publikation *Werkzeuge für eine smarte Stadtentwicklung: Urbane Digitale Zwillinge* der Konrad-Adenauer-Stiftung beschreibt nicht nur die Notwendigkeit dieser Voraussetzungen, um die Potenziale dieses Werkzeuges auch wirklich ausschöpfen zu können, sondern geht explizit auch auf die politischen Rahmenbedingungen ein. Wichtig ist die Fortführung der Förderung solcher innovativen Projekte durch den Bund, um besonders auch kleineren Städten und Kommunen den Aufbau von Digitalen Zwillingen zu ermöglichen. Ebenso wichtig ist die Organisation eines lebendigen Wissensmanagements, um Forschungsergebnisse oder Fachwissen bereitzustellen und den Austausch von Erfahrungen zwischen den Aktiven sowie die Weitergabe an Dritte zu ermöglichen.

Mehr zum Thema

Publikation *Werkzeuge für eine smarte Stadtentwicklung – Urbane Digitale Zwillinge*:
kas.de/analysen-und-argumente-smarte-stadtentwicklung

Europas stockende Diversifizierung in Asien

Europa fällt im wirtschaftlichen Wettlauf in Asien zurück. Nur mit einer pragmatischen Handelspolitik kann es auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Region spielen.



Von Denis Suarsana

Das wirtschaftliche Erfolgsmodell in Deutschland und Europa steckt in einer tiefen Krise. Unsere offenen Volkswirtschaften haben jahrzehntelang von einer sich liberalisierenden globalen Wirtschafts- und Handelsordnung profitiert. Doch während die hiesigen Standortfaktoren für viele Unternehmen immer weniger wettbewerbsfähig sind, trüben sich auch die weltweiten Geschäftsaussichten zunehmend ein. Die Wahl von Donald Trump in den USA und der damit drohende weltweite Protektionismuswettbewerb untergraben das europäische Geschäftsmodell, das auf offene Märkte angewiesen ist. Gleichzeitig ist der Handel mit China, das mit seinen hohen Wachstumsraten vor allem die deutsche Wirtschaft viele Jahre lang mitgezogen hat, zuletzt deutlich zurückgegangen.

Europa braucht neue Wirtschafts- und Handelspartner, um neue Wachstumsimpulse zu generieren. Auf der Suche nach neuen Märkten und Diversifizierungsmöglichkeiten für die eigenen Lieferketten schauen Politik und Unternehmen zunehmend in Richtung Asien. Indien ist nicht nur das bevölkerungsreichste Land der Erde, sondern verfügt mit rund sieben Prozent über das weltweit stärkste Wirtschaftswachstum. Die aufstrebenden Schwellenländer Südasiens – Indonesien, die Philippinen, Malaysia, Thailand und Vietnam – bilden mit Wachstumsraten von durchschnittlich rund fünf Prozent die wirtschaftlich dynamischste Region der Welt. Zwar können weder Indien noch Südostasien die enorme Bedeutung Chinas für die europäische Wirtschaft ersetzen – Chinas Volkswirtschaft wird laut Prognose des IWF allein bis 2029 um so viel wachsen, wie das gesamte indische Bruttoinlandsprodukt überhaupt beträgt –, doch bieten beide große Chancen für Unternehmen, die im Rahmen ihrer „China+1“-Strategien Abhängigkeiten von China durch eine Diversifizierung in die Region hinein zumindest reduzieren wollen.

Das hohe Wachstumspotenzial der asiatischen Schwellenländer zieht jedoch auch andere Partner und Investoren an. Insbesondere Südostasien hat sich in den letzten Jahren zum bedeutendsten Schauplatz des globalen wirtschaftlichen Wettstreits entwickelt. China ist bereits der führende Handels- und Investitionspartner der Region und dominiert zunehmend die regionalen Lieferketten. Die USA und Japan haben in den vergangenen Jahren ihre Bemühungen verstärkt, um Chinas Aufstieg in der Region etwas entgegenzusetzen. Auch Südkorea, Australien und sogar die Golfstaaten werden in Südostasien zunehmend aktiv. Für die Länder der Region ist Europa heute nur noch ein potenzieller Wirtschaftspartner von vielen – und es fällt immer weiter zurück.

Dabei ist die EU mit ihrem riesigen Binnenmarkt, der hohen Kaufkraft ihrer Bevölkerung sowie ihren weltweit führenden Industrieunternehmen eigentlich ein hochattraktiver Partner für aufstrebende Volkswirtschaften weltweit. Doch Europa steht sich zu häufig selbst im Weg. Sowohl mit Indien als auch mit den Schwellenländern Südasiens stocken die Verhandlungen über Freihandelsabkommen seit Jahren. Haupthindernis für einen erfolgreichen Verhandlungsabschluss sind die Bemühungen der EU, im Rahmen der Verhandlungen handelsferne Forderungen wie etwa weitreichende Arbeits- und Umweltstandards durchzusetzen. Länder wie Indien oder Indonesien lehnen diese ab und werfen der EU ein neokolonialistisches Auftreten sowie Protektionismus unter dem Deckmantel von Klimaschutz und Menschenrechten vor.

Mit Blick auf das weltweit steigende wirtschaftliche Interesse an Asien sind die Schwellenländer der Region zunehmend in einer Position, die Handelsverhandlungen mit der EU scheitern zu lassen. Für die EU wäre das ein erheblicher Rückschlag sowohl im Hinblick auf die europäischen Diversifizierungsbemühungen als auch mit Blick auf den ohnehin deutlich zurückgehenden geopolitischen Einfluss in der Region. Denn die EU braucht die Schwellenländer Asiens als Partner, um ihre ambitionierten Ziele zum Beispiel beim weltweiten Klimaschutz, der Reform der multilateralen Handelsregeln oder dem Schutz freier Handelsrouten zu erreichen. Ein Scheitern der Handelsverhandlungen würde viele Staaten der Region dagegen noch stärker in die Abhängigkeit von China treiben.

Die EU sollte die Handelsverhandlungen daher nicht länger mit handelsfremden Forderungen überfrachten, sondern diese von den handelspolitischen Themen entkoppeln. Zudem sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten noch mehr Maßnahmen ergreifen, um europäische Unternehmen dabei zu unterstützen, in die Märkte und Lieferketten in Süd- und Südostasien zu diversifizieren. Und schließlich gilt es, Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit stärker zu nutzen, um den eigenen Unternehmen Türen in die Märkte der Region zu öffnen.

Nur mit einer aktiven Außenwirtschaftspolitik kann eine Diversifizierung der deutschen und europäischen Wirtschaft in Asien gelingen. Eine starke wirtschaftliche Präsenz Europas würde auch den Ländern der Region dabei helfen, ihre eigenen Abhängigkeiten von China zu reduzieren. Und sie wäre ein wichtiges Fundament für den Einsatz für eine regelbasierte Ordnung und offene Märkte und Handelsrouten in der Region und weltweit.

Mehr zum Thema

Publikation *De-Risking, aber wohin?*:
[kas.de/de-risking](https://www.kas.de/de-risking)

Podcast *Mikroökonomien*:
<https://tinyurl.com/5y49pmzb>

BERICHT AUS DEN HAUPTABTEILUNGEN

Politische Bildung im Jahr nach dem 7. Oktober 2023

Das Jahr 2024 war geprägt von den Nachwirkungen des grausamen Überfalls der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Dies beeinflusste nicht nur das gesellschaftliche Leben und die Debatten, sondern auch die Aktivitäten der Hauptabteilung Politische Bildung im Kampf gegen Antisemitismus.



Ausstellung „Sei a Mensch“ der Fotografin Halina Hildebrand in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Von Felix Bäuml

Antisemitische Strömungen und Äußerungen sind in Deutschland zunehmend sichtbar und werden immer häufiger offen geäußert. Die Ablehnung des Jüdischen findet in vielen Teilen der Gesellschaft immer öfter Zustimmung. Für die Hauptabteilung Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist klar, dass Solidarität mit Jüdinnen und Juden eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt. Der Schutz jüdischen Lebens geht alle an und das Existenzrecht Israels darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein.

Vor diesem Hintergrund stand die Politische Bildung im Jahr nach dem 7. Oktober vor der Aufgabe, nicht nur die wiederkehrenden Themen – die Aufarbeitung des Holocausts und die Erinnerungskultur – aufzugreifen. Vielmehr ging es auch darum, angesichts einer gesellschaftlich polarisierten Stimmung sensible Themen im Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren. So wurde im Lichte der andauernden Geschehnisse das Veranstaltungsangebot zum Themenkomplex Antisemitismus stark erweitert.

„Gleichgültigkeit ist nicht erlaubt“ – diese eindringlichen Worte von Prof. Dr. Norbert Lammert bei der Konferenz anlässlich des Jahrestages des Massakers sind für die Politische Bildung nicht erst seit Oktober 2023 Auftrag und Mahnung zugleich. Mit Podiumsdiskussionen, Lesungen, Teamer-Ausbildungen, Gedenkstättenfahrten und weiteren Formaten wurden Veranstaltungen zu jüdischem Leben und jüdischer Kultur, den Ausprägungen und Ursachen von Antisemitismus sowie dem Gedenken an die NS-Opfer durchgeführt. Dabei wurden Ereignisse eingeordnet und Zeichen im Kampf gegen Antisemitismus gesetzt, ohne die Erinnerungskultur und die historische Verantwortung Deutschlands aus dem Blick zu verlieren. Auch wurden in den Maßnahmen die Rolle Israels, die Geschichte des jüdischen Staates und die Einordnung des aktuellen Krieges thematisiert.

100 Tage nach dem Angriff auf die einzige liberale Demokratie im Nahen Osten wurde mit der israelischen Botschaft ein deutliches Zeichen gesetzt: für das Existenzrecht Israels, die völkerrechtlich legitime Selbstverteidigung gegen den Hamas-Terror und die Sicherheit jüdischer Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Prof. Lammert diskutierte u. a. mit dem israelischen Botschafter Ron Prosor, wobei neben der Bedeutung der deutschen auch innen- und außenpolitische Dimensionen beleuchtet wurden.

Auch die alljährliche „Goslarer Rede“ – in diesem Jahr gehalten von Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden – konzentrierte sich auf die gesellschaftliche Herausforderung des Kampfes gegen Judenhass.

Mit der Veranstaltungsreihe „Verwurzelter Antisemitismus“ setzte das Politische Bildungsforum Berlin ein Zeichen gegen Judenhass und gab Hilfe zum Verstehen als Voraussetzung für Prävention und Bekämpfung. Der Fokus lag auf deutsch-jüdischen Bruchlinien, arabischem Islamismus und der europäischen Dimension des Antisemitismus.



Dass der 7. Oktober eine Zäsur ist, zeigt auch die Fotoausstellung „Sei a Mensch“ der Fotografin Halina Hildebrand, die Station in mehreren Politischen Bildungsforen machte. Die Ausstellung zielt darauf ab, die tiefgreifenden Auswirkungen dieses Schicksalstages auf die israelische Gesellschaft festzuhalten. Gleichzeitig bieten die Fotografien die Möglichkeit zur Reflexion über die Zukunft und die Verantwortung für ein friedliches Miteinander.

Jugendliche zu ermutigen, sich für die Gesellschaft einzusetzen – dieser Kernauftrag der Politischen Bildung bekam im Schatten des 7. Oktobers eine neue Bedeutung. Die Antwort war eine große Anzahl von Workshops, Theateraufführungen und Zeitzeugengesprächen mit und für junge Menschen. Spielerisch, künstlerisch, interaktiv, aber immer den Themen auf ernsthafte Weise gerecht werdend, wurden Inhalte wie der Holocaust oder die jüdische Kultur vermittelt. Auch wurde unter der Schirmherrschaft von Prof. Lammert die neue Auflage des Jugendwettbewerbs *denkt@g* gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit gestartet.

Der Kampf gegen Antisemitismus wie auch das Aufrechterhalten der Erinnerungskultur dürfen sich nicht auf die analoge Welt beschränken. Als eines der zahlreichen digitalen Angebote beleuchtete daher der Podcast *Israel – Wie geht es dem Land?* Veränderungen und Entwicklungen in Israel.

In Kooperation mit dem Freundeskreis Yad Vashem entstand gleichfalls eine Videoreihe. Dargestellt wurden alltägliche Gegenstände, die von ihren Besitzerinnen und Besitzern durch den Holocaust gerettet wurden – wie ein Klavier oder ein Tagebuch, und die Schicksale dahinter. Gemeinsam haben die Gegenstände, die sich heute in der Sammlung der Gedenkstätte Yad Vashem befinden, dass sie einem Menschen gehörten, der selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft war.

Mit bundesweit über 160 Maßnahmen zeigen die Politische Bildung und ihre Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass „Nie wieder ist jetzt!“ nicht nur eine Phrase ist, sondern durch aktives Handeln gelebt wird.

Von Magdeburg nach Brüssel

Die langjährige Leiterin des Politischen Bildungsforums Sachsen-Anhalt, Alexandra Mehnert, ist seit Mai 2024 Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Mit uns hat sie über ihre ersten Monate zwischen Brüssel, Straßburg und Magdeburg gesprochen.



Alexandra Mehnert im Gespräch mit Hans-Gert Pöttering.

Geführt von Carolin Unger

Frau Mehnert, der Übergang von der Arbeit in der Stiftung zur Rolle als Abgeordnete muss spannend und herausfordernd zugleich gewesen sein. Wie haben Sie die ersten Wochen im Europäischen Parlament erlebt?

Es war natürlich sehr spannend und beeindruckend. Am ersten Tag kam ich mit einem großen Rucksack an, sozusagen einem Büro auf dem Rücken, natürlich zunächst ohne Büros und Assistentinnen bzw. Assistenten. Da war so viel Neues und ich war ständig am Schauen und Fragen. Nicht vergessen werde ich, wie ich meinen Laptop erhielt, auf dem nach Einrichtung 1.700 E-Mails erschienen, die mir doch einige Unruhe und zunächst schlaflose Nächte bescherten.

Sehr bewegend war es, am 16. Juli die konstituierende Sitzung des Parlaments zu erleben, eine sehr feierliche Stunde.

Ich freue mich über die Möglichkeit, mein Bundesland in Europa vertreten zu können. Natürlich gebe ich auch zu, dass es nichtsdestotrotz nicht ganz leicht für mich war, meinen Arbeitsplatz in der Stiftung in Magdeburg zu räumen. Die Arbeit habe ich sehr gerne gemacht und gehe mit sehr viel Dankbarkeit an meine neue Aufgabe.

Wie müssen wir uns den typischen Arbeitstag im Europäischen Parlament vorstellen? Wie jonglieren Sie die verschiedenen Anforderungen?

Wir haben 42 Sitzungswochen. In den Sitzungswochen haben wir sehr viele Termine: Gruppensitzungen, Fraktionssitzungen, Plenum, Ausschusssitzungen, Vorbereitungsbesprechungen, Arbeitskreise, weitere Gruppen wie z. B. ostdeutsche Gruppe, Koordinierungskreis, viele Gespräche, Besuchergruppen, Teamabstimmungen etc.

Was für mich ein Lernprozess ist: Viele Sitzungen finden parallel statt und es ist anfangs gar nicht so einfach zu entscheiden, wo Anwesenheit wichtiger ist und wo gegebenenfalls Vertretung nötig ist. Es kommt viel Kommunikation und Schreibtischarbeit dazu.

Normalerweise bin ich von Montag bis einschließlich Donnerstag in Brüssel oder Straßburg, am Freitag bis Sonntag ist dann Zeit für den Wahlkreis mit vielen Terminen im Land Sachsen-Anhalt und auch einige Stunden zu Hause, wo aber auch die folgende Woche und der neue Koffer vorbereitet werden.

Können Sie Ihre Erfahrung als Leiterin des Stiftungsbüros in Sachsen-Anhalt in Ihrer neuen Rolle nutzen?

Natürlich bringe ich aus meiner bisherigen Arbeit bei der Stiftung vieles mit, wofür ich sehr dankbar bin. So konnte ich als Leiterin des Politischen Bildungsforums Sachsen-Anhalt und Landesbeauftragte viel im Bundesland unterwegs sein und bin daher mit dem Bundesland – meiner Heimat – sehr vertraut und gut vernetzt. Ich weiß um die Belange eines ländlich geprägten Bundeslandes.

Und natürlich hat mich die Arbeit bei der Europastiftung geprägt, hier konnte ich auch zwölf Jahre unter Trägerschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung eine *Europe Direct*-Informationsstelle leiten.

Gibt es etwas Persönliches, das Sie aus Ihrem Büro in der Stiftung mit nach Brüssel genommen haben?

Mitgenommen habe ich etwas, was mir viel bedeutet: Meine Kolleginnen und mein Kollege haben mir zur Verabschiedung aus dem Büro eine Fotocollage mit Bildern vieler Veranstaltungen der vergangenen Jahre geschenkt. In der Verabschiedung aus der Hauptabteilung bekam ich einen Europa-Tischwimpel, den ich in Magdeburg bei mir habe.

Meine Schlüssel hängen an einem Schlüsselband der Stiftung, den habe ich immer dabei. Und im Wahlkreisbüro trinke ich meinen Kaffee aus einer Stiftungstasse. Vor allem aber habe ich viele tolle Freundschaften aus der Stiftung mitgenommen, die gebe ich auch nicht mehr her.

Welchen Themen wollen Sie mehr Sichtbarkeit geben und auf welche Ziele arbeiten Sie hin?

Die Themen speisen sich zum einen insbesondere aus meiner Wahlkreisarbeit und aus der Ausschussarbeit. Ich bin in den Ausschüssen Verkehr und Tourismus (TRAN) und im Petitionsausschuss (PETI) Vollmitglied sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI). Als Abgeordnete eines ländlich geprägten Bundeslandes, einer Übergangsregion, ist mir die Unterstützung der ländlichen Regionen auch im Hinblick auf den neuen mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 wichtig. Ich verstehe mich auch als Vertreterin der heimischen Wirtschaft und Landwirtschaft.

Auch hier nehme ich einiges aus meiner bisherigen Arbeit mit: Ob in Wendgräben oder in Magdeburg, immer spielte der Gedanke des Austauschs in der EU eine Rolle. So ist es mir wichtig, dazu beizutragen, dass der Austausch insbesondere junger Menschen gefördert wird. Da gibt es zwar bereits viele Möglichkeiten, doch kann es da nicht genug geben. Hier möchte ich Möglichkeiten schaffen und auch diejenigen unterstützen, die in diesem Sinne wirken.

Und zum Abschluss noch die wichtigste Frage: Gibt es wirklich einen Friseur im Parlamentsgebäude?

Ja, den gibt es tatsächlich. An meinem ersten Tag in Brüssel bin ich auch gleich hineingestürmt. Ich hatte mein Haarspray in Magdeburg vergessen und war froh, hier ein Spray erstehen zu können.

Die Mitte hält! Europawahl 2024 sichert Mehrheit für proeuropäische Kräfte

Die proeuropäischen Kräfte behalten im Europäischen Parlament auch in der neuen Legislaturperiode die Mehrheit. Der befürchtete dramatische Rechtsruck blieb aus. Zukünftig kommt der Europäischen Volkspartei eine historische Schlüsselrolle zu.

Von Felix Manuel Müller

Das zehnte Europäische Parlament

Mit rund 360 Millionen Stimmberechtigten ist die Europawahl die größte transnationale Wahl weltweit. Nach dem Urnengang im Juni 2024 umfasst das neue Europäische Parlament 720 Abgeordnete und acht Fraktionen – eine mehr als zuvor. Als Vertreter der proeuropäischen Mitte gelten die Christdemokraten (EVP), Sozialdemokraten (S&D), Liberalen (Renew) und die Grünen. Außerdem sind die Patrioten für Europa (PfE), die Europäischen Konservativen und Reformer (EKR), die Linken (GUE/NGL) und die Souveränisten (Europa der Souveränen Nationen, ESN) vertreten.

PfE, EKR und ESN: Gestärkt, aber nicht geeint

Vor der Wahl wurde ein Rechtsruck durch EU-skeptische Kräfte befürchtet. Zwar erzielten nationalkonservative, nationalistische und rechtsextreme Parteien Zugewinne in 23 der 27 Mitgliedstaaten, doch blieb eine dramatische Verschiebung aus. Die Fraktionen rechts der EVP stellen nun etwa ein Viertel der Abgeordneten. Ihre politische Schlagkraft bleibt begrenzt.

Grund dafür ist u. a. ihre Fragmentierung, die im Vergleich zur letzten Legislaturperiode zugenommen hat: Statt zweier „Rechtsfraktionen“ gibt es mittlerweile drei. Während die 2009 gegründete EKR weiterhin im Parlament vertreten ist, existiert die Fraktion Identität und Demokratie (ID) nicht mehr. Nach politischen und strategischen Differenzen wurde die Alternative für Deutschland (AfD) aus der ID-Fraktion ausgeschlossen. Zusammen mit kleineren Partnern bildet sie mit der ESN eine neue Gruppe, die jedoch nur knapp über der Mindestzahl von 23 Abgeordneten liegt. Der Großteil der übrigen ID ging in den ebenfalls neu gegründeten Patrioten für Europa auf, welche nun die drittgrößte Fraktion bilden.



S&D, Renew, Grüne und Linke: Verlust der „progressiven Mehrheit“

In den zurückliegenden Legislaturperioden bestand für die politischen Kräfte links der EVP zumindest theoretisch die Option, eine „progressive Mehrheit“ bilden zu können. Weil aber insbesondere Liberale und Grüne bei den Wahlen im Juni schwere Verluste hinnehmen mussten, ist dies im neuen institutionellen Zyklus auch rechnerisch nicht mehr möglich.

Renew stellte im neunten Europäischen Parlament noch die drittmeisten Abgeordneten. Mit 77 Mandaten liegt die liberale Fraktion nun auf dem fünften Platz. Die Grünen rutschten von Position vier auf sechs ab und liegen nur noch knapp vor den Linken. Zwar konnten die Sozialdemokraten ihren Status als zweitstärkste Fraktion verteidigen, aber auch sie mussten moderate Verluste verzeichnen.

EVP: Wahlsiegerin in historischer Schlüsselposition

Die EVP ist als einzige Fraktion der Mitte gewachsen und baute ihren Abstand zur S&D auf 52 Sitze aus. Seit drei Jahrzehnten ist sie die stärkste Kraft im Parlament und immer noch größer als PfE, EKR und ESN zusammen (188 zu 187 Mandate). Ein gelungener Expansionskurs – mit neuen Partnern in den Niederlanden, Dänemark, Tschechien und Ungarn – trug zum Wahlerfolg bei. Die EVP besetzt außerdem zentrale Positionen. Auf sie entfallen acht Ausschussvorsitze. Mit Roberta Metsola stellt sie erneut die Präsidentin des Parlaments. Sabine Verheyen wurde erste Vizepräsidentin.

Als strategische Gewinnerin der Wahl 2024 nimmt die EVP eine Schlüsselstellung ein. Weder linke noch rechte Kräfte können gegen sie eine Mehrheit bilden. Daraus erwächst eine historische Chance, aber auch eine Verantwortung für die europäischen Christdemokraten bezüglich der Politikgestaltung innerhalb der EU.

Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung als Europa-Stiftung

Die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes bleibt auch nach der Europawahl gewahrt. Das ist wichtig. Denn die EU wird in Zukunft mehr Verantwortung in der Welt übernehmen müssen, wie David McAllister im Rahmen der Europa-Rede 2024 betonte. Diese setzte bewusst den Fokus auf die Zukunft der transatlantischen Beziehungen. Die zweite Präsidentschaft Donald Trumps wird die EU zweifellos herausfordern, eröffnet jedoch zugleich Chancen für eine stärkere Kohäsion innerhalb Europas.

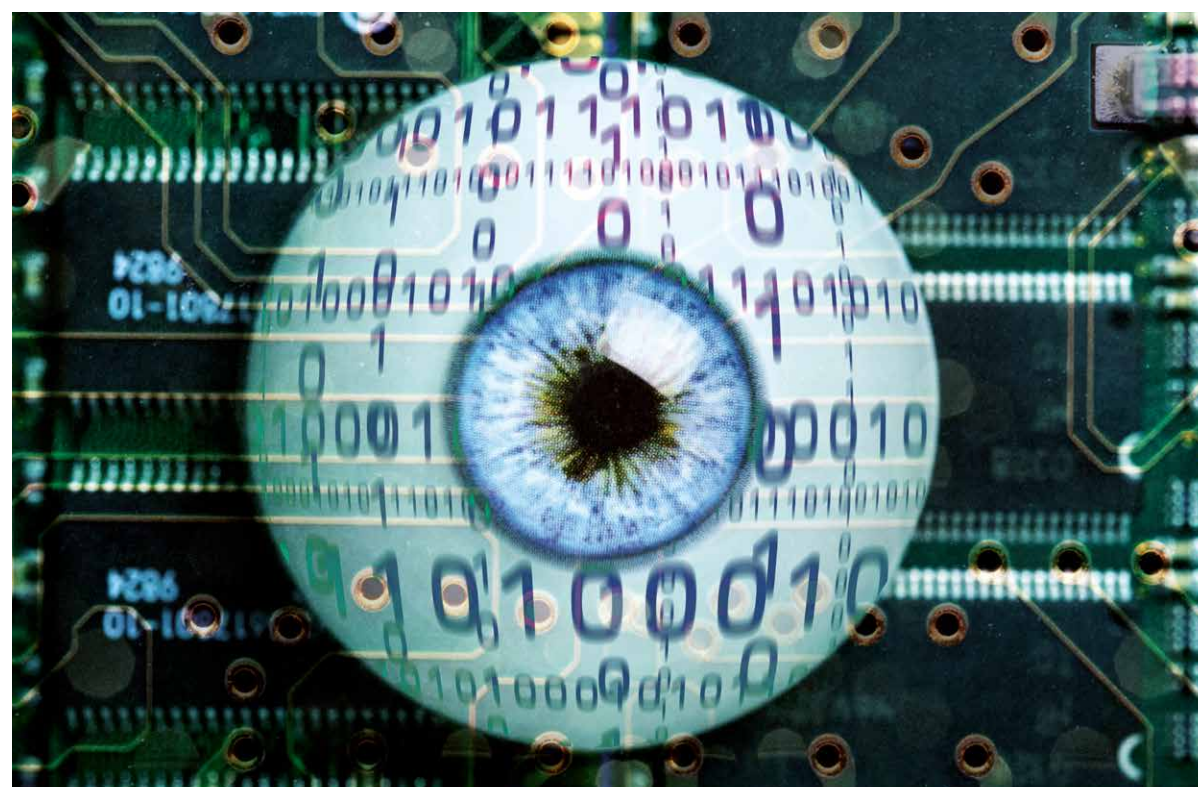
Ein Schwerpunkt der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung im Wahljahr lag auf der Wahlmobilisierung. Beispielsweise sollten mit der Aktion „#DeineStimmeDeinEuropa“, die in Kooperation mit *Zeitbild Wissen* an Schulen durchgeführt wurde, junge Menschen für die Bedeutung der Europawahl sensibilisiert und zur Stimmabgabe motiviert werden. Darüber hinaus ist der Blick nach vorn ein zentraler Bestandteil der europapolitischen Stiftungsarbeit. So wurden beispielsweise im Rahmen des „Workshop on European Issues“ Zukunftsszenarien entwickelt, um die EU auf verschiedene Herausforderungen vorzubereiten und ihre langfristige Handlungsfähigkeit zu sichern.

Mehr zum Thema

„Europa muss auf eigenen Füßen stehen“ – Europa-Rede 2024:
kas.de/europa-rede-2024

Deep Fakes im Superwahljahr 2024

Einen signifikant messbaren Einfluss hatten Deep Fakes auf den Ausgang von Wahlen 2024 nicht. Trotz allem sollten die Gefahren von Deep Fakes nicht ignoriert werden, da sich die Technologien und Taktiken ständig weiterentwickeln.



Von Ferdinand Gehringer

Mitte November 2024 sorgte ein Video von Friedrich Merz auf Instagram für Aufsehen. Es zeigt den CDU-Parteivorsitzenden in einem Büroraum des Konrad-Adenauer-Hauses, mit einem türkisfarbenen Rahmen und dem CDU-Logo, untertitelt mit „Achtung: Künstliche Inkompetenz“. Im Video äußert sich Merz u. a. abfällig über die Demokratie. Er erklärt, dass das Drängen auf schnelle Neuwahlen u. a. kleinere Parteien daran hindere, ihre Wahllisten zu vervollständigen, was ihm zugutekomme, da er keine Stimmen abgeben wolle.

Diese Aussagen von Friedrich Merz hat es so nicht gegeben. Das Video ist manipuliert, ein Deep Fake.

Deep Fakes sind mit Künstlicher Intelligenz erzeugte oder manipulierte Bild-, Audio- oder Videoinhalte, die bestehenden Personen, Objekten, Orten, Entitäten oder Ereignissen ähneln und für eine Person fälschlicherweise authentisch erscheinen.

Das Ziel dieser Deep Fakes ist es u. a., politische Gegnerinnen und Gegner gezielt zu diskreditieren, indem sie in kompromittierenden oder manipulativen Situationen gezeigt werden. Neben der Diffamierung wird die Technologie auch für gezielte Werbung und Botschaften eingesetzt, um das Image von Kandidatinnen und Kandidaten zu formen. Social-Media-Plattformen, die auf algorithmische Verstärkung setzen, tragen maßgeblich dazu bei, dass Deep Fakes schneller verbreitet werden und die Moderation und das Debunking (Aufdecken der Fälschung) solcher Inhalte erschwert wird. Zugleich ist der Zugang zur KI-Technologie durch zahlreiche kostenlose oder günstige KI-Generatoren für jedermann möglich. Wobei sich die Qualität der Technologie fast täglich verbessert. Auch die Anzahl der Manipulationen hat zugenommen, sodass es oft schwerfällt, sie als solche zu erkennen.

Die Darstellungen wirken mittlerweile täuschend echt. In der gefälschten Videobotschaft von Friedrich Merz war seine manipulierte Stimme nahezu nicht von seiner echten zu unterscheiden. Einzig die Gesichtszüge und Mundbewegungen waren nicht synchron zu den inhaltlich realitätsfernen Aussagen.

Deep Fakes haben sich zu einem Instrument der politischen Beeinflussung entwickelt, insbesondere im Vorfeld von Wahlen.

Die Wahlen in Pakistan, Indonesien und Indien 2024 zeichneten sich durch einen verstärkten Einsatz von Audio- und Videobotschaften aus. So wurden Botschaften von Kandidatinnen und Kandidaten in Sprachen, die sie nicht beherrschten, aber auch von inhaftierten und sogar von verstorbenen politischen Persönlichkeiten generiert. In den meisten Fällen war das produzierte Material jedoch nicht darauf ausgelegt, Wählerinnen und Wähler zu täuschen, oder hatte böswillige Absichten.

Obwohl es einige Beispiele für KI-generierte Fälschungen gab – etwa einen angeblichen Anruf von Präsident Joe Biden während der Vorwahlen in New Hampshire, Deep Fakes von Taylor Swift, die angeblich Trump unterstützt, oder Vizepräsidentin Kamala Harris in einer kommunistischen Uniform –, blieb die befürchtete Flut von Deep Fakes auch bei den US-Wahlen 2024 aus.

In den französischen, EU- und britischen Parlamentswahlen im Juni und Juli 2024 waren bösartige KI-gestützte Taktiken noch seltener zu beobachten. Die wenigen auffälligen Fälle umfassten rechtsextreme Kampagnen in Frankreich, bei denen einige KI-generierte Bilder verwendet wurden, die beispielsweise Migrantinnen und Migranten darstellten, die an den Küsten Frankreichs ankommen. Ähnliche manipulierte Bilder kamen auch bei den EU-Wahlen zum Einsatz. Im Vereinigten Königreich verbreiteten sich Inhalte aus generativer KI nur in wenigen Fällen viral.

Bei den Landtagswahlen 2024 nutzten etablierte Parteien wie CDU, SPD, FDP und Die Linke Deep Fakes eher zurückhaltend. Falls manipulierte Botschaften zum Einsatz kamen, achteten sie darauf, dass diese als „KI-generiert“ gekennzeichnet waren. Diese bedachte Vorgehensweise spiegelt möglicherweise den Wunsch wider, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zu bewahren und Kontroversen zu vermeiden. Im Gegensatz dazu nutzte vor allem die AfD Deep Fakes intensiver und mit weniger Zurückhaltung. Auf Social-Media-Kanälen setzten AfD-Politikerinnen und -Politiker häufig KI-generierte Bilder ein, um ihre politischen Botschaften emotional zu verstärken.

Es bleibt schwierig, die Auswirkungen von Deep Fakes auf einzelne Wahlergebnisse exakt zu messen. Ein Vergleich der tatsächlichen Ergebnisse mit den erwarteten Resultaten auf Basis von Umfragedaten zeigt jedoch keine deutlichen Hinweise darauf, dass Deep Fakes bisher das Ergebnis einer Wahl entscheidend beeinflusst haben. Angesichts dieser Erkenntnisse und der bisher bekannten Fälle bleibt der tatsächliche Einfluss hinter den Warnungen für das Wahljahr 2024 zurück. Doch auch andere Formate und Diskussionsrunden der Konrad-Adenauer-Stiftung in verschiedenen Regionen der Welt machten deutlich, dass der Einfluss von Deep Fakes auf Wahlen seinen Höhepunkt vermutlich noch nicht erreicht hat.

Mehr zum Thema

Podcast *Politsnack*:
<https://tinyurl.com/29j3hyv3>

Experteninterview mit Hany Farid zum Thema Deep Fakes:
<https://tinyurl.com/yfp53mbd>

Publikation:
kas.de/monitor_deep-fakes-und-wahlen

Der Postkolonialismus als Gefahr für den Westen

Seit Juli 2024 nimmt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung aus wissenschaftlicher Perspektive der historischen Ursachen und Entwicklungen der postkolonialen Theorie an, erläutert wichtige Zusammenhänge, beschreibt akute sowie generelle Problemfelder – und erklärt die gefährlichen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft.

Von Stefan Stahlberg

Vorwürfe des „Eurozentrismus“ und Kritik am „schwierigen Erbe der europäischen Aufklärung“

Natürlich ist es geboten und sinnvoll, dass sich die Wissenschaft der Kolonialgeschichte annimmt und dass wir eine öffentliche Debatte über Kolonialverbrechen führen. Doch die Befürworterinnen und Befürworter der postkolonialen Theorie befassen sich nicht nur mit der kolonialen Vergangenheit, sondern sie vermuten bis in die Gegenwart bestehende Wirkungen kolonialen Denkens. Sie unterstellen dem Westen „Eurozentrismus“ in der Politik, der Kultur, der Wirtschaft und der Wissenschaft. Sie werfen den ehemaligen Kolonialmächten einen „westlichen Kulturimperialismus“ vor. Die Länder des Westens würden ihre Werte, ihr Wissen, ihren Glauben den Ländern des globalen Südens gegen deren Willen aufzwingen und die Machtverhältnisse aus der Kolonialzeit aufrechterhalten. Und sie kritisieren das „schwierige Erbe der europäischen Aufklärung“, womit der Postkolonialismus den Westen selbst angreift und den Universalismus an sich in Frage stellt, der den Glauben an eine Überlegenheit der Weißen dulde oder ein rassistisches Instrument der Europäerinnen und Europäer für fortgesetzte Kolonialisierung und Ausbeutung sei.

Entgrenzte Dekolonisierungsforderungen

Deswegen verlangen Postkoloniale eine umfassende „Dekolonisierung“, insbesondere auch innerhalb der westlichen Gesellschaften, denn aus ihrer Perspektive wirken koloniale Wissens- und Denkformen bis heute in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Literatur, Kunst und Recht, in der Populärkultur sowie in Alltagskontexten fort. Bibliotheken und Museen würden ihren Reichtum kolonialem Raub verdanken, die westlichen Wissensregime und Denkweisen in universitären Curricula, Lehrplänen und Diskursen würden die Menschen des globalen Südens, ihre indigenen Wissensregime, ihre lokale Praxis systematisch negieren und entwerten, koloniale Kontinuitäten in Denkmälern und Straßennamen würden Rassismus sowie koloniale Strukturen manifestieren und in die Gegenwart tragen. Die postkolonialen Forderungen reichen bis an die heimischen Bücherregale heran, die von der vermeintlichen „Dominanz westlicher Literatur“ befreit werden sollen, um Platz zu schaffen für „Autor:innen of Colour“, die zu historisch diskriminierten Gruppen gehörten, nicht ausreichend gewürdigt und deren Gefühle verletzt würden.



Postkolonialismus und Antisemitismus

Doch viel zu häufig ist die Grundlage für diese Forderungen lediglich die Minimalannahme, der Kolonialismus sei noch nicht vorbei. Die konkrete Verbindung zur Geschichte der Kolonisierung wird gar nicht nachgewiesen, die tatsächliche koloniale Situation, die überwunden werden soll, bleibt nur vage beschrieben und man findet eine vereinfachte Einteilung in Täter und Opfer, in Unterdrücker und Unterdrückte.

Besonders deutlich wurden die Auswirkungen der postkolonialen Theorie nach dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023: Israel wird als imperialistisches, koloniales Siedlerprojekt dämonisiert, die Hamas-Verbrechen werden als Kampf gegen den Imperialismus verteidigt und Musliminnen und Muslime werden als die eigentlichen Opfer dargestellt, erneut seien Nicht-Weiße die Opfer von Weißen. Berechtigte Kritik an Juden Hass wird als antimuslimischer Rassismus delegitimiert – ein Rassismus, der aus postkolonialer Sicht als Teil des kolonialen Erbes strukturell in Staat und Gesellschaft verankert sei –, antisemitische Narrative finden eine weitere Verbreitung, die Meinungsfreiheit wird eingeschränkt, Menschen werden bedroht, israelische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler boykottiert.

Maßnahmen für eine konstruktive Debatte

Um der Dimension des Themas gerecht zu werden, veröffentlichen wir seit Sommer 2024 Essays renommierter Expertinnen und Experten. Diese Beiträge werden von den beiden Abteilungen Zeitgeschichte (WD/ACDP) und Gesellschaftlicher Zusammenhalt (AuB) betreut und im ersten Halbjahr 2025 in einem gedruckten Reader gebündelt. Die Publikationen befassen sich mit der ganzen Bandbreite an Themen, die hier eingangs beschrieben wurden, darunter Antisemitismus, Antiimperialismus, Islamismus, Linksextremismus, antimuslimischer Rassismus, internationale Politik, Wissenschaftsfreiheit sowie das koloniale Erbe in der Gedenk- und Erinnerungskultur, beispielsweise bei Denkmälern und Straßennamen. Zudem blicken Beiträge nach Frankreich, Kanada und in die USA. Unser Ziel ist es mit diesen Maßnahmen, den (post-)kolonialgeschichtlichen Diskurs verständlich zu erläutern und die Menschen zu befähigen, postkoloniale Deutungsmuster einzuordnen, damit sie die Gefährdungspotenziale für Demokratie, Gesellschaft und Wissenschaft erkennen können. Mit konstruktiven Diskussionen über unsere Vergangenheit wollen wir die gesellschaftliche Polarisierung reduzieren – und unsere Demokratie stärken.

Mehr zum Thema

Geschichtsbewusst:
kas.de/postkolonialismus

Neue Räume für Geschichte – Das Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung wächst

Ein Interview mit Horst Granderath, Referent des Schriftgutarchivs

Am 3. September 2024 fand im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in Sankt Augustin die feierliche Einweihung der neuen Archivräume statt. Im Interview verrät uns Horst Granderath, Referent des Schriftgutarchivs, die Gründe für den Umbau und erläutert die Herausforderungen für ein modernes Archiv.



Geführt von Christiane Stahr

Welche Herausforderungen gab es bei der Erweiterung des Archivs und wie lange wird der neu geschaffene Platz ausreichen?

Herausforderungen gab es viele. Wir mussten mit den Gegebenheiten klarkommen, die wir in den neuen Räumlichkeiten vorfanden. Vor dem Umbau hatten sie gänzlich andere Funktionen. Sie dienten als Garage, Sprinkleranlage oder Fotostudio. Die Regalsysteme mussten an jede Besonderheit in unzähligen Messvorgängen angepasst werden. Die Klimatisierung musste für das papierne Archivgut aufgerüstet werden. Rampen wurden gebaut, Türen versetzt. Derzeit wird ein zentrales Schließsystem eingebaut, um die Sicherheit für unsere historischen Schätze zu erhöhen. Wie lange der neu geschaffene Platz ausreicht, hängt von vielen externen Faktoren ab. Er kam auf jeden Fall zum richtigen Zeitpunkt, denn die Hälfte des gewonnenen Freiraums ist bereits verplant.

Neu hinzugekommen ist ein Quarantänerraum. Was darf man sich darunter vorstellen?

Ein Archiv hat viele Feinde, die gefährlichsten sind Feuer, Wasser, Schmutz und Schädlinge. Wenn wir Archivgut zu uns ins Haus holen, kommen die Akten oft aus ungünstiger Lagerung. Wir investieren erhebliche Mittel, um Sauberkeit einzuhalten und eingeschleppte Schädlinge zu bekämpfen. Der erstmalig eingerichtete Quarantänerraum ist ein wichtiger Baustein, um z. B. vom Schimmel befallenes Material speziell zwischenzulagern und an professionelle Firmen zur Restaurierung zu überstellen. Er ist klimatisch vom Rest des Gebäudes separiert.

2024 sind größere Umbauarbeiten im ACDP zu einem Abschluss gekommen. Warum musste das Archiv erweitert werden?

Seit fünf Jahrzehnten sichert das ACDP am Standort Sankt Augustin Literatur, Dokumente und Archivgut der christdemokratischen Geschichte auf einer Regalfläche von über zwanzig laufenden Kilometern. Doch wir sind hier räumlich längst an unsere Kapazitätsgrenzen gekommen, denn Archive wachsen! Dieser ständigen Hypertrophie begegnen Sie nur durch zwei Strategien: Entweder gewinnen Sie regelmäßig neuen Raum oder Sie beschäftigen so viel Personal, dass mehr Archivgut bewertet wird, als neu hinzukommt. So fiel der Entschluss, den Standort im Rheinland auszubauen. Der Zuwachs von knapp vier Kilometern Lagerungsfläche ist in seinem Umfang ein Novum und ein echter Erfolg!



Das Umbau-Team in den neuen Räumen des Archivs.

Wie wird sichergestellt, dass historische Dokumente auch in der digitalen Ära für die Nachwelt gesichert werden? Und ganz provokant gefragt: Braucht es das physische Dokument in unserem digitalen Zeitalter überhaupt noch?

Es gibt spezielle Verfahren, um Dokumente digital so aufzusetzen, dass sie auf lange Zeit abrufbar und lesbar bleiben sowie unverändert und authentisch zur Verfügung stehen. Archivgut ist zumeist nur einmal vorhanden, es ist unwiederbringlich. Eine physische Vernichtung nach der Digitalisierung wäre aus mehreren Gesichtspunkten fahrlässig. Wer garantiert uns, dass die heute getroffene Digitalisierungsvariante in der Welt von morgen noch künftigen Ansprüchen entspricht? Oder viel schlimmer: Wer prüft in ferner Zukunft noch, ob der ursprüngliche Inhalt nicht mithilfe von intelligenter Software auf schädliche Weise manipuliert wurde? Wir Archivare tragen Verantwortung für das uns anvertraute Kulturgut. Unsere Entscheidungen dürfen nie die Gefahr des Informationsverlusts oder der Verfälschung aufkommen lassen.

Hat sich die Art der Anfragen, die an das ACDP gestellt werden, über die Jahre geändert? Wie könnte das Archiv der Zukunft aussehen, und wird Künstliche Intelligenz dabei eine Rolle spielen?

Früher erreichten uns die Anfragen telefonisch, die Recherchen wurden mitunter noch gefaxt. Diese

Zeiten sind längst vorbei! Glücklicherweise nutzen immer noch viele Forschende unseren Lesesaal hier im ACDP, doch die Nachfrage nach digitalen Kopien steigt. Wir haben zwar bereits Millionen Seiten retrodigitalisiert, und täglich kommen tausende hinzu, aber gemessen am Gesamtbestand sind wir erst bei einem Digitalisierungsgrad von vier Prozent. Der Handlungsdruck wächst, denn die abgebenden Stellen bieten zunehmend genuin digitales Schriftgut an.

Die Versprechen von Künstlicher Intelligenz sind groß! Wir beobachten den Markt genau und tauschen uns vernetzt aus. Schon in naher Zukunft sollten innovative Instrumente bei der Recherche zum Einsatz kommen, damit wir Hoheit und Orientierung über unsere Daten behaupten können. Starke Suchmaschinen sollen sämtliches Archivgut gleichzeitig durchforsten, sinnvolle Extrakte entwerfen und die Fundstücke intelligent verbinden. Nutzerinnen und Nutzer möchten sich heute mit Dokumenten „unterhalten“ können. Jüngste Gespräche mit KI-Anbietern stimmen uns hoffnungsvoll für die notwendige Aufrüstung unserer Infrastrukturen.

Mehr zum Thema

Archiv:
kas.de/archiv

Digitaler Lesesaal:
<https://digitaler-lesesaal.kas.de/>

Regionale Zeitenwende

Die Zukunft Israels und die geopolitischen Dynamiken in Nahost

Die brutalen Massaker der Terrororganisation Hamas in Israel vom 7. Oktober 2023 haben die israelische Bevölkerung traumatisiert und prägen bis heute die Entwicklungen im Nahen Osten.

Von Thomas Volk



Gedenkstätte auf dem Gelände des Nova-Festivals in Israel.

1.200 Menschen wurden getötet, 256 von der Hamas in den Gazastreifen verschleppt. An diesem Sabbat fand das größte Morden an Jüdinnen und Juden an einem Tag seit der Shoa statt – und dies in dem Land, dessen Gründungsversprechen der Schutz jüdischen Lebens ist.

Diese Betrachtungen sind für das Verständnis des transformativen Charakters dieser Schreckenstaten wichtig und müssen berücksichtigt werden, um die dadurch ausgelösten Entwicklungen zu verstehen. Seither führt Israel den längsten Krieg seiner Geschichte und befindet sich in einem aufgezwungenen mehrdimensionalen Selbstverteidigungskrieg. Es geht um die Existenz des jüdischen und demokratischen Staates Israel. Allein im ersten Kriegsjahr wurden über 26.240 Raketen auf Israel geschossen – dies entspricht im Durchschnitt 65 Raketen pro Tag. Neben der Hamas, der Hisbollah im Libanon und dem Iran entwickelten sich die Huthi-Milizen aus dem Jemen und schiitische Milizen aus Syrien und dem Irak zu weiteren Bedrohungen für Israel.

Israels Sieben-Fronten-Krieg

Nach über einem Jahr Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen fehlt noch immer eine Zukunftsvision für die Verwaltung des seit 2006 von der Terrororganisation kontrollierten Küstenstreifens. Während die militärischen Kapazitäten der Hamas weitgehend zerstört sind und ihr prominentester Anführer, Yahya Sinwar, Mitte Oktober 2024 von der israelischen Armee eliminiert wurde, bleibt die ideologische Deradikalisierung eine zentrale Herausforderung. Denn mit zehntausenden getöteten Zivilistinnen und Zivilisten im Gazastreifen und massiver Zerstörung ist der Nährboden für eine weitere Radikalisierung junger Palästinenserinnen und Palästinenser bereits gelegt. Eine Reform des Bildungssystems wird daher notwendig sein, vor allem aber eine Perspektive für eine palästinensische Selbstverwaltung. Ob die Palästinensische Autonomiebehörde, lokale Honoratioren oder regionale Kräfte den Gazastreifen verwalten werden, bleibt ungewiss.

Die schiitische Terrororganisation Hisbollah eröffnete im Oktober 2023 eine zweite Front gegen Israel und ließ seither alle diplomatischen Deeskalationsversuche verstreichen. Ein strategisch wichtiger Angriff auf die Kommunikationsinfrastruktur der Organisation, die Tötung ihres Generalsekretärs Hassan Nasrallah durch einen gezielten israelischen Angriff Ende September in Beirut oder der Beginn einer Bodenoffensive im Südlibanon seit Anfang Oktober 2024 konnten die vom Iran finanziell und militärisch unterstützte Terrororganisation nicht zum Einstellen ihrer Angriffe bewegen. Auch im Libanon sind tausende tote Zivilistinnen und Zivilisten und über eine Million Binnenflüchtlinge die Folge.

Der wichtigste Destabilisierungsfaktor in der Region ist und bleibt jedoch der Iran. Seit der islamischen Revolution 1979 versucht die schiitische Theokratie

staatliche und nicht-staatliche Akteure gegen Israel zu positionieren. Mit seinen direkten militärischen Angriffen auf Israel wagte der Iran im April und Oktober 2024 zwei Dammbürche, die eine weitere Eskalation mit dem Land früher oder später unausweichlich werden lassen. Nur wenn der iranische Anspruch zur nuklearen Bewaffnung eingedämmt werden kann, besteht Aussicht auf eine dauerhaft friedliche Regionalordnung.

Innerisraelische Debatten und die Zukunft der Zweistaatenlösung

Neben der Schwächung des Mullah-Regimes stellt auch die Frage nach der Realisierbarkeit einer Zweistaatenlösung eine zentrale Herausforderung in der Region dar. In Israel sind sich Politik und Öffentlichkeit über alle Lager hinweg einig, dass die Hisbollah besiegt und der Iran geschwächt werden müssen. Wenn das Schicksal der israelischen Geiseln geklärt wurde und die Kriege im Gazastreifen und im Libanon beendet wurden, werden sich folgende Fragen stellen: Wer wird den Gazastreifen zukünftig verwalten und Israels geforderte Sicherheitsgarantien bieten? Wie kann eine zukünftige palästinensische Selbstverwaltung aussehen, zumal ultrarechte Regierungsmitglieder in Israel offen über Annexion sprechen und auf der palästinensischen Seite keine legitimierte Machtverhältnisse bestehen? Und schließlich: Wie können in Anbetracht unvorstellbaren Leids und tiefer Traumata auf beiden Seiten überhaupt neue Gesprächskanäle zwischen Israelis und Palästinensern hergestellt werden?

Eine Intensivierung der Beziehungen arabischer Staaten mit Israel, vor allem Saudi-Arabiens, die Schwächung des Irans und die Zukunft der Zweistaatenlösung werden die Dynamiken der Region prägen. Dabei wird entscheidend sein, welche Akzente die US-Nahostpolitik unter Präsident Donald Trump setzen wird. Für Deutschland sollte in Anlehnung an die Rede von Bundeskanzlerin a. D. Angela Merkel vor der Knesset im März 2008 weiterhin gelten, dass die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson gehört. Dieses Versprechen gilt 2025, im 60. Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland, mehr denn je. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird sich daher weiterhin für starke deutsch-israelische Beziehungen einsetzen und 2025 eine Vielzahl an Veranstaltungen dazu durchführen, u. a. Dialogprogramme für israelische und deutsche Mandatsträgerinnen und -träger in Deutschland und Israel.

Hotspot des Drogenhandels

Kriminelle Banden untergraben die Sicherheit in Ecuador. Johannes Hügel, Leiter des Auslandsbüros Ecuador, über die Drogengewalt im Land und die Risiken für Europa.

Geführt von Fabian Wagener

Sie leben in Ecuador – einem Land, das inzwischen als „Hotspot des Kokainhandels“ gilt. Medien berichten von einer Welle der Gewalt. Wie dramatisch ist die Lage?

Die Situation ist sehr angespannt. Das gilt allerdings nicht im selben Maße für alle Orte im Land. Die Küsten- und Amazonasregionen sind wesentlich stärker betroffen als das Hochland, wo wir unser Büro haben. Gewaltprobleme im Kontext der Drogenkriminalität prägen insgesamt schon seit geraumer Zeit den Alltag.

Warum hat sich Ecuador zu einem Zentrum des latein-amerikanischen Drogenhandels entwickelt?

Das hat vielfältige Ursachen, die auch weiter zurückreichen. Zu nennen sind die schwachen staatlichen Institutionen in Ecuador, außerdem die Einführung des US-Dollars als Landeswährung im Jahr 2000. Diese war für das Land zwar gewinnbringend, begünstigte aber auch die Geldwäsche.

Auch die Politik unter Ex-Staatspräsident Rafael Correa, der von 2007 bis 2017 regierte und als ecuadorianischer Repräsentant des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ gilt, hat zu der Entwicklung beigetragen. So wurden US-Militärbasen im Land aufgekündigt, die bis dato zumindest viele der Schmuggelrouten des internationalen Drogenhandels gestört hatten. Dazu kamen der Kontrollverlust des Staates über seine Gefängnisse, die zu Brutstätten der organisierten Kriminalität wurden, und ein gescheitertes Resozialisierungsprogramm für Bandenmitglieder, das kriminellen Strukturen Zugang zur Politik verschaffte.

Als weiterer Grund kann der Friedensvertrag von 2016 in Kolumbien mit der dortigen Guerillagruppe FARC angeführt werden, der zum Eindringen von Splittergruppen derselben in den Norden Ecuadors führte. Natürlich spielen auch wachsende Kokainkonsummärkte weltweit eine unrühmliche Rolle, wobei Europa die USA inzwischen als wichtigster Absatzmarkt abgelöst hat.



Wie gehen die Drogenbanden konkret vor?

In Ecuador gibt es territoriale und geschäftsspezifische Aufteilungen zwischen den international operierenden Drogenkartellen und den lokalen Banden. Große Kartelle aus Mexiko und Kolumbien versuchen, die lokalen Banden mit Gewalt für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Banden wiederum geben die Gewalt in Form von Erpressungen, Entführungen und Zwangsrekrutierungen vor allem junger Menschen an die Bevölkerung weiter.

Drogen werden aus den Nachbarländern Kolumbien und Peru, aber auch aus Costa Rica über Landrouten an die Häfen Ecuadors geschafft. Dort oder auf dem Meer werden sie über Bestechungs-, Erpressungs- oder Drohungsmechanismen an Bord der großen Reedereischiffe geschmuggelt. International operieren die großen Drogenkartelle wie Wirtschaftsunternehmen. Sie zählen korrupte Geschäftsleute, Anwältinnen und Anwälte sowie Politikerinnen und Politiker in ihren Reihen. Sie besitzen Vertretungen in den größten Häfen und in den Metropolen der Konsumentenländer, um den Transport und Vertrieb der Drogen sicherzustellen.

Welche Auswirkungen haben die Entwicklungen auf Europa?

Die illegale Einfuhr von Drogen nach Europa und Deutschland wird sich vermehren. Sicherheitsvorkehrungen an den Häfen Antwerpens und Rotterdams führen zu Verdrängungseffekten hinsichtlich der Transportrouten, wodurch Deutschland, im Speziellen Hamburg, in den Fokus rückt. Die jüngsten Rekordfunde in Hamburg und im spanischen Algeciras von 35 beziehungsweise 13 Tonnen Kokain bestätigen diesen Trend. In Städten wie Antwerpen und Amsterdam kommt es bereits zu Schießereien, Entführungen und Morden, die in direktem Zusammenhang mit der organisierten Drogenkriminalität stehen.

Haben Sie den Eindruck in Deutschland gibt es ein ausreichendes Bewusstsein dafür, welche Risiken mit der Drogenkriminalität auch für die Bundesrepublik verbunden sind?

Nein, leider nicht. Ich habe den Eindruck, dass die Problematik nur marginal auf dem Radar der Politik ist. Europa und Deutschland sind nur ungenügend auf die Herausforderung vorbereitet. Der größte Hafen Europas in Antwerpen beispielsweise hat zu wenig Personal und besitzt nur vier Spürhunde und Scanner, um Drogentransporte ausfindig zu machen. Am Hamburger Hafen werden aufgrund fehlender Kapazitäten nur rund zehn Prozent aller Container auf Drogen hin untersucht. Zoll-, Polizei- und Spezialbehörden mangelt es an der personellen und materiellen Ausstattung.

»Der internationale Kampf gegen Straflosigkeit und Korruption muss ausgebaut und die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden.«

Wie lässt sich die Drogenkriminalität wirksam bekämpfen?

Die Kapazitäten zur Bekämpfung von Geldwäsche und die Mandate von Organisationen wie INTERPOL, EUROPOL und AMERIPOL sollten gestärkt werden. Es sollte eine gemeinsame Taskforce aufgebaut werden, die in Häfen, an Flughäfen, an Grenzen, auf Straßen sowie im Luftraum und auf See Maßnahmen zur Unterbindung illegaler Aktivitäten durchführt. Der internationale Kampf gegen Straflosigkeit und Korruption muss ausgebaut und die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden. Außerdem sollten gemeinsame Anti-Mafia- und Auslieferungsgesetze sowie die Enteignung von kriminellen Vermögenswerten angestrebt werden.

Ecuador gilt inzwischen als eines der gefährlichsten Länder der Welt. Inwieweit beeinflusst das Sie persönlich in Ihrem Alltag und Arbeitsleben?

Der Arbeitsalltag wird dadurch eingeschränkt, dass wir nicht überall im Land frei, das heißt sicher, arbeiten können. In den Küstenregionen, vor allem um die Hafenmetropole Guayaquil und in der Region Esmeraldas, muss man leider auf mögliche Überfälle, Schießereien und Entführungsszenarien vorbereitet sein. Von kritischen Situationen sind wir hier jedoch bis jetzt glücklicherweise verschont geblieben, trotz unserer intensiven Arbeit zum Themenkomplex Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung.

Berufliche Talente stärken – Wie die Konrad-Adenauer-Stiftung die Fachkräfte von morgen fördert

Zum ersten Mal vergibt die Konrad-Adenauer-Stiftung Stipendien an berufliche Talente. Auszubildende werden seit diesem Jahr von der Stiftung gezielt dabei unterstützt, sich beruflich zu entwickeln und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.



Teilnehmende der Ausbildungsförderung.

Von Lisa Orlamünder

Junge Menschen sitzen in kleinen Gruppen auf den Sofas im Eingangsbereich in einem Hotel in Bad Honnef, vertieft in Gespräche. Man hört gedämpftes Stimmengewirr und gelegentliches Lachen. Stühle werden vorbeigetragen, Flipcharts vorbereitet, Namensschilder sortiert. An diesem Oktobertag sind nicht nur die Bewerberinnen und Bewerber aufgeregt. Denn in Bad Honnef findet etwas Besonderes statt: die erste Auswahltagung für Auszubildende. Seit diesem Jahr darf die Konrad-Adenauer-Stiftung nämlich erstmals auch berufliche Talente mit einem Stipendium fördern.

Unter den Bewerberinnen und Bewerbern war auch Katharina Doreen, Anfang 20, die eine Ausbildung zur Pflegefachkraft macht. Sie erinnert sich noch genau an den Moment, als sie die Hotelloobby betrat und sich zu einer Gruppe von anderen Bewerberinnen und Bewerbern setzte. „Wir unterhielten uns direkt über unsere Ausbildungen und unser Ehrenamt. Ich war beeindruckt, wie viel Herzblut alle mitbringen. Es war ein gutes Gefühl, auf Gleichgesinnte zu treffen.“

Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist diese Auswahltagung ein besonderer Meilenstein. Erstmals darf sie junge Auszubildende mit einem Stipendium

fördern. So soll die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung zum Ausdruck gebracht und beide besser verzahnt werden. Das ist auch das Ziel der Bundesregierung, die die Pilotförderung „Begabte Auszubildende und Fachkräfte in der Förderung der Begabtenförderungswerke“ (BAFF) finanziert. Bis 2026 sollen rund 1.000 Stipendien vergeben werden. Unterstützt wird die Initiative auch vom Bundesverband der Freien Berufe e. V., dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und der Deutschen Industrie- und Handelskammer, die damit ebenfalls ihre zukünftigen Fachkräfte stärken möchten.

Katharina Doreen ist eine von 130 Auszubildenden, die sich dieses Jahr für ein Stipendium bei der Konrad-Adenauer-Stiftung beworben haben. In ihrer Freizeit engagiert sie sich ehrenamtlich für Kinder und Jugendliche mit Depression und sieht im Stipendium eine große Chance: „Die Konrad-Adenauer-Stiftung passt sehr gut zu meinen Werten. Gleichzeitig erhoffe ich mir weiterführende Bildung sowie Unterstützung und Beratung bei meinen zukünftigen ehrenamtlichen Projekten“, erklärt sie. Katharina Doreen erinnert sich gerne daran, wie hilfsbereit alle bei der Auswahltagung waren. „Meine Gruppenmitglieder fragten häufig, ob sie den anderen helfen könnten. Ich fühlte mich direkt wohl und spürte eine Verbundenheit zu den anderen Bewerberinnen und Bewerbern, die ebenfalls über ihre Ausbildung hinaus an etwas Größerem arbeiten wollen“, erklärt sie.

Am Ende der Auswahltagung hat die unabhängige Prüfungskommission entschieden: Katharina Doreen erhält ein Stipendium und gehört mit 41 anderen talentierten jungen Menschen zum ersten Jahrgang von Auszubildenden, die mit einem Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert werden. In den kommenden Monaten erwarten sie Seminare zu gesellschaftlichen und politischen Themen, Workshops zur Weiterentwicklung persönlicher Fähigkeiten und eine persönliche Betreuung durch Referentinnen und Referenten der Ausbildungsförderung. Mit der monatlichen Unterstützung von 300 Euro bis zum Ende ihrer Ausbildung kann sie sich zudem ganz auf ihre berufliche und persönliche Entwicklung sowie ihr Ehrenamt konzentrieren.

Katharina Doreen sieht im Stipendium auch eine Chance, sich aktiv in die Förderung einzubringen: „Ich denke, dass ich durch mein Ehrenamt in der Aufklärung über Depressionen im Kinder- und Jugendalter den Horizont von meinen Konstipendiatinnen und -stipendiaten erweitern kann. Durch meine Rolle als junge Ostdeutsche in der politischen Mitte kann ich zudem zum politischen Diskurs abseits der Ränder beitragen und neue Ideen sowie Sichtweisen einbringen.“ Gleichzeitig freut sie sich auf all das, was sie selbst noch lernen kann: „Als Stipendiatin möchte ich auch von möglichst vielen anderen Menschen und Perspektiven lernen, um mich in Zukunft noch effektiver beruflich und gesellschaftlich engagieren zu können.“

»Ich war beeindruckt, wie viel Herzblut alle mitbringen. Es war ein gutes Gefühl, auf Gleichgesinnte zu treffen.«

Mehr zum Thema

Ausbildungsförderung:
kas.de/ausbildungsförderung

Ein Tapir, Erdbeermarmelade und die Empathie-Schulung

Ein Gespräch mit dem Schauspieler Ulrich Matthes

Du wirkst nicht nur auf der Bühne, sondern auch in großen Produktionen des Films und des Fernsehens. Was vermag das Theater, was der Film nicht kann und umgekehrt?

Der Film hat zwei große Vorteile dem Theater gegenüber: die Großaufnahme und den Schnitt. Ein menschliches Gesicht auf einer riesigen Leinwand zu sehen ist immer wieder überwältigend. Es kann aber auch eine kleine Leinwand sein, bemalt von Rembrandt oder Frans Hals. Die Kamera sieht alles, was in einem Menschen vor sich geht. Aus der 27. Reihe eines Theaters geht das nicht mehr, auch aus der dritten kaum. Und der Schnitt lenkt den Zuschauerblick, er bestimmt Rhythmus und Tempo, hebt hervor, lässt abreißen. Im Theater sind die Zuschauerinnen und Zuschauer „freier“ in ihrem Blick. Sie können sich aus dem Wimmelbild der Spielenden aussuchen, was sie interessiert: vorne ein Monolog, aber hinten eine Kirschen essende Frau! Und natürlich: die Energie eines Zuschauerraums! Immer wieder wunderbar, aber ich möchte das Theater nicht gegen das Kino ausspielen, ich liebe ja beides.

Du bist auf kein Fach festgelegt und lebst stattdessen den schönen Begriff des „Mimen“ immer wieder neu. Gibt es einen Stoff oder eine Figur, die Du Dir erarbeiten und unbedingt auf die Bühne oder die Leinwand bringen willst?

Ich habe länger keine große Shakespeare-Rolle mehr gespielt. Also: King Lear! Oder etwas völlig Abwegiges: Ein Tier zum Beispiel würde ich sehr gerne mal spielen. Einen Tapir?

Im Zusammenhang des Überfalls auf die Ukraine und der Grausamkeiten in Nahost wurde die angeblich zögerliche Haltung der Kulturschaffenden diskutiert. Was heißt es eigentlich, ein „politischer Künstler“ zu sein? Kannst Du mit dem Begriff etwas anfangen?

Ja, klar. Ich bin ein politischer Mensch. Ich informiere mich täglich ausführlich. Ich versuche, mich für unsere Demokratie zu engagieren. Ich halte das für selbstverständlich, zumal seit es die AfD gibt; übrigens auch, seit es das BSW gibt. Um Deine Frage konkreter und sehr knapp zu beantworten: Ich halte die – auch

Geführt von Hans-Jörg Clement

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat Dich 2024 mit einer Hommage gewürdigt. Die Liste der Geehrten ist lang und prominent – aber mit einer Laudatio der Bundeskanzlerin a.D. kann keiner außer Dir aufwarten. Wie habt Ihr Euch kennengelernt und vor allem: Was schätzt Du an Frau Dr. Merkel besonders?

Vor ungefähr 20 Jahren bei einem Gartenfest von Volker Schlöndorff. Auch dort war sie zugewandt, neugierig, unprätentiös, humorvoll. Ich mochte sie sofort.

In der Begründung der Stiftung wird hervorgehoben, dass es Dir gelingt, insbesondere das jüngere Publikum für die Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Problemen zu gewinnen. Du glaubst an die verändernde Kraft des Theaters ...

Na ja ... Theater, der Film und alle anderen Künste auch – sie können sicher einzelne Menschen anregen, emotional wie intellektuell. Große gesellschaftliche Debatten anzustoßen – wie beispielsweise bei Hochhuths *Der Stellvertreter* in den 1960er Jahren – schafft das Theater aber kaum noch. Dafür gibt es viele Gründe. Grundsätzlich halte ich aber das Theater, den Film und auch die Oper für wesentliche Orte der Empathie-Schulung. Das Digitale übernimmt zunehmend den öffentlichen Raum, das behindert Empathie eher, als dass es sie befördert. Insofern gilt es, diese Orte der gemeinsamen Ausübung von Empathie zu schützen.



Ulrich Matthes erhält die Hommage der Konrad-Adenauer-Stiftung.

– militärische – Unterstützung der Ukraine für wesentlich. Der grundsätzlich ehrenwerte Pazifismus hilft im Kampf gegen Putin nicht weiter. Und ich verstehe nicht, dass man im Nahen Osten nicht Empathie für die Situation Israels nach dem furchtbaren Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 haben kann und für die Situation der Zivilbevölkerung im Gazastreifen oder im Libanon. Man kann doch ein Freund Israels sein und dennoch die Politik Netanjahus und seiner Regierung heftig kritisieren. Ich bin jedenfalls ein kritischer Freund Israels.

Ein von Dir verfasster Text, der von der Beziehung zu Deinen Eltern erzählt und den Du im Rahmen der Hommage vorgetragen hast, wurde für die Gäste zu einem „magic moment“. Welche Rolle spielt für Dich Familie?

Meine Eltern, die beide nicht mehr leben, waren außerordentlich bedeutsam für mich. Natürlich. Ich danke ihnen sehr viel. Sie waren liebevoll-kritische Begleiter meines Weges. Ich hatte Glück mit ihnen, ein unschätzbare Privileg, das sagen zu können.

Vor allem in der jüngeren Generation gilt der Beruf des Schauspielers bzw. der Schauspielerin als Traumbezug – verbunden mit den Klischeevorstellungen, reich und berühmt zu werden. Was sind für Dich unbedingte Kriterien, die zu erfüllen sind, um in diesem Beruf zu reüssieren?

Aha! Reich und berühmt wollte ich nicht werden, als ich mein Germanistik- und Anglistik-Studium ab-

brach, um dann doch Schauspieler zu werden. Ich wollte mich verwandeln, und zwar – ganz wesentlich! – mit Hilfe von großen Texten verwandeln. Insofern wollte ich zunächst auch ausschließlich ans Theater, der Film kam später. Der Beruf ist weniger glamourös, als er erscheint. Man muss ihn also mit größter Leidenschaft wirklich wollen. Mir scheint: Das gilt auch für die Politik ...

An was arbeitest Du gerade?

Oh, ich spiele im Repertoire des Deutschen Theaters hier in Berlin meine acht verschiedenen Rollen. Alle ausgesprochen gern übrigens! Und den ganzen November drehe ich in NRW einen Kinofilm. Auch sehr schön!

Bevor Du mit wehenden Rockschößen zu den Dreharbeiten aufbrichst: Was macht Ulrich Matthes glücklich?

Die vier Jahreszeiten. Erdbeermarmelade. Mozart.

Mehr zum Thema

Hommage der Konrad-Adenauer-Stiftung:
[kas.de/de/hommage](https://www.kas.de/de/hommage)





„Eine der größten Gefahren für die Demokratie ist politische Ignoranz“

Mit einer Veranstaltung und einem Videointerview erinnerte die Konrad-Adenauer-Stiftung an den 80. Jahrestag des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 und seine Bedeutung für die Gegenwart.

*Von Stefan Stahlberg und
Kathrin Zehender*

In Kooperation mit der Stiftung 20. Juli 1944 erinnert die Konrad-Adenauer-Stiftung seit 2009 jedes Jahr an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die Festrede des Bundespräsidenten a. D. Christian Wulff zum 80. Jahrestag und die anschließende Podiumsdiskussion widmeten sich dabei der Frage, wie wichtig das mutige Einschreiten der Widerständler für Demokratie und Gesellschaft heute ist.

Selbst in dunkelsten Zeiten gibt es Menschen, die bereit sind, für das Richtige zu kämpfen

Eine mutige Gruppe von Widerständlern hatte am 20. Juli 1944 versucht, die nationalsozialistischen Kriegs- und Gewaltverbrechen, insbesondere den Holocaust, zu beenden, um im Anschluss die Verbrecherinnen und Verbrecher vor Gericht zu stellen und in Deutschland wieder einen Rechtsstaat herzustellen. Sie wollten aus ihrer christlichen Überzeugung heraus eine Ordnung etablieren, in der Freiheit, Menschenwürde und Nächstenliebe geachtet werden. Damit macht den Umsturzversuch das aus, was Prof. Dr. Robert von Steinau-Steinrück, der Vorstandsvorsitzende der Stiftung 20. Juli 1944, in seiner Begrüßung als das „Fundament der Demokratie“ bezeichnete.

Die anschließende Festrede des Bundespräsidenten a. D. Christian Wulff erläuterte den Zusammenhang zur Gegenwart besonders eindrücklich. Das Erstarken von völkischem und rassistischem Denken sowie Judenhass zeigten: „In den letzten Jahren ist etwas ins Rutschen gekommen.“ Er erinnerte daran, dass die Menschen selbst verantwortlich seien für ihre Gesellschaft, dass sie den Demokratiefeindinnen und -feinden nicht das Feld überlassen dürften: „Eine der größten Gefahren für die Demokratie ist politische Ignoranz.“ Daher sei das Vorbild des Widerstands vom 20. Juli 1944 so bedeutsam, da „die deutschen Widerstandskämpfer zeigten, dass es in dunkelsten Zeiten Menschen gibt, die bereit sind, mutig Neues zu kreieren und für das Richtige zu kämpfen und dabei alles, selbst ihr eigenes Leben, zu opfern.“

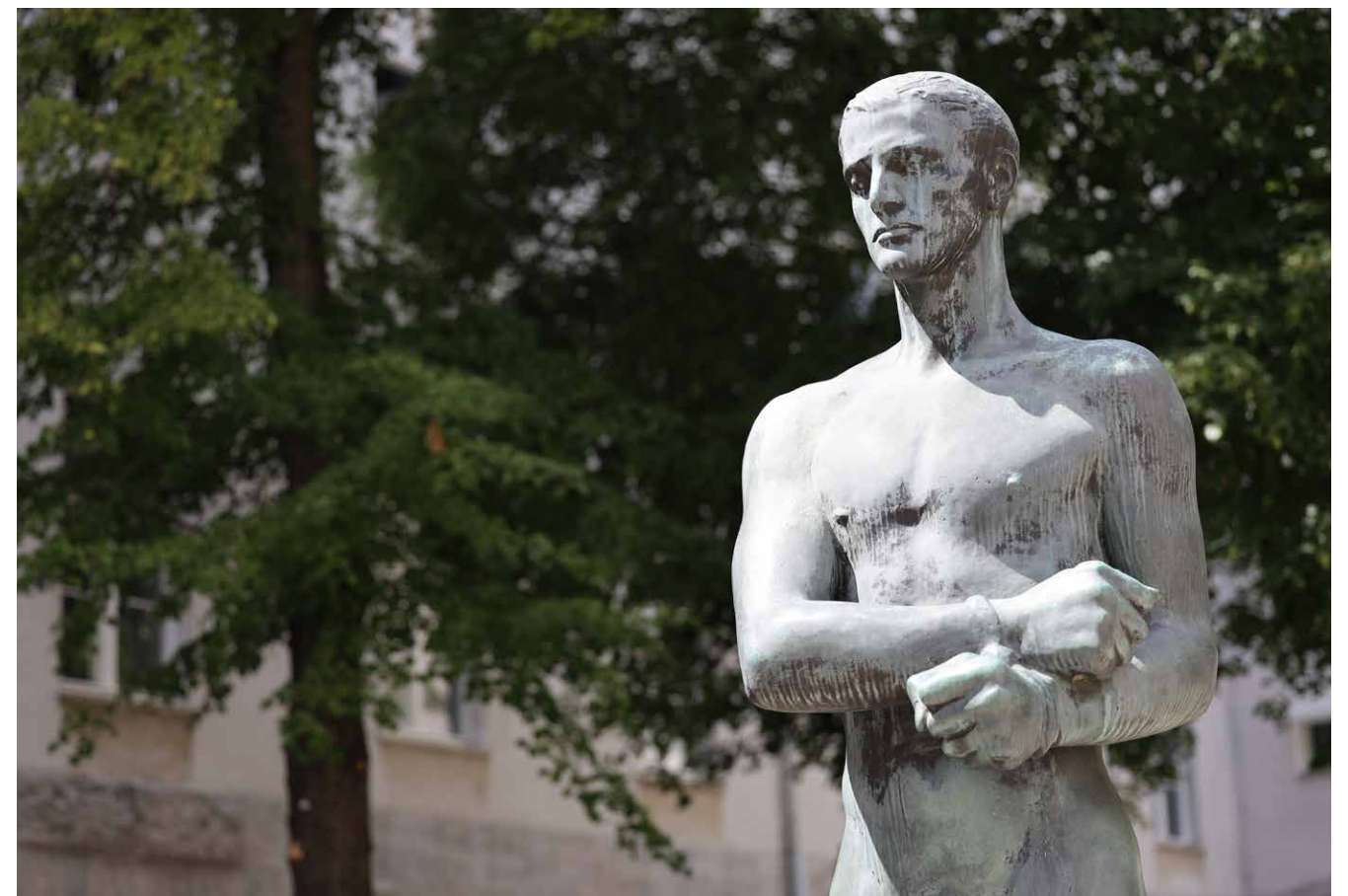
Wechselvolle Rezeptionsgeschichte des Widerstands

Bei der folgenden Diskussion sprachen die Nachfahrin des Widerstandskämpfers Cäsar von Hofacker, Valerie Riedesel Freifrau zu Eisenbach, der Historiker Prof. Dr. Manfred Görtemaker und Bundesverteidigungsministerin a. D. Annegret Kramp-Karrenbauer, es moderierte Dr. Linda von Keyserlingk-Rehbein. Eindrücklich schilderte Riedesel, wie ihr Großvater in Plötzensee ermordet und ihre Familie in Sippenhaft genommen wurde. Görtemaker klärte darüber auf, wie wechselvoll sich die Rezeption des Widerstands in der deutschen Geschichte entwickelt hat. Denn nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges seien die Widerständler um Claus Schenk Graf von Stauffenberg zunächst als Verräter gebrandmarkt worden.

Militärischer und ziviler Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Die Beteiligten vom 20. Juli 1944 würden häufig fälschlicherweise auf den militärischen Widerstand reduziert, wie Keyserlingk-Rehbein feststellte, doch Kramp-Karrenbauer erwiderte: „Soldaten waren die Speerspitze, aber er hatte auch einen zivilen Unterbau“, denn, so ergänzte Görtemaker, „das Ziel war nicht ein militärischer Umsturz, das Ziel war eine neue politische Ordnung“. Allerdings dürfe man nicht außer Acht lassen, „dass man auch die Schattenseiten benennt“ und nicht verschweige, wo die Widerstandskämpfer herkamen, so Riedesel. Teile der späteren Widerständler hätten zuvor Schnittmengen mit dem Nationalsozialismus gehabt, „fanden manches gut und haben manches in Kauf genommen“, erklärte sie.

Für Prof. Dr. Norbert Lammert, den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, ist das Gedenken an den 20. Juli 1944 essenziell, denn „der Preis der Geschichtsvergessenheit, des Verlustes von Erinnerung oder des Verdrängens ist Kopfflosigkeit. Wir ehren daher das Andenken an den Widerstand gegen Hitler und ermutigen zum bürgerschaftlichen Engagement für Rechtsstaat und Demokratie.“



Ehrenmal für die Opfer des 20. Juli 1944 im Hof des Bendlerblocks in Berlin.

Video und Essay erweitern Informationsangebot zum 20. Juli 1944

Das diesjährige Forum begleitete die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik mit zwei passenden Angeboten: In einem Video-Interview erläutert Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Experte für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, die Motivationen und Ziele der Beteiligten, das Geschehen am Tag selbst sowie die Folgen des Umsturzversuchs für die Beteiligten und ihre Familien. Anschließend erklärt er, wie sich das Gedenken an den 20. Juli 1944 nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wandelte und welche Bedeutung der Tag für die deutsche Erinnerungspolitik heute hat. Ergänzend dazu beschreibt Valerie Riedesel in einem Essay auf dem Public-History-Portal „Geschichtsbewusst“, wie sich die Anerkennung des Umsturzversuchs entwickelt hat – und was wir aus dem Einschreiten der Widerstandskämpfer für unsere Demokratie mitnehmen können.

Mehr zum Thema

Prof. Dr. Johannes Tuchel über das Stauffenberg-Attentat auf Hitler:
<https://tinyurl.com/y48s2snp>

Geschichtsbewusst:
kas.de/essay-80-jahre-gedenken-an-den-widerstand

Veranstaltungsbericht:
kas.de/veranstaltung-2024-forum-20-juli-1944

75 Jahre CDU/CSU-Bundestagsfraktion – Stabilitätsgarant für die deutsche Demokratie

2024 jährte sich die Gründung der Bundesrepublik Deutschland zum 75. Mal. Seit 1949 hat sich unsere Demokratie zu einem stabilen politischen System entwickelt. Maßgeblichen Anteil daran hatte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, die dieses Jahr ebenfalls ihr 75-jähriges Bestehen feiern konnte.

Von Kathrin Zehender

Die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung nahmen dieses Jubiläum gemeinsam zum Anlass, im Rahmen einer wissenschaftlichen Tagung mit anschließender Abendveranstaltung die Entwicklung der CDU/CSU-Fraktion im Kontext des politischen Systems der Bundesrepublik mit ihren verschiedenen Akteuren in den Blick zu nehmen.

Politische Abendveranstaltung

Zahlreiche Gäste aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft folgten der Einladung der beiden Stiftungen, um an die konstituierende Sitzung der Fraktion am 1. September 1949 zu erinnern. Neben der Verkündung des Grundgesetzes im Mai und der ersten Bundestagswahl im August 1949 wies der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundestagspräsident a. D. Prof. Dr. Norbert Lammert, in seiner Einführung auf zwei weitere Ereignisse hin, die eine „doppelte Innovation“ darstellten: „die Gründung zweier neuer Schwesterparteien, die sich nicht nur unter dem Namen als Volkspartei neuen Typs verstanden haben, und die folgerichtige Bildung einer gemeinsamen Fraktion, die 75 Jahre deutschen Parlamentarismus nachhaltig geprägt haben“.

Der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz erinnerte an die Zeit der Bonner Republik, an die ersten Jahre, in denen „Demokratie gelernt, verbessert und verfeinert“ wurde, an die Zeit im gesamtdeutschen Bundestag seit Oktober 1990 sowie an die anhaltend gute Zusammenarbeit von CDU und CSU: „Auch heute erwächst die Stärke unserer Fraktion aus der Einheit unserer beiden Schwes-

terparteien.“ Merz dankte dafür dem Vorsitzenden der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt. Dieser verwies darauf, dass Sicherheit und Stabilität der Markenkern der Unionsparteien seien und es bei den Themen, die die Bundesrepublik und ihre Geschichte prägen, große Übereinstimmung gebe, darunter die Wiederbewaffnung, die Westbindung, die Soziale Marktwirtschaft und die europäische Einigung.

Im Anschluss diskutierten Thorsten Frei (CDU) und Dorothee Bär (CSU) mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierungsfraktionen, Linda Teuteberg (FDP) und Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen). Sie demonstrierten, wie politische Konkurrentinnen und Konkurrenten auch bei unterschiedlichen Positionen respektvoll miteinander streiten können.



Am Abend diskutierten Thorsten Frei (CDU) und Dorothee Bär (CSU) u. a. mit Linda Teuteberg (FDP) und Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) – moderiert von Mariam Lau (*Die Zeit*).

Wissenschaftliche Tagung

Im Rahmen der wissenschaftlichen Tagung würdigte Prof. Dr. Horst Möller den Beitrag der CDU/CSU-Fraktion zum Aufbau der deutschen Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg. Natürlich habe es in den 75 Jahren der Zusammenarbeit auch spannungsreiche Phasen gegeben, so Möller. Dennoch funktioniere die Zusammenarbeit „überwiegend reibungslos und effizient“. Schließlich benötigten beide Partner einander, so Möller: „Ohne CSU könnte die CDU schwerer einen Kanzler stellen, ohne CDU hätte die CSU in der Bundespolitik weniger Bedeutung.“

Im ersten Panel der Tagung befassten sich Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, Prof. Dr. Dominik Geppert sowie Prof. Dr. Manuela Glaab mit den Handlungsspielräumen der Fraktion. Zur Sprache kamen dabei die Rolle der Fraktion bei der Kür von Kanzlerkandidatinnen und -kandidaten und der Rekrutierung von Regierungsmitgliedern, die wechselnde Bedeutung der Fraktion für die Stellung der Parteien insgesamt sowie die zunehmende Europäisierung.

Dr. Julia Reuschenbach, Carsten Deitmer und Prof. Dr. Hans-Jörg Hennecke bestritten das zweite Panel zum Thema „Ein Querschnitt der Bevölkerung? Die Bedeutung der regionalen und soziologischen Gruppen“. Dabei betonte Hennecke, dass die Abgeordneten jeweils verschiedene Identitäten repräsentierten, zum Beispiel als Vertreterinnen und Vertreter einer bestimmten Berufsgruppe, einer Religion oder einer Region. Die „überlappenden Lebenslagen“ spiegelten sich in den soziologischen Gruppen der CDU/CSU-Fraktion.

Digitales Angebot

Darüber hinaus stellt die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik in ihrem Online-Portal zur Geschichte der CDU anlässlich des Jubiläums neue Beiträge zur Geschichte der Fraktion zur Verfügung. Die Seite bietet nicht nur Einblick in die 75-jährige Fraktionsgeschichte. Auch Struktur, Arbeitsweise und Organisation werden untersucht. Ebenso wird die Rolle der CSU-Landesgruppe erläutert, die als „Fraktion in der Fraktion“ einen besonderen Stellenwert einnimmt. Artikel zu den verschiedenen soziologischen Gruppen verdeutlichen die Bedeutung der CDU als Volkspartei. Die Stiftung präsentierte zudem ihre Angebote zum 75. Jubiläum der Bundesrepublik auf einer neuen Themenseite.

Mehr zum Thema

Veranstaltung „75 Jahre CDU/CSU-Fraktion“:
kas.de/veranstaltung-75-jahre-cdu-csu-fraktion

Geschichte der CDU/CSU-Fraktion:
kas.de/geschichte-cdu-csu-fraktion

Wir würdigen, feiern und erklären unser Grundgesetz

Anlässlich des 75. Jahrestags des Grundgesetzes legten wir einen Schwerpunkt auf die Anfänge unserer Verfassung und die Herausforderungen, denen unsere Demokratie gegenübersteht.

Von *Ulrike Hospes, Marie-Sophie Lanig und Philipp Lerch*

Das Jahr 2024 war für unsere Demokratie ein besonderes Jahr der Rückschau, Besinnung und Zuversicht, aus dem Erreichten die richtigen Instrumente für die Gestaltung der Zukunft an der Hand zu haben. 75 Jahre Grundgesetz – ein besonderes Jubiläum, das sowohl bei unseren politischen Bildungsveranstaltungen im Inland, rechtspolitischen Fachkonferenzen als auch international ausgerichteten Formaten eine zentrale Rolle einnahm. Neben den dezidierten Maßnahmen zum Jubiläum spielt(e) das Grundgesetz vielfältig bei Seminaren und Gesprächen eine Rolle.

Bundesweit hat unsere Hauptabteilung Politische Bildung historische Entwicklungslinien aufgezeigt, die stabilisierende Funktion hervorgehoben und über mittlerweile leider sehr reale Gefahren aufgeklärt. Wichtig war uns, unterschiedliche Formate für verschiedene Zielgruppen anzubieten.

In Cadenabbia trafen wir uns zu diesem Themenschwerpunkt zweimal, setzten bei einem dieser Seminare bewusst den Fokus auf „Ostdeutsche Demokraten in der Nachkriegszeit“ und verglichen den Aufbau der Strukturen der beiden deutschen Staatsgründungen.

Eine wichtige Zielgruppe war die Bundeswehr: Knapp 400 Soldatinnen und Soldaten erreichten wir mit historisch-politischen Führungen durch das alte Regierungsviertel und weiteren Seminaren oder Diskussionsveranstaltungen zum Grundgesetz.

Für Schülerinnen und Schüler entwickelten wir interaktive Formate wie die „Grundrechte-Arena“, in der die Rechte und Pflichten unseres Grundgesetzes am Alltag der Jugendlichen gespiegelt werden. Wir nutzten die multimediale Live-Dokumentation des Politologen Ingo Espenschied und luden zu World-Cafés sowie Poetry-Slams ein. In 20 Veranstaltungen erreichten wir weit über 2.000 Jugendliche. Ein Angebot richtete sich an Migrantinnen und Migranten, zwei Maßnahmen wurden für Studierende und eines für Stipendiatinnen und Stipendiaten konzipiert. Eine Exkursion zum Bundesverfassungsgericht ermöglichte den Blick in das Gebäude des höchsten deutschen Gerichts.

Auch klassische Podien und Abendveranstaltungen fanden statt. Mit knapp 20 Maßnahmen erreichten wir 3.500 Menschen. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth, nahm sich fünfmal die Zeit, bei unseren Veranstaltungen zu sprechen und zu diskutieren (Königswinter, Trier, Böblingen, Ratingen, Heilbronn).

Bundestagsabgeordnete (u. a. Marc Biadacz, Peter Beyer), Landtagsabgeordnete (u. a. Dr. Matthias Miller, Jonas Pohlmann, Andreas Schumann), Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (u. a. Prof. Dr. Ursula Münch, Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, Dr. Michael Feldkamp, Dr. Julia Reuschenbach), Journalistinnen und Journalisten (u. a. Gigi Deppe) und nicht zuletzt Prof. Dr. Norbert Lammert bereicherten unsere Diskussionen.

In Bonn, am Entstehungsort des Grundgesetzes, boten wir das ganze Jahr lang Gelegenheiten zum Austausch: Vom Jahresauftakt mit Prof. Dr. Stephan Harbarth am 5. Januar auf dem Petersberg über die Bonner Rede mit Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio am 13. Mai und das Fest der Demokratie unter Einbeziehung unseres Busses am 25. Mai bis zum Bonner Forum am 3. Oktober mit Navid Kermani im voll besetzten ehemaligen Plenarsaal würdigten wir die Wehrhaftigkeit des Grundgesetzes und stellten uns den Herausforderungen für unsere Demokratie – von innen und außen.

Insgesamt beteiligten sich knapp 6.000 Menschen an rund 60 Veranstaltungen unterschiedlicher Länge und Ausrichtung. Hinzu kamen in der digitalen Wissensvermittlung ein Podcast in der Reihe *#Erststimme* mit dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio und der Politikwissenschaftlerin Dr. Julia Reuschenbach sowie eine sechsteilige Reihe auf Instagram, die das Grundgesetz vorstellt.

Gemeinsam mit Expertinnen und Experten, u. a. aus Justiz, Wissenschaft, Anwaltschaft und Politik, widmeten wir uns bei den rechtspolitischen Fachkonferenzen wie der „Berliner Rechtspolitischen Konferenz“ und dem „Petersberger Gesprächskreis“ der durch das Grundgesetz ausgestalteten wehrhaften Demokratie. Mit zahlreichen (ehemaligen) Richterinnen und Richtern (insbesondere Peter Müller, Prof. Dr. Christine Langenfeld, Prof. Dr. Stephan Harbarth und Prof. Dr. Dr. Thomas von Danwitz, Vizepräsident des EuGH) wurden mögliche rechtliche Perspektiven für die Zukunft erörtert.

Mit Blick auf das Erstarren demokratiefeindlicher Kräfte musste sich unsere freiheitliche demokratische Grundordnung im Jubiläumsjahr einer ihrer größten Herausforderungen stellen. Keine Verfassung kann gesellschaftliche Zustimmung, politische Stabilität und friedliches Zusammenleben garantieren. Zum Schutz unserer Demokratie braucht es überzeugte Demokratinnen und Demokraten, eine offene Debattenkultur, ein bürgernahes Rechtssystem und ein gestärktes Vertrauen in Institutionen, die die Werte des Grundgesetzes schützen. Es ist uns gelungen, die Notwendigkeit eines aktiven Einsatzes für unser Grundgesetz zu vermitteln: bei denen, die das Grundgesetz mit uns würdigten und feierten, aber auch in Kreisen, die sich der besonderen Bedeutung unseres Grundgesetzes bislang noch nicht hinreichend bewusst gewesen sind.



Freiheit braucht Sicherheit – 75 Jahre NATO

Die NATO ist 75 Jahre nach ihrer Gründung „bigger, better and stronger“. Aber auch die Herausforderungen sind gewachsen und die Zukunft ist ungewiss.

Von Cedric Bierganns,
Evelyn Gaiser und Christina Krause

Seit 75 Jahren schützt die NATO ihre Mitglieder vor kriegerischen Auseinandersetzungen. Und so lässt sich heute konstatieren: Die NATO ist „bigger, better and stronger“. Mittlerweile umfasst die Allianz 32 Mitglieder – die Außenministerin Finnlands, Elina Valtonen, sagte dazu im Mai 2024 bei der jährlich stattfindenden Adenauer-Konferenz: „Finnland ist der NATO beigetreten, um sicherer zu sein, aber auch, um die NATO sicherer zu machen.“

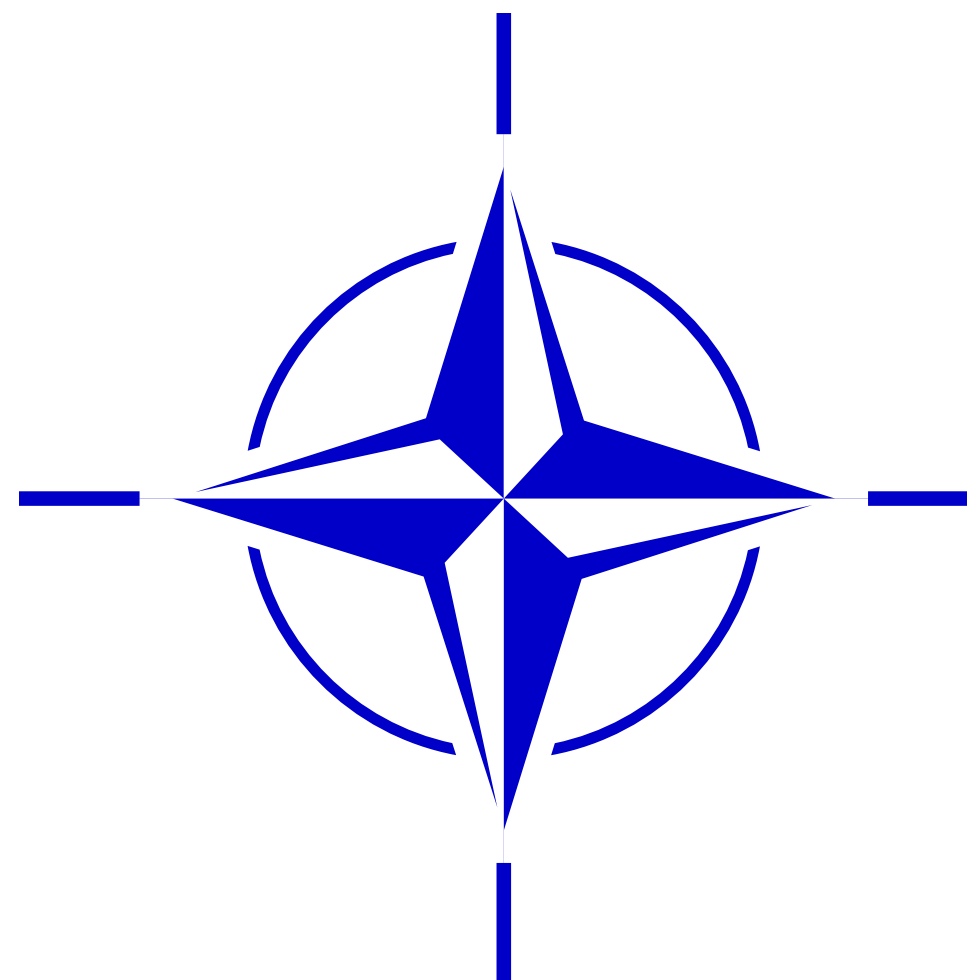
Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine kam es zu einer Rückbesinnung des Bündnisses auf den Kernauftrag: Abschreckung und Verteidigung des Bündnisgebiets. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Herausforderungen und die Komplexität der Bedrohungen weltweit gewachsen sind: Russland und China rüsten massiv auf. Expertinnen und Experten sind sich einig, dass Russland in spätestens drei bis fünf Jahren in der Lage sein wird, einen Angriff auf ein NATO-Mitgliedsland durchzuführen. Mit hybrider Kriegsführung testen Russland, der Iran und China bereits heute unsere Resilienz und beobachten genau unsere Reaktionen. Die sogenannte CRINK-Achse der Diktaturen (China, Russland, der Iran und Nordkorea) unterstützt sich gegenseitig durch den Austausch von Ressourcen, Technologie, Waffen und Munition – sowie jüngst auch durch Soldaten. International verhängte Sanktionen werden umgangen und der brutale Angriffskrieg gegen die Ukraine intensiviert und verlängert. Angesichts dieser engen Kooperation muss auch die NATO stärker in regionale Verteidigungszusammenarbeit und Partnerschaften investieren. Dies unterstrichen Teilnehmende des NATO-Strategieworkshops der Konrad-Adenauer-Stiftung, der im September 2024 in Cadenabbia stattfand.

Neben äußeren Bedrohungen sehen sich die NATO-Staaten auch Herausforderungen aus dem Inneren gegenüber. Der Zusammenhalt der Mitgliedstaaten ist im dritten Jahr des völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Ukraine brüchig. Insbesondere Ungarn, die Slowakei und die Türkei stellen die Geschlossenheit des Bündnisses vor Herausforderungen. Die USA werden mit Donald Trumps

Rückkehr in das Weiße Haus keine Sicherheitsgarantien zum Nulltarif mehr ausstellen. China wird dort als die weitaus größte Bedrohung für Sicherheit und Wohlstand wahrgenommen. Angesichts zunehmender Spannungen im Indopazifik ist eine weitere Verlagerung militärischer Ressourcen von Europa in den indopazifischen Raum zu erwarten. Von Deutschland wird als drittstärkster Volkswirtschaft eine richtige Trendwende eingefordert.

Für Deutschland und andere europäische NATO-Staaten ergibt sich die dringende Notwendigkeit, ihre Verteidigungspolitik konsequent weiterzuentwickeln und sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen. Deutschland steht vor der Aufgabe, die Ausgaben zur Herstellung von Verteidigungsfähigkeit klar zu priorisieren. Bis 2027 wird das Sondervermögen ausgegeben sein – um das Zwei-Prozent-(Mindest-)Ziel weiterhin zu erreichen, müsste der Wehretat von aktuell rund 50 auf etwa 80 Milliarden Euro anwachsen. Bei einem Gesamthaushalt von ungefähr 450 Milliarden setzt dies die Bereitschaft voraus, an anderer Stelle Einsparungen vorzunehmen. Unter Expertinnen und Experten ist jedoch längst klar, dass in Zeiten großer Bedrohungen und Umbrüche das Bündnis nicht nur verwaltet werden darf, sondern auch mit neuem Leben gefüllt werden muss. So gilt das Zwei-Prozent-Ziel angesichts der aktuellen Sicherheitslage als überholt. Um Frieden und Freiheit in den europäischen NATO-Staaten in Zukunft zu sichern, muss die europäische Verteidigungsfähigkeit entschieden gestärkt werden. Dies dürfte auch der Schlüssel zur nachhaltigen und zukunftsfähigen Gestaltung der transatlantischen Partnerschaft und zur Zukunftsfähigkeit der NATO sein.

Seit vielen Jahren ist Sicherheitspolitik ein Kernthema der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die aktuellen sicherheitspolitischen Analysen sowie die daraus abzuleitenden notwendigen politischen Empfehlungen standen auch 2024 im Fokus unserer Arbeit. In über 100 Maßnahmen im In- und Ausland – von Podcasts und Planspielen über Konferenzen und Hintergrundgespräche bis hin zu Magazinen



(Notes of NATO der JONA sowie *Auslandsinformationen*, Ausgabe 1/2024) – priorisierte die Stiftung die Bedeutung der NATO. Mit Politikerinnen und Politikern, Expertinnen und Experten, Soldatinnen und Soldaten, Regierungsvertreterinnen und -vertretern, Studierenden sowie der breiten Öffentlichkeit in Städten und auf dem Land standen die Bedrohungslage, die Zusammenarbeit innerhalb der NATO sowie die Aufgaben Deutschlands im Zentrum unzähliger Aktivitäten – wie etwa einer Ringvorlesung an der Universität Bonn oder einer Studienfahrt in das NATO-Hauptquartier nach Brüssel, an der Studierende des neu geschaffenen Studienganges „Strategy and International Security“ teilnahmen.

Unsere Soldatinnen und Soldaten sind es, die in letzter Instanz für das Bündnis eintreten müssen. Rund 1.000 Angehörige der Bundeswehr nahmen 2024 an politischen Bildungsseminaren teil, die sich mit der Zukunft der NATO und Fragen der Abschreckung und Verteidigung auseinandersetzten. Alle Aktivitäten und Analysen können auf der Jubiläums-Internetseite „75 Jahre NATO“ der Konrad-Adenauer-Stiftung abgerufen werden.

Mehr zum Thema

75 Jahre NATO:
kas.de/nato/75

Auslandsinformationen:
kas.de/auslandsinfo-nato

Notes of NATO:
kas.de/veranstaltungsberichte/jona/notes-of-nato



Vermögensrechnung

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Aktiva	31.12.2023 €	31.12.2022 Tsd. €
A. Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände, gel. Anzahlungen	304.112,00	603
Sachanlagen	46.220.755,39	48.202
Finanzanlagen	17.342,08	17
B. Sondervermögen	6.359.274,35	6.187
C. Umlaufvermögen		
Vorräte	50.762,97	55
Andere Gegenstände des Umlaufvermögens	2.252.142,40	3.050
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	31.151.771,42	25.531
D. Rechnungsabgrenzungsposten	195.182,17	345
Bilanzsumme	86.551.342,78	83.990
Passiva		
A. Eigene Mittel	5.224.335,43	5.146
B. Rücklagen	2.391.697,13	2.342
C. Zweckgebundene Fonds	1.722.375,36	1.786
D. Zuschüsse zur Anlagenfinanzierung	46.297.871,05	48.610
E. Andere Verbindlichkeiten	23.982.016,91	21.306
F. Rechnungsabgrenzungsposten	6.933.046,90	4.800
Bilanzsumme	86.551.342,78	83.990

Dieser Jahresabschluss wurde von der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und bescheinigt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. veröffentlicht ihre Vermögensrechnung, die Ertrags-/Aufwandsrechnung sowie den vollständigen Text der Bescheinigung der Wirtschaftsprüfer auch im Geschäftsbericht der Stiftung sowie im elektronischen Bundesanzeiger im Internet (www.bundesanzeiger.de).

Ertrags-/Aufwandsrechnung

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023, vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Zuwendungen und Zuschüsse	2023 €	2022 Tsd. €
Zuwendungen des Bundes	203.769.939,62	215.540
Zuwendungen der Länder und Kommunen	3.245.479,78	3.435
Sonstige Zuwendungen	6.404.947,20	5.116
	213.420.366,60	224.091
Erträge aus Fonds	359.666,24	221
Spenden	250.814,05	270
Teilnehmergebühren	1.291.062,71	1.126
Andere Einnahmen	613.371,46	1.041
Projektausgaben		
Internationale Zusammenarbeit	119.210.267,20	130.387
Nationale Maßnahmen	34.203.599,01	34.245
	153.413.866,21	164.632
Ausgaben Fonds	187.768,27	608
Personalausgaben	49.625.814,92	47.497
Sächliche Verwaltungsausgaben	10.593.786,59	12.143
Ausgaben für Investitionen und sonstige Finanzierungen	1.030.105,28	1.222
Zuwendungen an andere Stiftungen	997.000,00	997
Übrige Ausgaben	20.350,01	72
Abschreibungen auf Sachanlagen	2.660,00	3
Ergebnis der Ertrags-/Aufwandsrechnung	63.929,78	-425
Entnahmen aus Rücklagen	514.226,27	772
Einstellungen in Rücklagen	578.156,05	347
Ergebnis der Vermögensrechnung	0,00	0

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 veröffentlichen wir in Ergänzung der vorstehenden Jahresrechnung noch folgende Daten für das Geschäftsjahr 2023:

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

Stand	31.12.2023	31.12.2022
Mitarbeitende Inland	641	662
Mitarbeitende Ausland (ohne Ortskräfte)	112	115
insgesamt	753	777
nachrichtlich: Auszubildende	10	12

Zahl und Art der Führungsfunktionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierung oder der Bundes- oder Landesparteivorstände oder des Europäischen Parlaments besetzt waren:

Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung

von insgesamt 22 Mitgliedern* (21 Mitglieder, 1 Ehrenvorsitzender) sind:

- 3** Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 1** Mitglied des Europäischen Parlaments
- 2** Mitglieder des Bundesparteivorstandes
- 18** ohne o. a. Führungsfunktionen

* Einige Mitglieder nehmen mehrere Führungsfunktionen wahr.

Gesamtübersicht

der zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben

Einnahmen	2025 (Soll)* Tsd. €	2024 (Soll) Tsd. €
Zuwendungen und Zuschüsse		
Bund	205.383	216.745
Länder	3.235	3.261
Sonstige	3.303	5.162
	211.921	225.168
Fonds/Spenden	109	205
Teilnehmergebühren	957	957
Sonstige Einnahmen	492	519
Einnahmen Gesamt	213.479	226.849
Ausgaben		
Projektausgaben		
Förderung von Studierenden und Graduierten	28.191	27.189
Tagungen und Seminare	6.425	6.862
Internationale Zusammenarbeit	106.040	118.010
Forschungsprojekte	667	668
Förderung von Kunst und Kultur	501	501
Sonstige Projektausgaben	2.811	2.826
	144.635	156.056
Personalausgaben (Inland)	52.445	48.500
Sächliche Verwaltungsausgaben		
Geschäftsbedarf	5.850	5.351
Gebäudeaufwand	4.146	4.443
Sonstige Verwaltungsausgaben	2.647	3.483
	12.643	13.277
Übrige Ausgaben	2.198	7.485
Ausgaben für Investitionen	1.558	1.531
Ausgaben Gesamt	213.479	226.849

Angaben nach dem Stiftungsfinanzierungsgesetz (StiftFinG)

Gemäß § 6 des StiftFinG sind die politischen Stiftungen aus Transparenzgründen verpflichtet, Spenderinnen und Spender aufzuführen, die im Laufe eines Jahres im Einzelfall oder kumulativ Spenden geleistet haben, die einen Betrag von 10.000 Euro übersteigen. Für das Kalenderjahr 2024 traf dies auf die nachfolgenden Spenderinnen und Spender zu:

- Alfred Landecker Foundation
- Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- Prof. Dr. Rolf Hasse

* Entwurf Haushalt 2025, Stand vom 27. September 2024

Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich-Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürgerinnen und Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungs-politische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser Gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Mehr zum Thema

kas.de/gemeinsame_erklaerung

Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



Vorsitzender
Prof. Dr. Norbert Lammert
Bundestagspräsident a. D.



Generalsekretär
Michael Thielen



Ehrenvorsitzender
Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a. D.



Schatzmeister
Dr. Christoph Brand



Stellvertretende Vorsitzende
Prof. Dr. Verena Blechinger-Talcott
Professorin für Politik und
Wirtschaft Japans an der FU Berlin,
Vizepräsidentin der FU Berlin



Stellvertretender Vorsitzender
Hermann Gröhe MdB
Bundesminister a. D.,
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Stellvertretende Vorsitzende
Dr. Tamara Zieschang
Ministerin für Inneres und
Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Dieter Althaus
Ministerpräsident a. D.,
Vizepräsident Governmental
Affairs MAGNA Europa

Dr. Felor Badenberg
Senatorin für Justiz und
Verbraucherschutz in Berlin

Thorsten Frei MdB
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Tanja Gönner
Landesministerin a. D.,
Hauptgeschäftsführerin
des Bundesverbands der
Deutschen Industrie

Prof. Dr. Hans Walter Hütter
Präsidiumsvorsitzender der
Stiftung Haus der Geschichte
Nordrhein-Westfalen

Annegret Kramp-Karrenbauer
Bundesministerin a. D.

Armin Laschet MdB
Ministerpräsident a. D.

Dr. Carsten Linnemann MdB
Generalsekretär der CDU

David McAllister MdEP
Ministerpräsident a. D.,
Vorsitzender des Ausschusses
für auswärtige Angelegenheiten
des Europäischen Parlaments,
Vizepräsident der Europäischen
Volkspartei

Friedrich Merz MdB
Vorsitzender der CDU
Deutschlands,
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Hildegard Müller
Staatsministerin a. D.,
Präsidentin des Verbandes
der Automobilindustrie

Dr. Jan Redmann MdL
Vorsitzender der
CDU Brandenburg,
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag Brandenburg

Prof. Dr. Andreas Rödder
Professor für Neueste Geschichte
an der Johannes Gutenberg-Uni-
versität Mainz

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg
Präsident der Kunststiftung NRW

Eva Maria Welskop-Deffaa
Präsidentin des Deutschen
Caritasverbandes

Ständige Gäste

Dr. Philipp Birkenmaier
Bundesgeschäftsführer der
CDU Deutschlands

Volker Kauder
Vorsitzender des Kuratoriums
der Bundeskanzler-Helmut-Kohl-
Stiftung

Dr. Hans-Gert Pöttering
Beauftragter der Konrad-
Adenauer-Stiftung e. V. für
Europäische Angelegenheiten,
Präsident des Europäischen
Parlaments a. D.

Professor Dr. Jürgen Rüttgers
Ministerpräsident a. D.,
Vorsitzender des Kuratoriums
Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-
Haus

Dr. Wolfgang Schüssel
Vorsitzender des Kuratoriums
der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,
Bundeskanzler der Republik
Österreich a. D.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack
Ministerin für Inneres,
Kommunales, Wohnen und
Sport in Schleswig-Holstein,
Vorsitzende der Hermann Ehlers
Stiftung e. V.

Lukas Eyermann
Sprecher des Jugendbeirats der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Lili Pöschl
Sprecherin des Jugendbeirats der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Mitglieder der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Prof. Dr. Marion Ackermann
Generaldirektorin der Staatlichen
Kunstsammlungen Dresden

Dr. Patrick Adenauer
Unternehmer

Dr. Felor Badenberger
Senatorin für Justiz und Verbraucher-
schutz des Landes
Berlin

Prof. Dr. Erik Bertram
Vice President Experience
Management, BTP Experience,
SAP SE

**Prof. Dr. Verena Blechinger-
Talcott**
Stellvertretende Vorsitzende der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,
Professorin für Politik und Wirtschaft
Japans an der FU Berlin,
Vizepräsidentin der FU Berlin

Dr. Christoph Brand
Schatzmeister der Konrad-
Adenauer-Stiftung e. V.

Ralph Brinkhaus MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion a. D.

Daniel Caspary MdEP
Vorsitzender der CDU/CSU-
Gruppe im Europäischen
Parlament

Karina Dörk
Landrätin im Landkreis
Uckermark

Burkard Dregger MdA
Ehemaliger Vorsitzender
der CDU-Fraktion im Berliner
Abgeordnetenhaus

Prof. Dr. Dr. h. c. Lars Feld
Professor für Wirtschaftspolitik
und Ordnungsökonomik
an der Albert-Ludwigs-Uni-
versität Freiburg,
Direktor des Walter Eucken
Instituts

Prof. Dr. Stephan Frucht
Künstlerischer Leiter des
Siemens Arts Program

Michael Gahler MdEP
Vorstandsmitglied der CDU/
CSU-Gruppe im Europäischen
Parlament

Hermann Gröhe MdB
Stellvertretender Vorsitzender
der Konrad-Adenauer-
Stiftung e. V.,
Bundesminister a. D.,
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion

Daniel Günther MdL
Ministerpräsident von
Schleswig-Holstein

Elke Hannack
Stellvertretende Vorsitzende
des Deutschen Gewerk-
schaftsbundes,
Stellvertretende CDA-
Bundesvorsitzende

Prof. Dr. Stefan W. Hell
Direktor am Max-Planck-
Institut für Multidisziplinäre
Naturwissenschaften

Franziska Hoppermann MdB
Landesvorsitzende der Frauen
Union Hamburg

Eckart von Klæden
Staatsminister a. D.,
Leiter des Bereichs External
Affairs bei der Mercedes-Benz
Group AG

Julia Klöckner MdB
Bundesministerin a. D.

Prof. Dr. Marianne Kneuer
Professorin für Politische
Systeme und Systemvergleich
an der Technischen Universität
Dresden

Prof. Roland Koch
Ministerpräsident a. D.,
Vorsitzender der Ludwig-Erhard-
Stiftung e. V.

Prof. Dr. Norbert Lammert
Vorsitzender der Konrad-
Adenauer-Stiftung e. V.,
Präsident des Deutschen
Bundestages a. D.

Armin Laschet MdB
Ministerpräsident a. D.

Christine Lieberknecht
Ministerpräsidentin a. D.

Yvonne Magwas MdB
Vizepräsidentin des Deutschen
Bundestages

David James McAllister MdEP
Ministerpräsident a. D.,
Vorsitzender des Ausschusses
für auswärtige Angelegenheiten
des Europäischen Parlaments

Friedrich Merz MdB
Vorsitzender der CDU
Deutschlands,
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Herta Müller
Schriftstellerin

Hildegard Müller
Staatsministerin a. D.,
Präsidentin des Verbandes der
Automobilindustrie

Prof. Dr. Beate Neuss
Emeritierte Professorin für
Politikwissenschaft an der Philo-
sophischen Fakultät der Techni-
schen Universität Chemnitz

Prof. Dr. Angelika Nußberger
Internationale Richterin am
Verfassungsgerichtshof von
Bosnien und Herzegowina,
Direktorin des Instituts für
osteuropäisches Recht und
Rechtsvergleichung an der
Universität zu Köln

Dr. Hans-Gert Pötering
Beauftragter der Konrad-
Adenauer-Stiftung e. V. für
Europäische Angelegenheiten,
Präsident des Europäischen
Parlaments a. D.

Karin Prien MdL
Bildungsministerin des Landes
Schleswig-Holstein

Dr. Jan Redmann MdL
Vorsitzender der CDU
Brandenburg,
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag Brandenburg

Katherina Reiche
Parlamentarische Staats-
sekretärin a. D.,
Vorstandsvorsitzende der
Westenergie AG

Herbert Reul MdL
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

Dr. Norbert Röttgen MdB
Bundesminister a. D.

Nadine Schön MdB
Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Jens Spahn MdB
Bundesminister a. D.

Dr. Peter Tauber
Parlamentarischer Staats-
sekretär a. D.

Dr. Johannes von Thadden
Geschäftsführer Draco Airforce

Marlehn Thieme
Präsidentin der Deutschen
Welthungerhilfe e. V.

Prof. Sebastian Turner
Medienunternehmer

Octavian Ursu
Oberbürgermeister von Görlitz

Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ehrevorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,
Ministerpräsident a. D.

Prof. Dr. Mario Voigt MdL
Ministerpräsident des
Freistaates Thüringen,
Vorsitzender der CDU
Thüringen

Klaus Welle
Generalsekretär des
Europäischen Parlaments a. D.

Eva Welskop-Deffaa
Präsidentin des Deutschen
Caritasverbandes

**Elisabeth Winkelmeier-Becker
MdB**
Vorsitzende des Rechts-
ausschusses des Deutschen
Bundestags,
Vorsitzende der Stiftung
Christlich-Soziale Politik e. V.

Hendrik Wüst MdL
Ministerpräsident von
Nordrhein-Westfalen

Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. hat am 11. Juni 1999 erstmals ein Kuratorium berufen. Dieses Gremium unterstützt und begleitet die Arbeit der Stiftung in beratender Funktion. Seine Aufgabe ist es insbesondere, wie ein Seismograf auf wichtige gesamtgesellschaftliche Entwicklungen hinzuweisen.



Dr. Wolfgang Schüssel
Vorsitzender des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Bundeskanzler der Republik Österreich a. D.

In einer Zeit großer Umbrüche, des steten Wandels und der fortschreitenden Prozesse der Globalisierung ist Orientierung wichtiger denn je. Die Umwälzungen in Wissenschaft, Technik, Medien und Kultur erfordern eine weit-sichtige und richtungweisende, vor allem frühzeitige Auseinandersetzung mit den neuen Herausforderungen für die Politik, denen die Konrad-Adenauer-Stiftung sich stellen will. Dem Kuratorium gehören Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur an. Dr. Wolfgang Schüssel ist der Vorsitzende dieses Gremiums. Bei der Zusammensetzung des Gremiums hat die Konrad-Adenauer-Stiftung Wert darauf gelegt, die unterschiedlichen Bereiche der Gesellschaft mit einzubeziehen. Ziel ist eine noch stärkere Vernetzung von Impulsen und Anregungen aus Wissenschaft und Gesellschaft.

Mitglieder des Kuratoriums

Dr. Wolfgang Schüssel

Vorsitzender des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Bundeskanzler der Republik Österreich a. D.

Prof. Monika Grütters MdB

Staatsministerin a. D.

Prof. Dr. Michael Baumann

Vorstandsvorsitzender und Wissenschaftlicher Vorstand des Deutschen Krebsforschungszentrums

Cemile Giousouf

Leiterin der Fachabteilung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) sowie Vertreterin des Präsidenten der bpb

Elke Hannack

Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende

Markus Hartmann

Leitender Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Köln, Leiter der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen

Jean-Claude Juncker

Präsident der Europäischen Kommission a. D., Premierminister Luxemburgs a. D.

Bernhard Kaster

Bürgermeister a. D., ehem. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Prof. Dr. Paul Kirchhof

Bundesverfassungsrichter a. D.

Charlotte Knobloch

Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern K. d. ö. R.

Anna Kreye

Leiterin des Ministerbüros für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Senator Ronan Le Gleut

Mitglied des französischen Senats

Dr. Gisela Meister-Scheufelen

Staatssekretärin a. D.

Klaus Mertes SJ

Superior der Jesuitenkommunität in Berlin-Charlottenburg

Prof. Dr. Armin Nassehi

Inhaber des Lehrstuhls I für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2020–21 Fellow der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Sönke Neitzel

Professor für Militärgeschichte/ Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam

Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer

Professorin für Praktische Theologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Aygül Özkan

Landesministerin a. D., Geschäftsführerin Zentraler Immobilien Ausschuss

Sarna Röser

Mitglied der Geschäftsleitung der Röser FAM GmbH & Co. KG

Dr. Stephan Schaede

Vizepräsident der Evangelischen Kirche in Deutschland

Stephan Schambach

Unternehmer

Dr. Klaus Schüler

ehem. Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands

Dr. Steven E. Sokol

Präsident des American Council on Germany

Jaromir Sokolowski

Staatssekretär in Polen a. D., Botschafter Polens a. D.

Armin Staigis

Brigadegeneral a. D., ehem. Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Kim Thy Tong

Referentin der Senatorin für Klimaschutz und Umwelt in der Berliner Senatsverwaltung, Mitglied des Bundesvorstands der Jungen CDA

Sir Peter James Torry

Botschafter Großbritanniens a. D.

Annette Widmann-Mauz MdB

Staatsministerin a. D., Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands

Christian Wulff

Bundespräsident a. D.

Gremien der Begabtenförderung

Sprecherrat der Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Prof. Dr. Stefanos Fasoulas (Vorsitzender)
Universität Stuttgart

Prof. Dr. Isabelle-Christine Panreck
Katholische Hochschule NRW

Prof. Dr. Reza Asghari
Technische Universität Braunschweig

Prof. Dr. Klaus Stüwe
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Gewählte Mitglieder im Vorstand der Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (ASeV)

Matthias Wilkes (Vorsitzender)

Dr. Annette Dorn-Baltes

Dr. Heinrich Schimpf (Schatzmeister)

Dr. Dietrich-W. Dorn

Thies Johannes Albert

Emilie A. Höslinger

Dr. Alexander Bode

Maïke Mewes

Dr. Jürgen Bubeck

Gunter Smits

Hilfs- und Sozialfonds e. V.

Dr. Bernd Langhein (Vorsitzender)

Stipendiatenbeirat

Cara Bettendorf

Julian Jentzsch

Natalie Labitzke

Liesa Rocher

Raphael Ronge

Elisa Schultze-Bernd

Der Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung – eine 25-jährige Erfolgsgeschichte



Gesprächsstoff gab es an den Tischen reichlich, hier zu sehen (v. l. n. r.): Freundeskreis-Mitglieder Prof. Dr. Beate Neuss, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering und Dr. Lothar Kraft.

Von Christine Wagner

Der im November 1999 gegründete Freundeskreis feierte 2024 sein 25-jähriges Bestehen. Der Verein sichert die Leistungsfähigkeit der Stiftung und die hohe Qualität ihres Angebots langfristig und bietet all jenen eine Heimat, die von den christlich-demokratischen Grundwerten im Sinne Konrad Adenauers überzeugt sind, sich als ihre Botschafterinnen und Botschafter verstehen und auf dieser Basis ihren Teil zur Zukunft der Gesellschaft leisten.

Die Förderinnen und Förderer schätzen, dass sie sich bei exklusiven Veranstaltungen treffen, miteinander austauschen, Freundschaften schließen und mit hochrangigen Referentinnen und Referenten diskutieren können. Beliebt sind auch die Regionalreihe „Freundeskreis trifft Politik“, die virtuellen Stammtische, das Zoom-Format „Einblicke – Informationen aus der Konrad-Adenauer-Stiftung“, die jährlichen Seminare in der Villa La Collina in Cadenabbia und im Kloster Banz sowie die politischen Bildungsreisen, die 2024 nach Andalusien, Schottland, Polen und Albanien führten.

Für Jüngere fand ein politisches Speed-Dating mit den Freundeskreis-Testimonials Diana Kinnert und Philipp Amthor in einer Berliner Bar statt, was von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr positiv bewertet wurde.

Höhepunkt in diesem Jahr war die Jubiläumsfeier im Haus der Commerzbank in Berlin in unmittelbarer Nähe zum Brandenburger Tor. Begrüßt wurden die Gäste von Dr. Konrad Adenauer, dem Urenkel des ersten Bundeskanzlers und Vorstandsmitglied des Freundeskreises, der

den 1.600 Förderinnen und Förderern dafür dankte, dass sie die christlich-demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft weiterentwickelten und stärkten.

Prof. Dr. Lammert, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Freundeskreises, erinnerte in seiner Rede an das vor 75 Jahren verabschiedete Grundgesetz, eine der ältesten geltenden Verfassungen in der Welt. Und er mahnte, dass die Verantwortung für den Fortbestand einer Demokratie letztendlich bei den Staatsbürgerinnen und -bürgern liege. Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung sei sich ihrer Verantwortung für die Akzeptanz und Vitalität eines demokratischen Gemeinwesens bewusst. Er dankte den Freundinnen und Freunden sowie den Förderinnen und Förderern für ihre Unterstützung auf diesem Weg. Er endete mit einem Zitat Barack Obamas aus dessen Abschiedsrede: „Die Demokratie ist immer dann am meisten gefährdet, wenn die Menschen beginnen, sie für selbstverständlich zu halten.“

Im Anschluss standen verschiedene Besichtigungen zur Auswahl. Ziele waren der Deutsche Bundestag, das Humboldt-Forum und das Deutsche Historische Museum.

Mehr zum Thema

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.:
kas.de/freundeskreis
facebook.com/kas.freundeskreis

Die Villa La Collina in Cadenabbia

Tagungs- und Urlaubsort mit Geschichte

Von Heiner Enterich

Im Jahr 2024 lockten 65 Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung mehr als 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ganzen Welt in Konrad Adenauers ehemalige Sommerresidenz am Comer See. Zur politischen Bildung fanden zahlreiche, durch die Stiftung organisierte Seminare in Cadenabbia statt. Sie befassten sich neben dem klassischen Seminarthema „Auf den Spuren Konrad Adenauers“ unter anderem mit den Themen „75 Jahre deutsches Grundgesetz“, „Zukunft der Bildung“, „Künstliche Intelligenz in Gesellschaft und Wirtschaft“, „Europa hat gewählt – wie geht es weiter?“, „China – von der Kulturrevolution zur modernen Supermacht“, „Israel im Jahr 2024 – welche Faktoren bestimmen die Zukunft?“ und „US-Präsidentschaftswahlen – was bedeutet der Ausgang für die deutsch-amerikanischen Beziehungen?“.

In der Villa La Collina fanden auch wieder zahlreiche internationale Konferenzen statt. Thematische Schwerpunkte waren hier der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Nahostkonflikt, die Terrorismusbekämpfung, die innere und äußere Sicherheit in Zeiten globaler Auseinandersetzungen, die Weiterentwicklung der Europäischen Union, der Ausbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur und die europäisch-afrikanischen Beziehungen. Im Herbst kamen traditionell wieder zahlreiche Schriftstellerinnen und Schriftsteller zur Autorenwerkstatt zusammen, um aus unveröffentlichten Texten zu lesen und diese Arbeiten mit Kritikerinnen und Kritikern, Germanistinnen und Germanisten sowie Politikerinnen und Politikern zu diskutieren. Auch war die Villa La Collina Treffpunkt von bildenden Künstlerinnen und Künstlern, die durch den Else-Heiliger-Fonds der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert werden. Über die Grenzen der Kultursparten hinweg diskutierten sie gemeinsam mit Autorinnen und Autoren, Komponistinnen und Komponisten, Galeristinnen und Galeristen sowie Museumsdirektorinnen und -direktoren über gesellschaftspolitisch relevante Fragestellungen. Als europäische Begegnungsstätte, als Kreativwerkstatt für Literatinnen und Literaten sowie Künstlerinnen und Künstler und nicht zuletzt als Tagungsstätte ist die Villa La Collina längst ein nicht mehr wegzudenkender Teil der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Außerhalb der Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung steht die Villa La Collina von März bis November auch für Gastveranstaltungen und Urlaubsaufenthalte offen.

Mehr zum Thema

cadenabbia@villalacollina.it
villalacollina.com



Impressum

Herausgeberin:
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
T +49 30 269 96-0

zentrale@kas.de

Redaktion:
Nora Kalweit, Jochen Blind (V. i. S. d. P.)

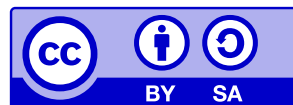
Lektorat:
Nora Kalweit, Ingrid Furchner

Bildnachweise:
S. 6: © Fabian Tode; S. 13: © KAS; S. 14: (oben) © Tobias Koch, (unten): © Tobias Koch; S. 15: © KAS;
S. 16: (oben links) © KAS, (Mitte links) © KAS, (unten links) © KAS, (oben rechts) © KAS, (Mitte rechts) © KAS;
S. 19: © KAS; S. 20: © KAS; S. 22: (links) © Tobias Koch, (rechts) © KAS; S. 23: (links) © KAS/Jana Reimann-Grohs,
(rechts) © KAS; S. 27: (oben) © KAS/Christian Schleicher, (rechts) © KAS; S. 28: © IMAGO/Funke Foto Services;
S. 30: © Privat/Jacov Devčić; S. 33: © IMAGO/CPA Media; S. 34: © Adobe Stock/Sezerozger; S. 37: © IMAGO/
Martin Bertrand; S. 38: © KAS/Tina Flemming; S. 39: (oben, Mitte, unten) © KAS/Tina Flemming; S. 40: © Adobe
Stock/Shozib; S. 42: © Adobe Stock/Anekoho; S. 46: © Leon Fülber; S. 47: © Leon Fülber; S. 48: © Privat/
Alexandra Mehnert; S. 51: © KAS; S. 52: © IMAGO/Christian Ohde; S. 55: © picture alliance/Hans Lucas/Xose
Bouzas; S. 56: © Privat/Horst Granderath; S. 57: © Privat/Horst Granderath; S. 58: © IMAGO/SOPA Images;
S. 60: © Privat/Johannes Hügel; S. 62: © KAS; S. 65: © KAS/Simone M. Neumann; S. 66/67: © KAS/Simone M.
Neumann; S. 71: © KAS/Stefan Stahlberg; S. 73: © KAS/Marie-Lisa Noltenius; S. 75: © KAS; S. 77: © NATO E-3;
S. 84: © KAS; S. 88: © KAS; S. 91: © KAS/Marco Urban; S. 93: © KAS/jones-art

Gestaltung und Satz: KALUZA+SCHMID Studio GmbH, Berlin

Druck: Kern GmbH, Bexbach
Printed in Germany.
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information.
Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung
verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen
zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons
Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0
(abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN: 978-3-98574-277-6

